

West-Berlin

Trotz Schikane und Sabotage durch ÖTV-Führer - selbständige Aktionen durchgeführt !

„Am 11.2.1974 war im ÖTV-Haus eine Mitgliederversammlung der westberliner Abteilung Sozialarbeit angesetzt. Alle die Kollegen um 19.30 Uhr ankamen, standen sie vor heruntergelassenen Scherengittern, daran ein Schild „Haus geschlossen“. Funktionäre der Abteilung Gruppe Sozialarbeit erklärten den Kollegen durch das geschlossene Gitter, die Versammlung könnte nicht stattfinden: Es läge eine Bombendrohung gegen das Haus vor, weiter eine Morddrohung gegen Kettlitz (Bezirksleitung der ÖTV Bln.) und der Sohn von Hinz (ein ÖTV-Funktionär - Ann. der AK-Red.) solle entfernt werden. Die Lächerlichkeit dieser „Argumente“ wurde allen klar, als man zur gleichen Zeit die Pförtner im Haus Dienst machen sah, die Funktionäre wollten sich scheinbar auch in die Luft jagen lassen, sie blieben auch im Haus. Empört zogen dann die Kollegen zur Technischen Universität, wo man sich einen Raum erbat und ihn auch bekam. Die Kollegen, die schon öfter durch kurzfristig abgesagte MV's daran gehindert wurden, sich zu versammeln, resignierten jedoch nicht, 170 Kollegen waren anwesend und man beschloß für den Mittwoch eine Demonstration - einstimmig!

Als einzige vom Abteilungsvorstand - insgesamt sind es 171 - war Heide Pflanz anwesend. Ingo Hinz hielt es nicht für nö-



Westberlin: Hier kommt keiner durch

tig, vor den Kollegen zu sprechen - was hätte er ihnen auch schon zu sagen gehabt! Man diskutierte Kampfmaßnahmen, wobei wieder mal die schwierige Situation gerade bei den Erziehern deutlich wurde. Gemeint ist offenbar die breite Streuung der Kollegen über zahlreiche Heime, Kindergärten u.ä. und die damit verbundenen Verständigungs-

schwierigkeiten - Ann. d. Red.) Umso weniger hatte man Verständnis dafür, daß vom Vorstand nicht eine einzige präzise Information zu erhalten war außer der, daß man nicht streiken sollte!

Es zeigte sich jedoch bei vielen Kollegen die Bereitschaft, etwas zur Erfüllung der Forderungen zu tun, auch streikten Kitas in Spandau, vom Streik der Schulleiter in Neukölln erfuhr man gleichfalls. Aus einigen Bereichen der Verwaltung wurde bekannt, daß Vorgesetzte die Kollegen zwingen wollten, anzugehen, was sie für einen Wagen fahren, um sie sozusagen dienstverpflichteten, andere Kollegen mitzunehmen und so als Streikbrecher zu funktionieren!

Der ÖTV-Bezirksvorstand wurde also aufgefordert, zusammen mit allen anderen streikenden Kollegen (Post, BVG, usw.) für den Mittwoch eine gemeinsame Demonstration durchzuführen, entsprechende Telegramme an die Streikleitungen zu schicken. Die Kollegen beschlossen aber auch: Egal - mit oder ohne ÖTV-Spitze! Mittwoch wird demonstriert!

Mit übergroßer Mehrheit wurde die Aufforderung an den Bezirksvorstand formuliert, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

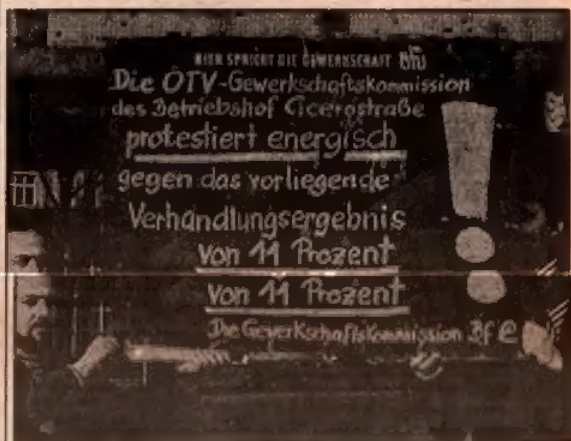
- ▷ Volle Bezahlung aller Streik- und Ausfallzeiten!
- ▷ Keine Disziplinierung von Kollegen, die gestreikt haben - zumal die Funktionäre durch ihr Verhalten selbst Schuld hatten, daß eine Hand nicht wußte, was die andere tut!

Obwohl kritisiert wurde, daß die S-Bahn (ist im Besitz der DDR - Ann. AK-Red.) erst am Montag gegen 13.00 Uhr den Betrieb einstellte, ging eine Großadresse an die Kollegen der Reichsbahn, die das ja auch nicht zu verantworten hatten. Erst als die Versammlung schon in der Auflösung war, bildete sich spontan ein Vorbereitungsausschuß, der Transparente malen und nähen sollte, da man sich ja auf die ÖTV-Funktionäre nicht verlassen kann.

Am nächsten Vormittag gab Kettlitz über den SFB („Sender Freies Berlin“ - Ann. AK-Red.) in einem Interview an, daß es bisher „keine besonderen Vorkommnisse gegeben hätten...“, also keine Bombendrohung und kein Demonstrationsbeschuß! Ein Kollege von der taz (Heim & Erzieher-Zeitschrift - Ann. AK-Red.) rief dann bei der ÖTV-Streikleitung an und bekam zu hören, daß man über die Demonstration noch nicht beschloßen habe. Der hez-Kollege berichtete weiter, daß er daraufhin von sich aus in sämtlichen Streiklo-

Am Mittwoch versammelten sich ab 15.00 Uhr die ersten Kollegen auf dem Wittenbergplatz. Die ÖTV-Streikleitung hatte vorher über Rundfunk aufgerufen, nicht zur Demo zu gehen. Einer Kollege, die sich in der ÖTV telefonisch nach der Demo erkundigte, wurde gesagt: „...wenn sie daran teilnehmen, können sie gleich ihr Mitgliedsbuch abgeben.“ Man muß dazu sagen, daß sich sehr viele Kollegen dadurch haben abhalten lassen, aber viele kamen auch. Ein Kollege aus dem Bezirk Reinickendorf berichtete, daß das ganze BA-Reinickendorf (BA = Bezirksamt - Ann. AK-Red.) streikt, auch ohne den Bescheid der ÖTV. Dann gegen 16.00 Uhr kamen auch Kollegen aus den Krankenhäusern, die berichteten, daß im Urban-Krankenhaus auch Vertreter der SEW (westberliner Schwesterpartei der DKP) gegen die Demonstration gestimmt haben.

Aus einer anderen Dienststelle wurde berichtet, daß Kollegen, von denen man weiß, daß sie mit der SEW sympathisieren, selbstgemachte Plakate, die zur Demo aufrufen, von der Wand gerissen haben. Die Kollegen des Paketpostamtes Luckenwalderstr. und des Busbahnhofes Hindenburgdamm solidarisierten sich und liefen auch mit. Die Demo ging dann ca. 16.00 Uhr los über Tauentzien, Kudamm, Uhlandstr., Joachimstalerstr. zurück



Westberlin

len der BVG (städtische Bahn - Ann. AK-Red.) anrief und die Kollegen zur Demonstration aufforderte. Von der Streikleitung hatte er erfahren, daß man über die Bombendrohung noch nichts berichten wolle. Den streikenden Kindergärtnerinnen und Schullehrerinnen wurde per Radio mit Gewerkschaftsausschuß und Entlassung gedroht, was man hinterher teilweise zurücknahm.

Überhaupt glich der ÖTV-„Streikrat“ eher einem aufgescheuchten Wespennest, es kamen die widersprüchlichsten Stellungnahmen.

Auch daraus konnte man ablesen, daß die Berufsgewerkschaftler Angst hatten, daß ihnen der „Aosierte“ Streik aus den Händen gleitet. Am Dienstagabend malten 20 wütende Kindergärtnerinnen die Transparente. Andere hatten mit Kollegen aus dem Gesundheitswesen Kontakt aufgenommen, die gleichfalls für die Demo mobilisieren wollten. Gegen 19 Uhr fuhren Kollegen von uns, vom Gesundheitswesen und von der BVG zum ÖTV-Haus um dort die Stellungnahme des Bezirksvorstandes einzuholen. Ein Kollege berichtete, daß die Funktionäre vermutet hätten, eine Kette zu bilden, um die kampfwilligen Kollegen nicht ins Haus zu lassen. Vor allem die BVGler hielten mit ihrer Wut nicht hinterm Berg. Sie forderten von der ÖTV-Führung die Demonstration und nannten sie einen Haufen von Verrätern. Es wäre beinahe zu Handgreiflichkeiten gekommen, zumal die Funktionäre die Kollegen anpöbelten. Gleichzeitig fotografierten Spitzel mit Blitzlicht die ganze Szenerie.

zur Gedächtnisnahme. Am ÖTV-Haus waren die Rollos runtergelassen und die Gitter vor der Tür. Und hier sollte also der zentrale Streikrat sitzen! Prompt kamen Sprechchöre auf: „Kluncker heißt er, uns beschließt er“ und „Genscher und Kluncker, ab in den Bunker“.

Auf den selbstgemalten Transparenten standen folgende Forderungen: 185,00 DM mindestens mehr für ALLE! 300,00 DM Urlaubsgeld! Gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschüsse! usw. Während der ganzen Demo wurden die Parolen „185,00 DM, weniger ist Verrat!“ und „Streik gegen Lohnraub und Preistreibern!“ gerufen. Am Vormittag hatten wie am Montag schon Demos der Postler mit je einmal 2.000 und 300 Postlern stattgefunden. Ein Kollege faßte noch einmal die Situation zusammen, indem er meinte, daß die Gewerkschaftsführung gerade dabei sein, uns zu verladen. Es sprachen weiter Vertreter der KPD, der komm. Gruppe Westberlin (7) und von Spartacus (eine trotzkistische Gruppe - Ann. AK-Red.). Von der SEW sprach keiner, was viele entsetzte. Wenn man auch noch keine gründliche Einschätzung zu diesem Zeitpunkt, wo wir den Bericht schreiben, vornehmen kann, sprechen wir doch sicher für viele Kollegen, wenn wir feststellen: Die organisierte gewerkschaftliche Arbeit muß verstärkt werden, damit die da oben nicht mit uns machen können, was sie wollen. Zwei Kindergärtnerinnen“

(Dieser Bericht ist entnommen der westberliner Heim & Erzieher Zeitschrift, Febr. 74)



Forts. Tarifrunde ÖTV

gen über die volle Durchsetzung der Forderungen, insbesondere Urlaubsgeld, aufzunehmen und den Streik bei Einbeziehung aller streikwilligen Betriebe fortzuführen.“

Gewerkschaftsführer - von Anfang an für Lohnleitlinien-Abschluß

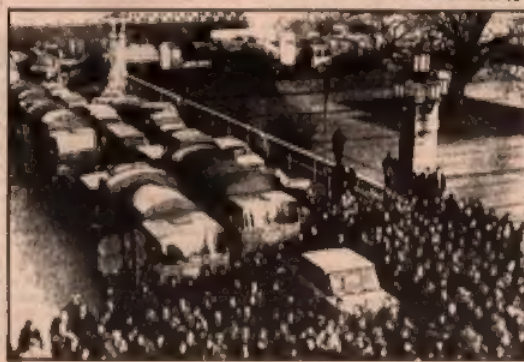
Die Vorbereitungszeit (Aufstellung der Forderungen) mit einge-rechnet, hat diese Tarifrunde im Öffentlichkeitsdienst insgesamt rund vier Monate gedauert! Die erste Verhandlung fand bereits am 13. Dezember des vergangenen Jahres statt - dann wurden die „Gespräche“ der Tarifpartner auf dem 8. Januar '74 fortgesetzt.

Die Gewerkschaftsführungen haben dabei von Anfang an einen Kurs verfolgt, der auf einen Abschluß im Rahmen der von der Bundesregierung für „möglich“ erklärten Lohn- und Gehaltserhöhungen hinauslief (nach dem Sachverständigen-Gutachten vom Nov. '73 waren das 9 - 13%, siehe dazu weiteres unten).

Das fing damit an, daß die von der Basis aufgestellten Forderungen systematisch gestutzt wurden, sodaß die ÖTV-Führer schließlich mit Ausgangsforderungen von 15%, mindestens 185,- DM, 600,- DM Existenzlohn für Lehrlinge und 300,- DM Urlaubsgeld in die Verhandlungen eintraten (siehe dazu den Kasten: „Ein Kapitel innergewerkschaftlicher Demokratie“).

Das ging weiter mit einer systematischen Verzögerungstaktik. Den Gewerkschaftsführern machte es offenbar gar nichts, daß die öffentlichen Arbeitgeber bei der 1. Verhandlung mit einem Null-„Angebot“ aufkrochten und beim 2. Treffen der Verhandlungsdlegationen mit einem „Angebot“ von 7,5% provozierten (Genscher: „Die Grenzen des Möglichen sind da mit erreicht!“).

Forts. Seite 10



Wohin steuert die IG – Metall?

Teil 2

Der Vorstand der IG Metall hat im zurückliegenden Jahr eine Reihe bedeutender, s.T. satzungsgemäßer Beschlüsse gefasst, die von den Realbeständen innergewerkschaftlicher Demokratie noch weiters abtragen und den pro-kapitalistischen Kurs der Gewerkschaftsführer noch deutlicher unterstreichen. Ganz im Sinne der faschistischen Devise: „Was Recht ist, bestimme ich!“ (Göring) hat der IGM-Vorstand es für „unveränderbar“ erklärt, Mitglied der Gewerkschaft und gleichzeitig Mitglied einer kommunistischen Organisation zu sein (bzw. auch nur sich an Aktivitäten der Kommunisten zu „beteiligen“ oder diese zu „unterstützen“).

Eine Begründung für diese Verordnung haben die Gewerkschaftsführer bis heute nicht vorgelegt. Warum auch? Wer als Vertreter dieser Ordnung noch so fest im Sattel sitzt und noch auf eine Vielzahl von Leuten seines Vertrauens in den Reihen der Arbeiterschaft selbst vertrauen kann, kommt nicht in die Not, für seine Entscheidungen ernstzunehmende Begründungen liefern zu müssen. Natürlich ist dieser Zustand nicht von Dauer, aber auch in der IG Metall sind „Rechtsfragen Machtfragen“ – und die „Macht“ halten gegenwärtig ganz unzweifelhaft die Führer unserer Gewerkschaft in Händen!

Natürlich hätten die bisherigen Bestimmungen der IGM-Satzung (die Paragraphen 3.4., sowie 30.1 ff.) mehr als ausgereicht, um die „Linksextremisten“ aus der Gewerkschaft herauszudrängen – ein „Argument“, das gelegentlich von „linken“ Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten „gegen“ den Beschluss des IGM-Beirats vorgebracht wird.

Was diese Leute in ihrer notorischen Blindheit nicht sehen wollen, ist, daß die SPD-Politiker in der Gewerkschaftspolitik mit diesem Extremisten-Erlass ihr „Recht“ auf willkürliche Disziplinierungen und Säuberungen großen Stils ausüben und die „Gegner“ (bzw. „Gewerkschaftsfeinde“) ganz bewusst so vage bezeichnen haben, daß praktisch jeder Opponent der offiziellen Politik „ohne Verfahren“ ausgeschlimmt werden kann (sofern z.B. DKP-Mitglieder, entgegen der gültigen Parteilinie, konsequent für die Interessen ihrer Klasse eintreten sollten, fallen sie selbstverständlich auch unter den Extremisten-Erlass).

Diejenigen Organisationen, die meinen, dem zunehmenden Ausschlußterror in unseren Gewerkschaften durch Distanzierung von den „Chaoten“ entgegen zu können (wie die Erfahrung zeigt, verfährt die DKP in der Regel so!), verkennen „den Ernst der Lage“ – und verwechseln (mutwillig?) Ursache und Wirkung!

Nicht die „super-„links“ (in Wahrheit „links“-revisionistische) KPD/ML und auch nicht die „KPD“ haben die Gewerkschaftsführer „verzaubert“, gegen die Kommunisten und andere Oppositionelle in den Gewerkschaften scharfere Vorkehrungen, sondern der wiederlebte „Anti-Kommunismus“ (der gelegentlich sogar faschistoide Formen annimmt) ist einfach begründet im Vorgehen der Bourgeoisie und ihres Staates gegen die Rechte und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

Ernst Thälmann hat 1939 vor der Exekutive der Kommunistischen Internationale klar belegt, daß in dem Maße, wie die Bourgeoisie die faschistische Formierung von Staat und Gesellschaft durchführt, „in demselben Maße wird sich auch zur gleichen Zeit der Prozeß zur Beseitigung der Organisationsdemokratie in der Gewerkschaftsbewegung vollziehen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird zu einer größeren Aggressivität gegen die revolutionäre Front und zur verstärkten Falschierung der Gewerkschaften im allgemeinen schreiten.“ (Thälmann, Über Gewerkschaften, KAB-Druck, S. 10; mienung von Staat und Gesellschaft durchführt, „in demselben Maße wird sich auch zur gleichen Zeit der Prozeß zur Beseitigung der Organisationsdemokratie in der Gewerkschaftsbewegung vollziehen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird zu einer größeren Aggressivität gegen die revolutionäre Front und zur verstärkten Falschierung der Gewerkschaften im allgemeinen schreiten.“ (Thälmann, Über Gewerkschaften, KAB-Druck, S. 10; erhältlich im Arbeiterbuch)

Diese These wird u.E. nicht nur von Thälmann für die Bedingungen der Weimarer Zeit bewiesen, sondern wir sehen sie auch bestätigt in den unmittelbaren Angriffen der herrschenden Klasse und in der gesamten Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands. Anti-Kommunismus war in der deutschen Gewerkschaftsbewegung immer vor Abbau der Organisationsdemokratie bezeugt. Das war in der Weimarer Zeit so, das bestätigt die Entwicklung im Nachkriegsdeutschland (wie wir im Folgenden zeigen werden) und das erleben wir gegenwärtig wieder: Nicht einmal drei Monate nach der Verabschiedung des Extremisten-Erlasses nach dem Beirat des IG Metall-Hauptvorstands haben die SPD-Gewerkschaftsführer im Juli des vergangenen Jahres neue Richtlinien für die Vertrauenslenkerei verordnet, die die gewerkschaftliche Betriebsarbeit noch stärker reglementieren, indem sie praktisch alle Handlungen der „einfachen“ Funktionäre an die Entscheidungen der Führungsgremien binden. Der rigorose bürokratische Zentralismus der IG Metall wird weiter gestärkt, indem die elementarsten Rechte der Arbeiter aber bedeutend beschnitten werden. Durch eine Untersuchung der neuen „Richtlinien“ und den Vergleich mit den bisher geltenden werden wir diese These belegen.

Im ersten Teil dieses Artikels werden wir jedoch zunächst den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse (in besonderen den Kampf der Metallarbeiter) nach 1945 um kampftreue Gewerkschaften darstellen. Dieser Kampf ging für die Arbeiter ebenso verloren, wie der Kampf um eine grundsätzliche Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Weichen für die gesamte Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland (einschließlich die der Gewerkschaften) wurden in den ersten zehn Jahren nach der Kapitulation des deutschen Imperialismus gestellt – in die falsche Richtung!

Programmatik des anti-faschistischen Widerstands

Der deutsche Faschismus hatte, auf für die Arbeiterbewegung furchtbare Weise, die Theorien von „Wirtschaftsdemokratie“ und „Arbeitsgemeinschaft“ mit den Kapitalisten widerlegt – und diese kleinbürgerlichen Illusionen zusammen mit den Gewerkschaften beseitigt.

Diejenigen Gewerkschafter, die sich dem antifaschistischen Widerstand angeschlossen hatten, erlitten daraus Konsequenzen für eine Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes. Insbesondere sollten diese programmatistischen Vorstellungen bestimmend sein für die wiederaufzubauenden Gewerkschaften.

Das ehemalige Vorstandsmitglied des Metallarbeiterverbandes, Schiedstedt, skizzierte diese Vorstellungen während der illegalen Arbeit in einer nicht datierten Niederschrift nach „33. Ernstgenommen wird nur noch der, der selbst aufrichtigen Willens etwas dazugelernt hat; denn das bin-

de Vertrauen der Arbeiterschaft ist fort und man wird in Zukunft nichts unbesehen hinnehmen, was gesagt und getan wird.“ Gefordert werden „Menschen, die denken und handeln, und nicht Denkmäler oder empfindungslose Apparate.“

„Es besteht die Überzeugung, daß die sozialistische Arbeiterbewegung ihre Kräfte nicht wieder in der Opposition wieder entfalten können, daß also nicht eine parlamentarische Epoche auf die faschistische Diktatur folgen wird, sondern daß die Kämpfe um die Staatsmacht mit dem Siege der sozialistischen Bewegung enden werden.“

Dieser Kampf verlangt neue Formen der Organisation: „Wo aber ein Vertrauen auf die Kraft der Arbeiter gewacht ist, da glaubt man, daß weder die KPD noch die SPD noch eine andere der früheren Organisationen der Arbeiterbewegung die Führung im Kampf um die Staatsmacht und den sozialistischen Aufbau übernehmen kann, sondern daß die neue Bewegung, welche die Führung der Arbeiterklasse übernehmen wird, aus dem klaren Willen zum Sozialismus neu geschaffen und vom sozialisti-

schen Kampfegeist getragen sein muß.“ (zit. bei, H. Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied 1971, S. 109/110)

Schiedstedt selbst konnte nach der Kapitulation des deutschen Imperialismus (wie tausende seiner Genossen) nicht mehr für die Verwirklichung dieser Programmatik kämpfen:

Er starb im Kampf gegen die faschistische Diktatur!

hindert wird – „da es den Kommunisten die Möglichkeit geben würde, die Gewerkschaften zu beherrschen!“ (Tarnow).

„Daher“, so formulierten die späteren DGB-Führer, „müssen wir jetzt mit den britischen und amerikanischen Stellen die geeigneten Vorkehrungen treffen, damit wir so schnell wie möglich zurückkehren können, um die Entwicklung anti-kommunistischer Gewerkschaften (1) zu leiten. Wir dürfen auf die Mitarbeit der Militärbehörden rechnen können, da es ebenso in ihrem (1) wie in unserem Interesse (1) liegt.“ (F. Tarnow: zit. bei Wheeler, „Die amerikanische Po-

ten – immerhin vorrat ja sogar die CDU in ihrem Ablehner Programm die Meinung, daß „das kapitalistische Wirtschaftssystem ... den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ sei und erhob die Forderung nach „Vergesellschaftung“ der Schwerindustrien – nein, die Gewerkschaftsführer tischen ein weiteres Mal das Programm eines „dritten

Deutscher Gewerkschafts-Bund Britische Zone und das Land Bremen

Arbeiter, Angestellte und Beamte im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.

Zur Demonstration

des gewerkschaftlichen Willens ruht die Arbeit am Freitag, 12. November 1948 von 00 bis 24 Uhr im gesamten Wirtschaftsgebiet der vereinigten Zonen.

Frankfurt a.M., 8. November 1948 Der Gewerkschaftsrat des Vereinigt. Wirtschaftsgebietes HANS BÜCKLER

Der sogenannte „Generalstreik“ am 12. November 1948 war durch zahlreiche regionale und betriebliche Kämpfe von den Arbeitern vorbereitet worden – immer gegen den Willen und die Sabotage „Arbeit“ der reaktionären Gewerkschaftsführer. Gefragt, warum der selbsternannte Gewerkschaftsrat die spontane Militanz der Kämpfe zu (erdrosseln) versuchte, sprach der spätere DGB-Vorsitzende Willi Richter von der Furcht der Gewerkschaftsführer, „den Russen und ihren kommunistischen Hilfskräften durch solche Kämpfe in die Hände zu spielen“.

Nach der Niederlage des deutschen Faschismus 1945 – der Zug fährt wieder in die falsche Richtung

Nach der Niederlage des deutschen Faschismus 1945 – der Zug fährt wieder in die falsche Richtung

Nicht die aktiven Kämpfer gegen die Nazi-Diktatur waren es, die maßgeblich den Wiederaufbau der Gewerkschaften in den westlichen Zonen bestimmen konnten, sondern jene Gewerkschaftsführer des ADGB aus der Weimarer Zeit, die die Faschisten aus Dankbarkeit für ihre „Kooperationsbereitschaft“ hatten laufen lassen – und denen sie zum Teil sogar bei der „Flucht“ zu den Amerikanern oder Engländern beihilft waren (letzteres gilt u.a. für Tarnow). Da kamen sogar solche Vögel wieder zu Amt und Würden, die selbsterstochen worden waren. Hier seien nur kurz zwei Beispiele genannt:

Funfzwölfer: Diesen maßgeblichen ADGB-Strategen „übernehmen“ die Nazis in ein Resort des Auswärtigen Amtes, wo er während des Krieges als „Orientalist“ tätig war. Nach 45 leitete Funfzwölfer die führende lang die wiederaufgebaute „Akademie der Arbeit“!

Pahlke ... der während des „tausendjährigen Reiches“ Artikel und Bücher im Sinne der Nazi-Großraumpolitik verfaßt hatte, wurde beim DGB als Chefredakteur des theoretischen Gewerkschaftsorgans „Gewerkschaftliche Monatshefte“ willkommenegeheiß!

Zu Leuten dieses Schlages gestellt sich die ADGB-„Emigranten“, die genug Zeit gehabt hatten, sich vom CIA oder anderen Institutionen des „freien Westens“ für ihr Comeback ausbilden zu lassen.

Während sich Millionen Menschen durch den Aggressionskrieg des deutschen Imperialismus dahingerafft wurden, tausende von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern (darunter nicht wenige Gewerkschaftsfunktionäre unteren Ranges) in den KZs ermordet oder moralisch zerbrochen wurden, während Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam, unter Einsatz ihres Lebens den illegalen Kampf gegen die faschistische Diktatur geführt hatten, war die einzige Sorge der Tarnows, daß die Bildung von Einheitsgewerkschaften (damit ist hier der Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Organisation gemeint) „um jeden Preis“ ver-

stischer Gewerkschaften (1) zu leiten. Wir dürfen auf die Mitarbeit der Militärbehörden rechnen können, da es ebenso in ihrem (1) wie in unserem Interesse (1) liegt.“ (F. Tarnow: zit. bei Wheeler, „Die amerikanische Po-

stischer Gewerkschaften (1) zu leiten. Wir dürfen auf die Mitarbeit der Militärbehörden rechnen können, da es ebenso in ihrem (1) wie in unserem Interesse (1) liegt.“ (F. Tarnow: zit. bei Wheeler, „Die amerikanische Po-

Um der Einheitsfront von unten, die bereits in den Betriebsräten und zahlreichen anti-faschistischen Aktionsausschüssen in den Großbetrieben konkrete Gestalt angenommen hatte und sich bereits in einigen Bezirken überbetrieblich zu organisieren begann (z.B. in Hamburg) einen Riegel vorzuschieben, begannen die „amerikanischen Gewerkschaftsführer“, die KPD diese Karte seinerzeit sehr treffend bezeichnete mit dem Aufbaubezugs zentralisierte Verbände.

Wegen“ (weder Kapitalismus noch Sozialismus) auf, um so, wie schon einmal, die Arbeiterklasse ideologisch zu spalten.

Die durch den Faschismus endgültig diskreditierte Politik der „Wirtschaftsdemokratie“ und der „Arbeitsgemeinschaft“ wurde, neu lackiert, wieder zum Programm erhoben: „Im Vordergrund (1) der gesamten wirtschaftspolitischen Arbeit der neuen Gewerkschaftsbewegung steht die Demokratisierung der Wirtschaft“, erklärte der spätere DGB-Vorsitzende Bückler.

Hauptforderungen sollten sein: Überführung der Grundstoffindustrien in „Gemeineigentum“ und partiellische Vertretung der Gewerkschaftsführer in den „gesamtwirtschaftlichen Lenkungsorganen und in den Lei-



Eine der zahlreichen „Hungerdemonstrationen“ der Jahre 47/48. Die Erklärung von Fritz Tarnow, eines bedeutenden Gewerkschaftsführers jener Tage, dazu gegenüber General Clay markiert auch deutlichste den Klassenstandpunkt der späteren DGB-Führer: „Wir möchten Sie daher bitten, nicht was dafür verantwortlich zu machen, wenn die Arbeiter ungeduldet werden, obwohl wir unser bestes geben haben, sie so ruhig wie möglich zu halten. Wir werden alles, was nur möglich ist, tun, die Leute weiterhin an ihrem Arbeitsplatz zu halten... wir werden alles tun, was in unserer Macht liegt, die Arbeiter ruhig zu halten.“

„Schon beitätigten sich fähige Arbeiterführer (1) wie Schleicher, Richter, Hagen und Schäfer (später auch Tarnow) als demokratische Führer und zeigten sich mit den Kommunisten in den Reihen der Arbeiterschaft auseinander“, lobte der Hochkommissar des US-Kapitals, General Clay, schon unmittelbar nach Kriegsende. (L.D. Clay, „Entscheidung in Deutschland“, S. 324)

Natürlich konnten die Tarnow und Co. nicht ausdrücklich anti-sozialistisch dem demokratischen Zusammenschluß der Arbeiter entgegenge-

tungen der großen Kapitalgesellschaften.

Daß die nachmaligen DGB-Führer tatsächlich nicht die „Vergesellschaftung“ o.ä. sondern nur ein großangelegtes Büschungsmanöver im Blick hatten („ein Programm, das zuerzuerst den Sozialismus zu verhindern“, wie ein CDU-Vertreter für seine Partei unumwunden zugab), erhellen alsbald alle wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit (u.a. um die Montan-Mitbestimmung, Be-

Forts. Wohin steuert die IG-Metall?
 triebverfassungsgesetz, Wiederaufstellung, Notstandsgesetzgebung...) – 'wo die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse von den Gewerkschaftsführern gebremst, die Kampfkraft durch die verschiedensten Manöver gespalten und geschwächt und spontan entstandene Kämpfe offen abgelehnt wurden.

Um ihre Aufgabe erfüllen zu können, die wieder aufzubauenden Gewerkschaften voll in den Dienst der Bourgeoisie, zur Restauration der alten Besitz- und Herrschaftsverhältnisse zu stellen, mußten die Gewerkschaftsführer ihre programmatische und ideologische „Arbeit“ durch entsprechende organisatorische Schritte absichern. Der beträchtliche Einfluß der KPD in den Betrieben und gewerkschaftlichen Basisorganisationen mußte gebrochen werden.

„Ein Beispiel für die Methode, mittels organisatorischer Neuordnung

unvermeidliche Folge.

Die Hauptarbeit besorgten freilich die Bourgeoisie und das CDU-Regime selbst: Verbot von KPD-Zeitungen, Berufsverbot im Öffentlichen Dienst („Adenauer-Erlaß“ 1951), Verbot der FDJ, zahllose politische Prozesse gegen führende Funktionäre der KPD seit 1950 und schließlich das Verbot der Partei der Arbeiterklasse, das Adenauer-Regime bereits 1951 beim Bundesverfassungsgericht angestrengt hatte: 1956!

Dem weiteren Aufwuchs „antikommunistischer Gewerkschaften“ stand zunächst nichts mehr im Wege.

Das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz (Betr.VG)

Die Rechte, die sich die Arbeiter unmittelbar nach dem Krieg in den Betrieben erkämpfen konnten und die ihnen sogar für einige Zeit durch die Verfassungen einzelner Länder

auszubauen. Da die Betriebsräte nunmehr durch das Recht des kapitalistischen Staates von den Gewerkschaften getrennt waren, stellte sich die Notwendigkeit, zumindest formal unabhängige gewerkschaftliche Organe in den Betrieben aufzubauen: die Vertrauenskörper.

Es gingen jedoch noch einige Jahre ins Land, bis sich diese „Einsicht“ auch bei den Führern der IG Metall durchgesetzt hatte und konkrete Schritte in diese Richtung unternommen wurden. In den Jahren 1952-56 hatten sich die Ortsverwaltungen (auf Weisung des IGM-Hauptvorstandes) schwerpunktmäßig auf die Beeinflussung der Betriebsräte konzentriert – während nennenswerte Anstrengungen in Richtung auf den Aufbau gewerkschaftlicher Organisationen unterblieben. (In einer Art Rückblick wird dieser „Fehler“ auch von der IGM-Spitze gesehen, siehe „Ergebnis der Vertrauensleutewahl 1962 und 1964“, Vorwort)

Erst durch die absolut rückläufigen Mitgliederzahlen (von 1952 bis 1954 traten allein aus der IG Metall 113 000 Mitglieder aus!!!) wurden die IG Metall-Führer veranlaßt, die Schlappes durch verstärkte politische Initiativen (u.a. mit dem Aktionsprogramm von 1954/55) und Anstrengungen zur Reorganisation der mittelschweren und leichten gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen (1956 und ff. „Aktions Vertrauensleute“) auszuweiten.

Auf diese Weise gelang es, verlorenes Terrain zurückzugewinnen – zumindest, was die zahlenmäßige Stärke der Organisation angeht. In den vier Jahren von 1955-59 konnten 318 000 Kollegen neu (oder auch wieder) für die IG Metall gewonnen werden (siehe hierzu auch: „Der Gewerkschafter“, 3/73, S. 114).

Daß dieser „Aufschwung“ ohne die Vertrauensleute undenkbar gewesen wäre, liegt auf der Hand (und ist zudem längst durch empirische Untersuchungen belegt, siehe dazu „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Juni 1970, S. 341).

Es war unschwer vorzusagen, daß die Vertrauensleute, einmal zu Trägern gewerkschaftlicher Politik in den Betrieben geworden, größeres Selbstbewußtsein und mehr Eigeninitiative entwickeln würden, als die Führer ihrer Organisation lieb sein konnte. Einerseits zur sachten Mobilisierung der Arbeiter gezwungen, um Mitglieder und Beiträge zu kassieren, konnten die IG Metall-Führer doch nicht soweit gehen, die Hierarchie in der Organisation (d.h. ihre Alleinheerrschaft) dadurch zu gefährden, daß sie den ehrenamtlichen Funktionären satzungsmäßige Entscheidungsrechte garantierten.

Stattdessen wurden die Vertrauensleute von Anfang an „außen vor“ gehalten und in ihrer Arbeit nach sogenannten „Richtlinien“ des IG-Metall Vorstandes zementiert.

In der IGM-Satzung wurden die Vertrauensleute (die heute immerhin auf eine Zahl von 125 000! angewachsen sind) nur als Objekt der Ortsverwaltungen erwähnt. Dort heißt es:

„Aufgaben der Ortsverwaltung“:
 „b) Bildung von Vertrauenskörpern in den Betrieben nach den Richtlinien des Vorstandes...“

„d) Schulung und Beratung von Vertrauensleuten...“ (Satzung S. 28)

Satzungsgemäß garantierte Rechte und Entscheidungskompetenzen haben die einfachen Funktionäre in der IG Metall nicht, obwohl sie sogar nach offizieller Lesart „im Betrieb das gewerkschaftliche Fundament (bilden)“ (Vorwort zu den Richtlinien).

Dieser offenkundige Widerspruch konnte freilich erst in dem Augenblick zum Tragen kommen, als der westdeutsche Imperialismus nach der Rezession '66/67 in eine neue Phase seiner Entwicklung trat – und die Unzulänglichkeit der offiziellen Politik (der Gewerkschaftsführer) wieder stärker empfunden wurde.

SEPTEMBERSTREIKS 1969 UND DIE KONSEQUENZEN

In den Septemberstreiks von 1969 wurde die gewerkschaftliche Tarifpolitik punktuell durchbrochen. Die Krise 66/67 war nicht zuletzt durch einen erheblichen Lohnabbau 1967 und durch Lohnstop 1968 in eine Gewinnexplosion von bis dahin einmaliger Höhe übergegangen.

In ihrem Bestreben, die Lohnkosten möglichst gering zu halten, überantrieben die Kapitalisten den Bogen, und die Folge war, daß sich die Arbeiter einiger Bereiche (Metall und Bergbau) auf eigene Faust einen größeren Anteil sicherten, indem sie ohne gewerkschaftliche Führung in spontane Streiks traten.

Damit war mehr gefährdet als nur der ungeschmälerte Profit: einen Knacks erlitten hatte die Kontrolle der Gewerkschaftsführung über den Lohnkampf überhaupt. Die Erfahrung war da, daß sich die Arbeiter in einer bestimmten ökonomischen und politischen Situation mehr geholt hatten, als die von der DGB-Führung praktizierte Tarifpolitik ihnen eingebracht hatte.

In dieser zusammenhängenden Bewegung spontaner Streiks, die sich bereits in den ersten Monaten von 1969 durch zahlreiche betriebliche Sonderbewegungen angekündigt hat-

te, haben Teile der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper eine hervorragende Rolle als Organisatoren in den gewählten Streikaktionen und auf den Versammlungen der Streikenden gespielt.

Der Erfolg kämpferischer Solidarität führte bei denjenigen Funktionären zu größerem Selbstbewußtsein, die in den Streiks in Verantwortung vor ihren Kollegen gehandelt hatten. Die Forderung nach größerer Eigenständigkeit der Vertrauenskörper und nach mehr Einflußmöglichkeit auf die Politik der Gewerkschaft übernahm wurde von den klassenbewußten Vertrauensleuten nach den Septemberstreiks entschieden vorgebracht.

Für die Gewerkschaftsführer waren die Erfahrungen der Septemberstreiks und die sich daraus entwickelnden „innerorganisatorischen Spannungen“... Anlaß zur Einschätzung der Lage – und zu Konsequenzen, um derartige „Pannen“ in Zukunft zu vermeiden.

Die Führung der IG Metall wandte sich unmittelbar nach den Septemberstreiks (nachdem die Vorstandsposition in einer Klausurartung festgelegt worden war) mit einem Rundschreiben an die Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen:

Darin wurde eingeschätzt, daß „in der IG Metall und in den Gewerkschaften seit geraumer Zeit ein Gefühl des Unbehagens und des Mißmutts zu verspüren“ ist. Während früher die große Masse der Arbeiter „passiv mehr oder weniger apathisch Gewerkschaftspolitik über sich ergehen ließen“, sei seit den Septemberstreiks eine „Wandlung dieser Grundeinstellung“ festzustellen – möglicherweise im Sinne einer „neu entstehenden aktiven Kampfbereitschaft breiterer Arbeitnehmerschichten“.

Sie, die Gewerkschaftsführer, müßten in Zukunft stärker darauf achten, „ob man nicht hinter dem gegebenen Kampfwillen zurückbleibe“. Wenn auch noch nicht von einem Abrücken breiter Teile der Gewerkschaftsmitglieder von der Politik der Gewerkschaftsführer gesprochen werden könne, so verdiene doch die Kritik aus den Reihen der Funktionäre Aufmerksamkeit. Hier gebe es „Fragen, wie die nach dem riesigen Vermögen der Gewerkschaften der innergewerkschaftlichen Mitbestimmung“ und Kritik am Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie, „Routineveranstaltungen, die man einst als selbstverständlich hinnahm, werden jetzt als leer empfunden. Beschlüsse, die früher ohne Wimpernzucken akzeptiert wurden, bedürfen nun einer glaubhaften Begründung“.

Direkt auf die Streiks bezugnehmend, wurde „selbstkritisch“ erklärt: „Zum Nachdenken muß uns veranlassen, warum innergewerkschaftlich... Zum Nachdenken muß uns veranlassen, warum nicht unsere Organisation überall und sofort an ihrer Stelle stand (damit können die IGM-Führer nur ihre Rolle als „Ordnungsfaktor“ meinen, denn kein Arbeiter hat in den Streiks die Unterstützung der Gewerkschaft zurückgewiesen, vielmehr wurde diese immer wieder angefordert, Anm. d. Red.). Hier mußten wir erkennen, daß die Kontakte und Informationen zwischen unseren Mitgliedern und ihren Vertrauensleuten und Betriebsräten sowie den hauptamtlichen Funktionären nicht ausreichend waren... Wir müssen noch mehr tun, um unsere Vertrauensleutekörper noch fester in den Griff zu bekommen und ihnen das Gefühl (!) geben, daß sie auch echt (!) die Vertrauensleute und Funktionäre unserer Organisation in ihren Betrieben sind“.

Als taktisches Mittel wird empfohlen: Mehr Urabstimmungen, mehr Sitzungen mit Betriebsräten und Vertrauensleuten (damit die Gewerkschaftsführer eher und besser Informationen über die Stimmungen der Arbeiter erhalten und exakter einschätzen können, was diesen zugemutet werden kann!) – aber andererseits eine noch stärkere Zentralisierung des Apparats, um die „Vertrauensleute“ noch fester in den Griff zu bekommen.

In den Worten des IGM-Vorstandes liest sich das so:
 „Die Gefahr besteht, daß Beschlüsse und Weisungen des Vorstands im Sande verlaufen. Deshalb ist der Ansatz „mehr Demokratie“ in Fragen der inneren Organisation mißverständlich (!). Die gewerkschaftspolitische Willensbildung, wie



1948: Schon sitzen die alten Anti-Kommunisten wieder beisammen, natürlich in führender Funktion: Der sogenannte „Gewerkschaftsrat“ der Bizone (von rechts nach links vom Hoff, Karl, Richter, Böckler, Rosenberg, Tarnow und Hagen).

den Einfluß der kommunistischen Opposition zu verringern, bieten die vom Vorstand der IG Metall seit 1947 eingeleiteten Bemühungen, das Ortsstatut der Gewerkschaft zu ändern. Bekanntlich waren nach dem Zusammenbruch vor allem die Betriebe die Basis der örtlichen Gewerkschaftsorganisationen, und im allgemeinen waren die Gewerkschaften auf Betriebsgruppenbasis organisiert. Auf Vorschlag einer Statutenberatungskommission, die auf dem ersten Verbandstag der IG Metall (brit. Zone) 1947 in Peine eingesetzt worden war, beschloß der Vorstand... statt der bisherigen Betriebsgruppen nur noch Stadtteilgruppen oder Industriegruppen als organisatorische Grundeinheiten anzuerkennen und statutenmäßig zu verankern.“ (Estatutenmäßig zu verankern.“ (H. Schmidt, „Eine veränderte Neuordnung“, Frankfurt 1970, S. 121).

Diese Organisationsstruktur wurde von den IG Metall-Führern sodann in allen Bezirken gegen den Widerstand der KPD-Genossen (und auch sozialdemokratischer Gewerkschafter) durchgesetzt.

Mit dem „zerstreuenden Treiben der KPD in den Gewerkschaften“ beschäftigten sich die führenden Gewerkschaftsinstanzen im Jahre 1948 – und bereiteten Maßregelungen gegen die diejenigen Gewerkschafter vor, die „die absolute Unabhängigkeit der Gewerkschaften den politischen Parteien gegenüber“ durch die Zusammenarbeit mit der KPD mißachteten. (zit. bei Schmidt, S. 0.)

Dann ging es Schlag auf Schlag: 1950: Der IG Metall-Beirat beschloß am 21. März, die Verteilung von Druckschriften aus der DDR in den Gewerkschaften mit dem Ausschuß zu binden.

1951: Der Vorstand der IG Metall legte allen Mitgliedern, die der KPD angehörten, ein Revers vor, in dem sie sich von der These 37 des im März veranstalteten KPD-Parteitag distanzieren sollten. Diese These verpflichtete jeden Kommunisten, „sorgfältig Linien und Stalins Meinungen und Ratschläge über die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zu studieren und in der täglichen Arbeit anzuwenden.“ Die IG Metall-Führer verlangten von den Kommunisten, daß sie ihrer Überzeugung öffentlich abschwören, anderenfalls würden sie ausgeschlossen.

Da das ZK der KPD dem Parteimitgliedern die Unterscheidung der Revers unzweckmäßig unterstellte, waren Ausschüsse größeren Umfangs die

(wie z.B. in Hessen) garantiert wurden, sollten durch eine neue „Betriebsordnung“ abgelöst und damit endgültig aufgehoben werden.

Dieser Schlag, den die Bourgeoisie durch das Adenauer-Regime für das Jahr 1952 vorbereiten ließ, sollte die Gewerkschaften endgültig zu einem Anhängel der restaurierten, kapitalistischen Ordnung machen. Im Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern ließen die bürgerlichen Politiker keinen Zweifel über die Bedeutung, die sie der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz (Betr.VG) beimaßen.

„Die Zählung der Gewerkschaften konnte nach dem Willen der Bundesregierung nur durch ihre demonstrative Unterwerfung unter die Grundsätze der repräsentativen Demokratie und der freien Unternehmerwirtschaft (!) erfolgen.“ (zit. bei Pirker, „Die blinde Macht“ Bd. 1, S. 242)

Während große Teile der Arbeiterklasse ihre Bereitschaft, die Gesetzesvorlage zu Fall zu bringen, in Streiks und Demonstrationen zum Ausdruck brachten, sabotierten die Gewerkschaftsführer diesen Kampf und gaben elementare Positionen der Arbeiter für die dümmliche Spekulation auf „noch mehr Mitbestimmung“ preis.

„Zum Wohl des Betriebs und seiner Arbeitnehmer und unter Berücksichtigung des Gemeinwohls“ (§ 49 des Betr.VG) – das sollte fortan die Richtschnur des Handelns für die Betriebsräte sein, die bis 1952 die Vertreter der Gewerkschaften in den Betrieben waren.

Als maßgeblich für die Stellung der Gewerkschaftsführer zum Betr.VG und zur kapitalistischen Ordnung insgesamt, kann die Erklärung des IG Metall-Vorstandes Freitag des 10. September 52 abgesehen werden, die er auf dem 2. Verbandstag seiner Organisation im September 52 abgab:

„Wir haben die Haltung eingenommen, alle zusammen, wie sie nur eingenommen werden konnte: Das Parlament hat gesprochen, und die Entscheidung des Parlaments müssen wir uns beugen.“ (Protokoll, S. 169)

... und die „Aktion Vertrauensleute“ 1956

Innerhalb entstand durch die Verabschiedung des Betr.VG für die Gewerkschaftsspitze das Problem, ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse nun noch zu bewahren und weiter

AUFRUF des Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

1949 lag die deutsche Wirtschaft in Trümmern. Während sie in Fabriken, Kaminen und Werkstätten ein widerstrebendes Deutschland unter größter Not und Elend wieder aufbauen wollte, waren die Arbeiter in den Betrieben und auf den Straßen der Städte verhungert.

Die Arbeiter haben das vollbracht, was andere als das „deutsche Wirtschaftswunder“ bezeichnen.

Wie gelang es ihnen, dieses zu vollbringen? Durch die Unterstützung der Arbeiter durch die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter in der Wirtschaft und in der Gesellschaft zu einem einheitlichen Volk gemacht.

Die sechs Millionen der Arbeiterklasse in der deutschen Wirtschaft und in der Verwaltung sind vereint worden.

Die sechs Millionen der Arbeiterklasse in der deutschen Wirtschaft und in der Verwaltung sind vereint worden. Die sechs Millionen der Arbeiterklasse in der deutschen Wirtschaft und in der Verwaltung sind vereint worden. Die sechs Millionen der Arbeiterklasse in der deutschen Wirtschaft und in der Verwaltung sind vereint worden.

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden!

Der Entwurf des Gesetzes über die Gewerkschaften ist ein Entwurf, der die Gewerkschaften in die Zukunft zu einem einheitlichen Volk macht.

Es geht nicht um eine gewerkschaftliche „Mittelklasse“!
 Es geht um eine gerechte Ordnung.
 Es geht um den Bestand der Demokratie.
 Es geht um die Stabilität der Wirtschaft.
 Es geht um die Sicherung des Arbeitsplatzes.
 Es geht um den Wohl der gesamten Nation.

Halte Euch bereit! Übt Disziplin!
 Folgt den Weisungen Eurer Gewerkschaften!

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
DER BUNDESVERSTAND
Eckmann Platz 1, Berlin

1962: Plakat des DGB zum arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetz

Forts. Wohin steuert die IG-Metall

zie in der Beschickung und Beschließung der Gewerkschaftstage ihren Ausdruck findet (!?), soll lokal, regional und zentral von einem Maximum an Demokratie getragen werden. Das ist durchaus vereinbar mit mehr Ausführungsdisziplin in der Organisationshierarchie. Der meinungsabildende Strang der Gewerkschaft (von unten nach oben) müßte gestärkt werden, z.B. durch mehr Vertrauensleute- und Betriebsratkonferenzen zu wichtigen Fragen, wobei der Ausprägungscharakter (!!) vordergründig sein sollte. Der hierarchische, d.h. hauptamtliche Strang sollte dagegen stärker zentralisiert werden (!!).

Hauptvorstand neuerdings zuständig für das Ressort Vertrauensleutearbeit, möchte in der Juli-Ausgabe des GEWERKSCHAFTSCHAFTS glauben machen, daß die IGM-Führung sich bei der Neufassung der Richtlinien an den Anträgen zum letzten Gewerkschaftstag orientiert hätte: „Dem Wiesbadener Gewerkschaftstag lagen Anträge zur Vertrauensleutearbeit vor. Sie wurden zum großen Teil dem Vorstand als Material überwiesen (!). Bei der Neufassung der Richtlinien wurde ihr Inhalt berücksichtigt (!). Die neuen Richtlinien werden der Vertrauensleutearbeit weitere Impulse (?) geben.“ An den letzten Satz möchten wir die Bemerkung anschließen: Ohne Frage! Nur, wem zum Wohl?!



September 1969: Hoesch streikt!

September 1969: Hoesch streikt!

„RICHTLINIEN“ und LEITSATZE 1973

Um die Aufgabenbestimmung und die Stellung der Vertrauensleute in der IG Metall hat es, wie gesagt, von Anfang an und in den zurückliegenden Jahren verstärkt, Auseinandersetzungen gegeben.

Erstmals gelang es den fortschrittlichen Kräften in unserer Gewerkschaft auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IGM, der 1971 in Wiesbaden stattfand, eine Mehrheit der Delegierten für einen Antrag zu gewinnen, die Vertrauensleute mit allen Rechten und Pflichten in der Satzung verankern sollte (Antrag Nr. 279), eingebracht von der Verwaltungsstelle Düsseldorf).

In der zum Teil heftigen Auseinandersetzung gerade um diese Frage wurde von den Kritikern vorgebracht: „Wer unsere Satzung sieht, muß den Eindruck haben, daß unsere Basis im Vorstand, im Bezirk und in den Ortsverwaltungen, nicht aber in den Vertrauenskörpern in den Betrieben liegt.“ Und Kollege H. Spaeth, Delegierter aus Darmstadt, versicherte, „daß die Geduld der Vertrauensleute am Ende ist, wenn mit den Vertrauensleuten weiter so verfahren wird, wie es jetzt, der Fall ist.“

Die IG Metall-Führer versuchten zunächst wegen der Brisanz dieser Frage, den Antrag auf kaltem Wege zu erledigen: Es sollte zusammen mit zahlreichen anderen Anträgen als „Material zur weiteren Bearbeitung“ an den Vorstand übergeben werden. Das wurde von 212 Delegierten abgelehnt, während sich nur 209 der Delegierten für dieses Verfahren aussprachen.

In der dann erzwungenen Abstimmung über den Antrag selbst stimmte zwar die absolute Mehrheit der Delegierten für die Aufnahme der Vertrauensleute in die Satzung der IG Metall. Die für Satzungsänderungen erforderliche 2/3 Mehrheit wurde jedoch nicht erreicht (siehe S. 23/24 der IGM-Satzung).

Knapp zwei Jahre nach dem Wiesbadener Gewerkschaftstag nun legte der IG Metall-Hauptvorstand neue „Richtlinien“ für die Vertrauensleutearbeit vor. In Nr. 2/73 des Funktionsorgans DER GEWERKSCHAFTLER werden die „Richtlinien“ angekündigt, und bereits im April dieses Jahres vom Vorstand ohne weitere Konsultationen der Mitglieder und Vertrauensleute beschlossen.

Lutz Diekerhoff, beim IGM-

Wenn man mit der Delegiertenmehrheit vom Wiesbadener Gewerkschaftstag davon ausgeht, daß der eigentliche Sinn aller Anträge zu Grundsatzfragen der Vertrauensleutearbeit darin bestand, der „Basis“ mehr Rechte und größere Einflußmöglichkeiten in der IGM durch eine Satzungsänderung zu garantieren, so kann keine Rede davon sein, daß die Gewerkschaftsführer diese Zielsetzung bei ihrer eigenmächtigen Neufassung der „Richtlinien“ berücksichtigt hätten.

Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Nicht nur, daß die Vorstands-Strategen an dem arbeitgeberfeindlichen Prinzip festhalten, die Stellung der 125.000 IGM-Vertrauensleute außerhalb der Satzung durch „Richtlinien“ willkürlich festzulegen. Im Vergleich zu den 60er und 69er „Richtlinien“ sind eine weitere Einschränkung des Spielraums der Funktionäre und eine noch stärkere Orientierung auf den hauptamtlichen Strang unverkennbar.

Vertrauensleute – wem verantwortlich?

Von prinzipieller Bedeutung für die Arbeit jedes Gewerkschafters ist die Frage: Für wessen Belange arbeitet ich und wem gegenüber bin ich in erster Linie verantwortlich?

Die „Richtlinien“ des IGM-Vorstandes stellen und stellen darum völlig zu Recht diesen Punkt an die erste Stelle. Beantwortet wurde diese Frage jedoch mehr unterschiedlich: Während noch in den „Richtlinien“ von 1966 (!) die Aufgaben des Vertrauensmannes an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientiert wurden –

„Die Vertrauensleute nehmen die Interessen der Arbeiter und Angestellten ihres Wirkungsbereichs wahr (!) und sind diesen gegenüber (!) die Vertreter des Vertrauenskörpers des Betriebes“,

lautet die entsprechende Passage in der jetzt gen. verbesserten Fassung der „Richtlinien“ (1973):

„Vertrauensleute sind die Repräsentanten der IG Metall im Betrieb (!). Sie arbeiten im Rahmen der Satzung (!) und der Beschlüsse (!) der IG Metall an der Gestaltung, Festlegung und dem weiteren Ausbau der Organisation.“

Zwar ließen sich die 46er „Richtlinien“ durch andere Bestimmungen den Vertrauensleuten nur begrenzte

Möglichkeiten, tatsächlich die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten – immerhin ist aber durch die heutige „Überarbeitung“ eine andere Orientierung verbindlich: Die Vertrauensleute sind in erster Linie an die Satzung und die Beschlüsse der IGM-Führer gebunden und nur in diesem vorgegebenen Rahmen (auf dessen Festlegung und Kontrolle weder Mitglieder noch Vertrauensleute nennenswerten Einfluß nehmen können) ist ein „selbstständiges“ Handeln der Vertrauensleute „gewerkschaftstreu“!

Eine derartige Konzeption setzt voraus und produziert zugleich einen Typus von Vertrauensmann, den die Gewerkschaftsführer einmal mit dem bezeichnenden Satz charakterisiert haben: „Die Betriebsräte und Vertrauensleute sind Mund und Arm der Gewerkschaft im Betrieb.“

(aus: „Welt der Arbeit“, v. 2.11.73) Das Monopol des Denkens bzw. der Entscheidung liegt natürlich bei den Führern selbst.

Diese arbeitgeberfeindliche Grundorientierung findet sich in jeder einzelnen „Richtlinie“ des IGM-Vorstandes zur Arbeit der Vertrauensleute.

Wir wollen im Folgenden zeigen, welche konkreten Unterschiede die neuen „Richtlinien“ von 1973 (NR) im Vergleich zu den alten Richtlinien von 1969 (AR) aufweisen – und welche Konsequenzen sich aus diesen Änderungen ergeben.

Abschnitt 1. Aufbau des Vertrauensleutkörpers oder: Wie die Vertrauensleute zur Hilfstuppe der BR's gemacht werden

In die NR ist unter Punkt 1 folgende „Erweiterung“ aufgenommen worden: „In der IG Metall organisierte Betriebsratsmitglieder, Jugendvertreter und Beitragskassierer sind Vertrauensleute der IG Metall“ (S. 5).

Nach den AR „bilden“ gewerkschaftlich organisierte BR's, JV's und Vertrauensleute den VK (S. 7). Zum Verhältnis Vertrauenskörper – Betriebsrat hieß es in den AR: „VK und BR arbeiten eng zusammen“, und „Die Vertrauensleute wirken in kollegialer Weise mit den gewerkschaftlichen BR – Mitgliedern zusammen.“ (S. 16).

Dagegen in den NR: „Die IG Metall-Mitglieder im Betriebsrat und in der Jugendvertretung sind Vertrauensleute. Dadurch (!) ist die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit aller Vertrauensleute im VK gegeben“ (S. 15). Im VK sollen die Betriebsräte berichten und der Vertrauenskörper soll dem Betriebsrat Vorschläge und Forderungen unterbreiten (NR, S. 15).

Während also die AR dem unterschiedlichen Charakter der zwei Gremien (BR und VK) in gewisser Weise Rechnung trug und doch mehr die Betonung auf eine „autonome“ gewerkschaftliche Arbeit legte, sind die NR deutlich mehr auf die Erfordernisse der BR-Arbeit zugeschnitten – und die Position der an das reaktionäre BetrVG gebundenen Betriebsräte wird in den NR übermäßig hervorgehoben.

Daß der Vertrauenskörper von den Gewerkschaftsführern tatsächlich als eine Art „Unterbau“ des BR angesehen wird und entsprechende Aufgaben gestellt bekommt, hat L. Diekerhoff (IGM-Hauptvorstand) anlässlich in der DGB-Zeitschrift DIE QUELLE (vermutlich) unfreiwillig zugegeben:

„Der loyale, überzeugte und geschulte Funktionär tritt dem Betriebsrat mit den Forderungen und Vorstellungen der Vertrauensleute offen gegenüber, ist stets konstruktiv (!) und frei von utopischen Träumereien (!) –“

Die betriebliche Schlüsselstellung der Betriebsräte (!), abgelehnt durch eine – nicht zuletzt durch uns (!!) – erroztete (!) Betriebsverfassung, müssen wir fördern und in gewerkschaftliches Kapital umsetzen!“

Und dann die völlig entlarvende Passage: „Dabei gilt es zu bedenken, daß nicht allein aus den Betriebsräten und ihrem schlechten alles zu überlassen hieße, für die notwendige Betriebsarbeit (!) eine ungenügend breite Grundlage (!) zu geben.“ Also: „Erl die Erfahrungen, die praxisbezogenen Erlebnisse unserer Ver-

trauensleute, von ihnen gesammelt (!) und ausgewertet (!), geben dem Betriebsrat handfestes Material für seine betriebsverfassungsrechtliche (!!) Arbeit.“ (Die Quelle, Oktober 1973, S. 421)

Darüber hinaus wurde in Abschnitt I die verbindliche Festlegung der AR über die Größe des Wirkungsbereichs für jeden Vertrauensmann gestrichen (AR: auf 5-20 Beschäftigte kommt ein Vertrauensmann!).

Die Gewerkschaftsführer haben sich damit die Möglichkeit zur Manipulation erweitert – denn die Erfahrung zeigt, daß die IIGe k e i n e n Vertrauensmann in einer bestimmten Abteilung haben als einen „unsicheren“ oder gar oppositionellen; in anderen Abteilungen kucken dann wieder ein halbes Dutzend „loyaler“ Funktionäre herum, obwohl einer ausreichte!

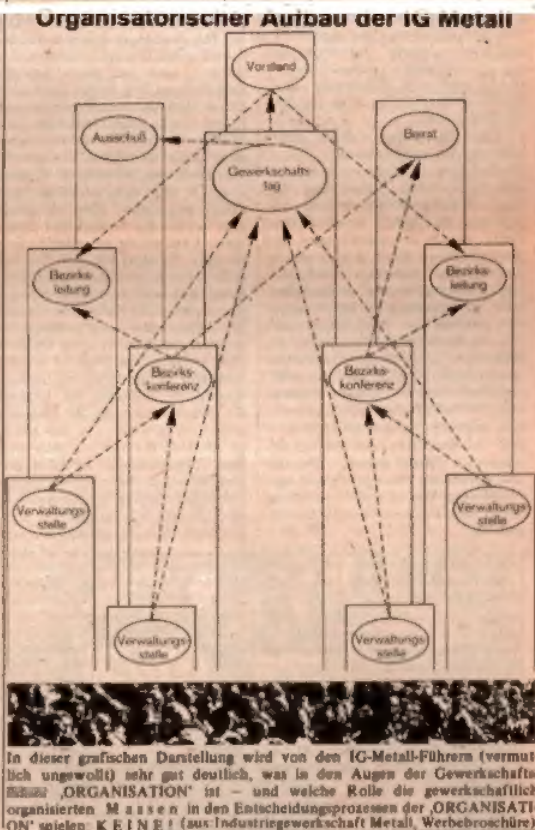
Abschnitt 2.: Wahl der Vertrauensleute und der Leitungen der Vertrauenskörper

Welche „persönlichen Voraussetzungen“ muß ein Vertrauensmann mitbringen?

Dazu die AR: „Alle VL können nur Mitglieder der IG Metall kandidieren und tätig sein, die mindestens 52 Wochen Gewerkschaftsmitglied sind. Sie müssen die für eine solche Tätigkeit erforderlichen persönlichen und gewerkschaftlichen Eigenschaften mitbringen.“ (S. 8)

Dagegen halten die IGM-Strategen nach den NR solche Kollegen für geeignet, „die mindestens ein Jahr Gewerkschaftsmitglied sind und satzungsgemäße Beiträge leisten.“ (S. 7)

Organisatorischer Aufbau der IG Metall



In dieser grafischen Darstellung wird von den IG-Metall-Führern (vermutlich ungewollt) sehr gut deutlich, was in den Augen der Gewerkschaftsführer „ORGANISATION“ ist – und welche Rolle die gewerkschaftlich organisierten Massen in den Entscheidungsprozessen der „ORGANISATION“ spielen: KEINE (!) (aus: Industriegewerkschaft Metall, Werbebrochure)

Eine bemerkenswerte „Verbesserung“: Hier bei den Hamburger Stahlwerken (HSW) haben wir unlängst erlebt, wie die IGM-Ortsverwaltung den Vertrauenskörper mit Meistern und Vorarbeitern (darunter CDU-Reaktionäre) „aufgefüllt“ hat, um die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten zu gestalten (siehe dazu den Artikel „Beleidigt und gefeuert“ im AK 39).

Die Abschnitte 3, 4 und 5 Die Aufgabe der Vertrauensleute, des Vertrauenskörpers und der VK-Leitung

Der schon weiter oben erwähnte Diekerhoff-Artikel aus „Der Gewerkschafter“ trägt den Titel: „Neue Richtlinien betonen die Rechte“.

Tatsächlich ist unter dem Abschnitt „Rechte und Aufgaben der Vertrauensleute“ kein einziges Recht enthalten – außer dem, die von den Führern festgelegten Aufgaben zu erfüllen. Danach sind die Vertrauensleute angewiesen „... zu erläutern ... bekanntzugeben ... dafür zu sorgen, daß diskutiert ... beachtet und befolgt wird ... zu verteilten ... zu prä-

Forts. Seite 8

Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!

Verschiedene in der Organisation geführte Diskussionskreise haben gezeigt, daß in der Frage der Arbeit in den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsopposition bei einigen Genossen noch keine ausreichende Klarheit besteht, obwohl es Stellungnahmen der Organisation zu diesem Thema gibt. Gewünscht und gegebenenfalls zur Lektüre empfohlen seien die folgenden: „Zentrale Arbeiterkonferenz der KPD/ML“ in KAB/AZ 4 (im Nachdruck Bd. 1, S. 17 und 18); „Über welche politischen Differenzen

muß diskutiert werden?“, Punkt V in KAB/AZ 6 (im Nachdruck Bd. 1, S. 44); „Zur Gewerkschaftsfrage“ in KAB/AZ 7 (im Nachdruck Bd. 2, S. 2 bis 13, vor allem S. 3 und 4); „Zur Frage der Gewerkschaftsopposition“ in AK 27; „Gewerkschaftsausschluß besiegelt“ in AK 39, S. 23.

Zur weiteren Klärung unserer Position soll dieser auf Initiative der Leitung geschriebene Artikel dienen.

Lenin gegen die „linke Kinderkrankheit“

Die kommunistische Bewegung hatte sich 1919/20 mit einer pseudo-„linken“ Fehleinschätzung aus den eigenen Reihen auseinanderzusetzen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Schrift Lenins „Der linke Radikalismus, Kinderkrankheit des Kommunismus“, die Lenin im Frühjahr 1920, vor dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationalen, schrieb.

Im Abschnitt VI dieser Schrift antwortet Lenin auf die Frage, ob Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten sollen. Dies war von den „Linken“, vor allem der von der KPD abgespaltenen KAPD, abgelehnt worden. Diese „Linken“ bestanden vielmehr darauf, „neue“, „eigene“ Gewerkschaften zu gründen. Um diese Versuche gegenüber den heutigen Pseudo-„Linken“ („KPD“ und „KPD/ML“) im richtigen Licht zu sehen, muß man erwähnen, daß die damals von der KAPD gegründete „eigene“ Gewerkschaft, die „Allgemeine Arbeiterunion“ (AAU) auf dem Höhepunkt ihrer Stärke, Anfang 1921, etwa 200.000 Mitglieder zählte.

Lenin lehnte den Aufbau „blitzblanker Arbeiter-Unionen“, wie er ironisch sagte, als „besonders dümmen“ und „lächerlichen, kindischen Unsinn“ ab. Kommunisten müßten „unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind“, d.h. in den bestehenden Gewerkschaften. „Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten, heißt, die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie zu überlassen.“ Kommunisten müßten „jedes Opfer bringen, und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beherrschend, geduldig gerade in allen denjenigen – und seien es auch die reaktionärsten – Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt.“

Gewerkschaften geworden sind, ist keine Organisationsfrage. Sie ist lediglich aus dem Widerspruch der Tatsache entstanden, daß das Proletariat in seinen weiten Schichten sich über seine Klassenlage und über die Mittel zu deren Änderung, kurzum, über Wesen und Ziel der Revolution noch nicht im klaren ist. Diese Änderung der geistigen Konstitution des Proletariats würde auch nicht dadurch herbeigeführt werden, wenn man die Proletariate aus der einen Organisation herausnimmt und sie einer anderen zuführt.

Dieser Umwandlungsprozeß kann vielmehr nur durchgeführt werden, einerseits durch unermüdete Agitation und Aufklärung in den Massen und innerhalb der Organisation, andererseits aber – und im wesentlichen – durch die praktische Schule des Kampfes...

Der II. Kongreß der KI (1920)

Auf dem II. Kongreß der KI wurden Leitsätze zur Gewerkschaftsarbeit beschlossen, in denen erneut die Notwendigkeit kommunistischer Arbeit in den Gewerkschaften betont wurde, „um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturz des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen“. Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, ohne dazu entweder durch außergewöhnliche Vergewaltigungsakte seitens der Gewerkschaftsbürokratie (Auflösung einzelner revolutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaft durch die opportunistischen Zentren) oder durch ihre engherzige aristokratische Politik, die den großen Massen der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisation versperrt, genötigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die Revolution dar, genötigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. Er droht die vorgeschrittensten, die klassenbewußtesten Arbeiter von den Massen zu trennen, die sich auf dem Wege zum Kommunismus befinden, und diese Massen an die opportunistischen Führer auszuliefern, die der Bourgeoisie in die Hände arbeiten.“

Aus der hier gemachten Einschränkung

zeug des revolutionären Kampfes zu machen, und mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats. Aber selbst wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, darf sie nur dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unangenehmen Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Taktik, durch lebhafteste Anteilnahme am wirtschaftlichen Kampf die breiten Arbeitermassen

Zum Verbandstag der Metallarbeiter-Gewerkschaft 1921 wurden 38% der Stimmen für kommunistische Delegierte abgegeben; jedoch saßen dann auf dem Verbandstag 113 kommunistische Delegierte 667 anderen Delegierten (vor allem Sozialdemokraten) gegenüber, d.h. nicht einmal 15% der Delegierten waren Kommunisten.

Zum Verbandstag der Metallarbeiter 1923 wurden sogar 50% der Stimmen für die Kommunisten abgegeben; jedoch hatten diese dann nur 138 Delegierte gegenüber 257 anderen Delegierten, also nicht viel mehr als ein Drittel.

Zum Verbandstag der Textilarbeiter-Gewerkschaft 1923 wurden auch etwa 50% der Stimmen für die kommunistischen Delegierten abgegeben; auf dem Verbandstag aber saßen nur 118 kommunistische Delegierte gegenüber 211 anderen, also ebenfalls

munisten auch dann, wenn sie nennenswerte Teile der Mitgliedschaft repräsentieren, wird ergänzt durch eine scharfe Ausschlusspolitik.

Schon 1921 wurde z.B. die gesamte Chemnitz Ortsgruppe des Bauarbeiterverbandes ausgeschlossen, insgesamt 4.300 Mitglieder. Bis Januar 1923 waren insgesamt etwa 22.000 Bauarbeiter ausgeschlossen worden, und ebenso viele Eisenbahner. Ähnliche Massenausschlüsse – wenn auch nicht im selben Ausmaß – gab es z.B. bei den Bergarbeitern, den Landarbeitern, den Metallern und Textilarbeitern.

1924 war der Höhepunkt der antikomunistischen „Säuberung“ der Gewerkschaften. Rettig schreibt z.B.: „... um das Ausschlussverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen, räumte der Verbandstag der Textilarbeiter dem Vorstand Rechte ein, die



1. Mai 1929: mit Knüttel und Schußwaffen geht die SPD-Polizei auf die demonstrierenden Arbeiter los. 31 Arbeiter wurden dabei getötet.

wurden dabei getötet.

davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernen Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklasse an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird. Die Kommunisten müssen im Fall der Notwendigkeit einer Spaltung ununterbrochen aufmerksam prüfen, ob die Spaltung nicht zu ihrer Isolierung von der Arbeitermasse führen wird.“

Dies stellt nach unserer Einschätzung die kommunistische Gewerkschaftspolitik richtig dar: einerseits die Möglichkeit einer Spaltung, andererseits die Warnung, an den Aufbau „neuer“ Organisationen leichtfertig und von den Massen losgelöst heranzugehen.

Es sind die Gewerkschaftsführer, die die Gewerkschaften spalten

Es liegt auf der Hand, daß Kommunisten nicht „aus Prinzip“ die Spaltung der Gewerkschaften anstreben. Da die Kommunisten ohnehin das Ziel haben – als Voraussetzung einer wirklichen proletarischen Revolution – die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, haben sie von sich aus keinen Grund, sich von den Arbeiter-Massenorganisationen abzuspalten. Das Entscheidende ist jedoch, daß die Gewerkschaftsführer lieber die Gewerkschaften spalten und zerschlagen, als sie „den Kommunisten zu überlassen“. Die wichtigsten Mittel der Gewerkschaftsführer sind dabei die Verführung des Mitgliederwillens und Massenausschlüsse.

Wie dies zu Anfang der 20er Jahre vor sich ging, soll hier an einigen Beispielen gezeigt werden (Angaben nach R. Rettig, Die Gewerkschaftsarbeit der KPD von 1918 bis 1925, Hamburg 1954).

nicht viel mehr als ein Drittel.

Auf dem Leipziger ADGB-Kongreß 1922 saß die SPD mit 463 Delegierten und die USPD mit 138 gegenüber nur 90 Kommunisten, obwohl in den Gewerkschaften 30 bis 40% der Stimmen für die Kommunisten abgegeben worden waren.

Auf dem ADGB-Kongreß 1925 schließlich waren ganze drei kommunistische Delegierte vertreten.

Diese Beispiele zeigen, daß eine demokratische Auseinandersetzung im Rahmen der ADGB Verhandlung wurde durch die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer, die die innergewerkschaftliche Demokratie und den Willen der Mitglieder mit Füßen traten. Selbst wenn die Kommunisten die Mehrheit in den Gewerkschaften erobert hätten, bildeten sie durch die undemokratischen Manipulationen der Gewerkschaftsführer doch immer nur eine Minderheit auf den politisch entscheidenden Gewerkschaftskongressen. Und die Verteilung der führenden gewerkschaftlichen Funktionen machten die Agenten der Bourgeoisie ohnehin weitgehend unter sich ab.

Dieses System ist seither noch weiter entwickelt und „verfeinert“ worden. Ein Schulungsleiter der IG-Metall in Sprockhövel erklärte offen, Kommunisten könnten auf keinen Fall in den Apparat der DGB-Führung gelangen. Denn erst müßten ja alle Bewerber Schulungen durchlaufen, und dabei würden Kommunisten „durch politisches Interesse schon am ersten oder zweiten Tag (auffallen), Sozialdemokraten nach ein oder zwei Wochen, CDU-Anhänger in der Regel überhaupt nicht.“ („Kölner Stadtanzeiger“ 5.12.73). Merke: den Kommunisten erkennt man am politischen Interesse!

Die Mißachtung des Mitgliederwillens, die Diskriminierung der Kom-

darauf hinausliefen, daß dieser oppositionelle Mitglieder ohne Angabe von Gründen und ohne die Durchführung eines ordentlichen Verfahrens, das den Beschuldigten Gelegenheit zur Verteidigung gegeben hätte, ausließen konnte. Die zu einer solchen Statutenänderung notwendige 2/3-Mehrheit wurde erst erreicht, indem kurz vor dem Verbandstag rund die Hälfte der 117 gewählten oppositionellen Delegierten aus dem Verband ausgeschlossen wurden... In Hamburg wurde sogar die von der Generalversammlung neu gewählte Ortsverwaltung der Bauarbeiter durch Polizei aus den Büroräumen hinausgeworfen.“ (S. 196-98)

Vor dem Hintergrund dieser Vorgänge möge die Demagogie solcher „Kommunisten“ würdigen wie die „Gruppe Arbeiterpolitik“, die behaupten, die KPD habe durch „ihre dilettantische Gewerkschaftspolitik“ den Gewerkschaftsführern „die willkommenen Handhabe (geliefert), die Kommunisten in den Augen der disziplinierten Gewerkschaftsmitglieder als Spalter der Gewerkschaften anzuklagen und massenweise auszuschließen.“ (Waldemar Bolze, Der Weg der Gewerkschaften, S. 43, hier von „Gruppe Arbeiterpolitik“). Allerdings hat eine falsche Politik der Ende 1923 in die Führung der KPD berufenen „ultra-linken“ Gruppe um Fischer-Maslow den Gewerkschaftsführern ihr Geschäft noch erleichtert. Tatsache ist aber, daß die Gewerkschaftsführung lange vorher die Kommunisten bei den Delegiertenwahlen zu den Verbandstagen diskriminierte und zu Massenausschlüssen übergegangen war. Als weiterer Faktor ist zu berücksichtigen, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von September 1923 bis Ende März 1924 von 7,04 auf 4,80 Mio. sank und daß es gerade die am mei-



1932 – Streik der Arbeiter und Angestellten der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) unter Führung der RGO

Lenin orientiert in der Schrift gegen die „linke Kinderkrankheit“ eindeutig auf die Vertreibung der Agenten der Bourgeoisie aus den bestehenden Gewerkschaften – d.h. die „Eroberung“ der bestehenden Gewerkschaften, statt des Aufbaus neuer Organisationen.

Dies entspricht z.B. auch den vom II. Parteitag der KPD (20. bis 24. Oktober 1919) angenommenen Richtlinien zur Gewerkschaftsarbeit, in denen es u.a. heißt: „Die Tatsache, daß die Gewerkschaften heute zu einem Werkzeug der Bourgeoisie und der

kung (durch uns hervorgerufen) wird klar, daß nicht auf eine „Einheit um jeden Preis“ orientiert wird. In der Tat heißt es im weiteren: „Da die Kommunisten Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als die Form, dürfen sie in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückweichen, wenn der Verzicht auf Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, mit dem Verzicht auf den Versuch, aus diesen ein Werk-

Fort. Gewerkschaften

men verletzten Teile des Proletariats waren, die keinen Sinn mehr darin sahen, von ihrem Hungerlohn oder von der Arbeitslosen-Unterstützung auch noch den Gewerkschaftsbeitrag für eine derart arbeiterfeindliche Politik zu bezahlen. Dadurch wurde aber gerade den Kommunisten ein beträchtlicher Teil ihrer Basis in den Gewerkschaften entzogen.

Die einseitige „Darstellung“ der „Gruppe Arbeiterpolitik“ geht dagegen in die Richtung, die Dinge nicht in ihrer Gesamtheit zu beleuchten, sondern der „ultra-linken“ KPD-Führung (die Ende 1923 die Arpo-Helden Brandner & Thalheimer ablöste) die Hauptschuld an den gewerkschaftlichen Rückschlägen zuzuschreiben und damit zugleich den Eindruck zu erwecken, als hätten solche Rückschläge durch eine „geschicktere“ Politik weitestgehend vermieden werden können; dies dient der „Gruppe Arbeiterpolitik“ offenbar auch dazu, jetzt ihre eigene Politik der Anpassung in den Gewerkschaften historisch zu „rechtfertigen“.

Heute wieder: Ausschluss-Welle rollt an

Die Ausschlüsse aus den Gewerkschaften haben heute ein, vor allem gemessen am tatsächlichen Stand der kommunistischen Bewegung und ihrem Einfluss in den Betrieben, schon relativ großes Ausmaß erreicht.

Ein entscheidender Hebel sind die „Extremisten-Beschlüsse“, die mitt-

lerweile allgemein für alle Gewerkschaften gültig sind. Diese Beschlüsse zeichnen sich dadurch aus, daß sie auf jede Begründung politischer Art verzichten, sondern in der Art eines päpstlichen Erlasses mit dorrten Worten eine Anzahl von Organisationen für „gewerkschaftsfeindlich“ erklären. Diese Behauptung wird mit keinem Wort begründet. Außerdem werden die „Extremisten-Beschlüsse“ der Gewerkschaftsführer verschiedene Organisationen mit dem Begriff der „RGO“ (= Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) zusammen, die damit nichts zu tun haben – vor allem die ABG München (die sich sehr ängstlich und demagogisch gegen die „RGO“-Politik abgrenzen); aber auch den KB und den KBW, die ebenfalls mit der von „KPD/ML“ und „KPD“ propagierten „RGO“ nicht unter einen Hut zu bringen sind.

Das zeigt, daß die „Extremisten-Beschlüsse“ selbst nach den Maßstäben bürgerlichen Rechts nackte Willkür sind.

Den Gewerkschaftsführern geht es überhaupt nicht um die „RGO“, sondern darum, die Kommunisten (und ihre Sympathisanten!) möglichst vollständig aus den Gewerkschaften zu scheißen, und wenn dabei im Einzelfall die ganze gewerkschaftliche Arbeit in einem bestimmten Betrieb zum Teufel geht.

Wo es nicht anders geht, schrecken die Gewerkschaftsführer natürlich auch vor einer Spaltung und Ruinierung der Gewerkschaft nicht zurück. Beispiel dafür ist die Spaltung der Bremer GEW durch die Rechten. Dies zu einer Zeit, wo der Einfluss der Kommunisten in der Ar-

beiterbewegung noch am Anfang der Entwicklung steht. Bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe werden Massenausschlüsse und Spaltung von Gewerkschaften sich noch verstärken.

Selbst wenn die Kommunisten in den Gewerkschaften die Mehrheit der Mitglieder gewonnen haben werden, werden die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer lieber die Gewerkschaft spalten als daß sie den Willen der Mitglieder respektieren.

Daraus folgt allgemein, daß eine „Eroberung der Gewerkschaften“ in dem Sinn, daß schließlich die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer demokratisch abgewählt würden, nicht möglich ist. Und zwar nicht deshalb, weil die Kommunisten nicht in der Lage und bereit wären, die Mehrheit der gewerkschaftlich Organisierten zu gewinnen, sondern weil die Gewerkschaftsführung keine „demokratischen Spielregeln“, sondern nur den ihr von der Bourgeoisie erteilten Auftrag anerkennt.

Daraus folgt aber auch, daß sich die Bildung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen und Organisationen langfristig zwingend als Aufgabe stellt; unmittelbar heute schon dort, wo Mitglieder ausgeschlossen werden oder wo die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaften spaltet.



„Der KB unterscheidet sich nicht wesentlich von der DKP!“ („Roter Baderdorfer“ der „KPD/ML“)

Die Gewerkschaftsführer entlarven, die Mitglieder gewinnen!

Objektiv ist die Lage heute so, daß die Gewerkschaftsführer mit ihrer Ausschlusspolitik eine Spaltung der

der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiterschaft begannen haben. Subjektiv stellt sich das im Bewusstsein vieler Kollegen aber noch nicht so dar.

Die Gewerkschaftsführung „rechtfertigt“ ihre Spalter-Politik gerade damit, daß sie demagogisch die Dinge auf den Kopf stellt und den Kommunisten vorwirft, sie wollten die Gewerkschaften spalten.

Den Gewerkschaftsführern kann es

Den Gewerkschaftsführern kann es nur recht sein, wenn ihnen „KPD“ und mehr noch „KPD/ML“ behelflich sind, bei den Kollegen dieses falsche Bild von den Kommunisten durchzusetzen. Dies genau ist nämlich der Fall, wenn durch eine zwar lautstarke, aber inhaltlich schwache Agitation für die „RGO“ der Eindruck erweckt wird, als würden die Kommunisten von sich aus die Spaltung der Gewerkschaft antreiben. Das eben ist ja nicht der Fall! Sondern die Kommunisten tragen der Tatsache Rechnung, daß die Spaltung der Gewerkschaften durch die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer selbst unvermeidlich ist.

Dies wird aber verdeckt durch Parolen, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht dem Bewusstsein der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und dem innergewerkschaftlichen Differenzierungsprozeß entsprechen – „Vorwärts zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ („KPD/ML“) bzw. „Bauen wir eine starke revolutionäre Gewerkschaftsopposition auf!“ („KPD“).

Speziell die „KPD/ML“ hat jedoch ihre eigenen Vorstellungen vom Zustand der Arbeiterbewegung in der BRD: „Immer mehr Kollegen erkennen, daß ein klarer Trennungsgang zum arbeiterfeindlichen DGB-Apparat gezogen werden muß, daß die revolutionäre Gewerkschaftslinie unserer Partei dem Kampf gegen den DGB-Apparat ... die einzige Perspektive bleibt; zusammenzuschließen und den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorantreiben! Der von den Bonzen entfachte Ausschlussterror ist also nichts anderes als der verzweifelte Versuch, sich dieser Tendenz entgegenzusetzen... Diese Taktik stößt bei den Mitgliedern auf breiten Widerstand.“ („Roter Morgen“, 26.1.74, S. 4)

Diese falsche Einschätzung ist die Grundlage dafür, die geduldige konkrete Überzeugungsarbeit unter den werktätigen Massen über die Rolle der Gewerkschaftsführer zu vernachlässigen, die überhaupt erst eine Voraussetzung wäre, um die Massen von der Notwendigkeit des Bruchs mit diesen Agenten der Bourgeoisie zu überzeugen.

Die „KPD/ML“ nimmt auch eine geringschätzige Haltung gegenüber dem demokratischen Kampf in den bestehenden Gewerkschaften ein. Dieser Kampf wird im Grunde für aussichtslos erklärt, weil die bestehenden Gewerkschaften ja doch nicht zu reformieren seien, und weil der Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie nur den Verrat der Bonzen verschleierte. („RM“, 26.1.74,

Zur Ergänzung des Artikels und zum besseren politischen Verständnis kommunistischer Gewerkschaftspolitik drucken wir hier einen Abschnitt aus den Thesen des 10. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (Juli 1929) nach.

UNTER WELCHEN BEDINGUNGEN IST DIE BILDUNG NEUER GEWERKSCHAFTEN NOTWENDIG?

1. Der neue Charakter des gewerkschaftlichen Reformismus, das offene Verwehen des reformistischen Gewerkschaftsapparates mit dem bürgerlichen Staat haben erneut die Frage unserer Taktik innerhalb der reformistischen Gewerkschaften brennend aktuell gemacht. Das X. Plenum des EKKI. bestätigt nochmals, daß die von der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie betriebene Politik der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung (Ausschluss der Kommunisten und der Mitglieder der revolutionären Opposition aus den reformistischen Gewerkschaften, Revolver usw.) auf keinen Fall zu einer Abschwächung der Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaftsmassen und erst recht nicht zur Befreiung der Arbeiter vom Austritt aus den reformistischen Gewerkschaften führen darf. Im Gegenteil, diese Arbeit muß noch mehr verstärkt werden. „Um den Massen“ zu helfen, und die Unterstützung, die Sympathie, den Anhang der „Massen“ zu erwerben, darf man nicht die Schwierigkeiten scheuen, darf man keine Intrigen, keine Tücken, keine Schikanen, Selektionen, Verfolgungen seitens der „Führer“ hinführen, falls als Opportunisten und Sozialchauvinisten in der Mehrheit der Fülle direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei verbunden und verbunden ist und muß unbedingt dort arbeiten, wo die Masse ist.“ (Lenin: „Die Kinderkrankheiten des „Radikalismus“ im Kommunismus.“ Kapitel „Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaften arbeiten?“)

2. Der nahende Aufbruch der Arbeiterbewegung und die anwachsende Krise in den reformistischen Gewerkschaften haben gefährliche Tendenzen zum Verzicht auf die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zutage treten lassen. Dieses Anschwelen der Arbeiterbewegung hat auch das neue Problem der Bildung neuer revolutionärer Gewerkschaften in gewissen Etappen und unter der Voraussetzung bestimmter Bedingungen entstehen lassen.

3. Der ersten Tendenz liegt die falsche Auffassung des Problems der Unorganisierten zugrunde, die Verweigerung der Gewerkschaften mit den Kampfplätzen und die Unterbrechung der Möglichkeit zur Eroberung der Gewerkschaften durch die Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten Massen, die künstliche Bildung von organisatorischen „Übergangsformen“ zu neuen Gewerkschaften. Diese Tendenzen stehen in direktem Widerspruch zu von der Komintern wiederholt geäußerten Beschlüssen über die Eroberung der Arbeitermassen in den Gewerkschaften. Die verstärkten Provokationen der Reformisten, die auf die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung abzielen und die in dem Ausschluss von Kommunisten und Mitgliedern der revolutionären Opposition zum Ausdruck kommen, können nicht zum Anlaß einer Revision der Beschlüsse über die Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften in den Ländern, wo es keine selbständigen revolutionären Gewerkschaften gibt, werden und vermögen den Kurs auf die Abschwächung der Arbeit zur Eroberung der gewerkschaftlichen Massen sowie auf eine künstliche Organisation neuer Gewerkschaften nicht zu rechtfertigen. Die gegenwärtige Periode stellt der Komintern nicht eine Politik des Austritts aus den reformistischen Gewerkschaften zur Aufgabe, sondern den Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse – sowohl in den reformistischen Gewerkschaften, als auch in den sich auf breitere Massen erstreckenden Organisationen (Kampfbewegungen, Betriebsräte), die ein und dasselbe Aufgaben verfolgen wie die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die jedoch an die Verwirklichung dieser Aufgabe auf ihre eigene Art und Weise herantreten.

4. Gleichzeitig wird es eine schädliche opportunistische Illusion, anzunehmen, daß wir unter den heutigen Verhältnissen – selbst wenn wir die Mitgliedermassen der Gewerkschaften hinter uns haben – den reformistischen Gewerkschaftsapparat erobern können. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß die bestehenden Gewerkschaftsinstanzen passiv sein sollten. Im Gegenteil, der Kampf zur Vertreibung aller Bürokraten und Agenten der Kapitalisten aus den Gewerkschaften, der Kampf um die Wahlfunktion in den Gewerkschaften und insbesondere der Kampf um die untersten gewerkschaftlichen Vertrauensleute muß in unseren Händen zu einem mächtigen Werkzeug zur Enttarnung und Bekämpfung der Rolle der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie werden.

5. Im Zusammenhang damit steht der Kampf gegen die Spaltungspolitik der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie. Dieser Kampf gegen Ausschlüsse und andere Spaltungsmaßnahmen muß ein Kampf sein gegen die reformistische Politik der Industriefriedens, um die Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes, um die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften. Die Spaltungsarbeit der reformistischen Führung verfolgt den Zweck, die organisierte Kraft der Arbeitermassen in ihrem Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Forderungen zu schwächen und die Kommunisten sowie die revolutionäre Opposition von den organisierten Arbeitermassen zu isolieren. Eine der wichtigsten Aufgaben ist infolgedessen die Mobilisierung der breitesten Arbeitermassen gegen die Spaltungsarbeit der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie. Zugleich damit muß ein entscheidender Kampf gegen jegliche Kapitulationen geführt werden. Eine Kapitulation vor der Gewerkschaftsbüro-

kratie würde nicht nur die Diskreditierung, sondern auch die Zerschlagung der revolutionären Opposition bedeuten.

Auf den Ausschluss ganzer Gewerkschaftsorganisationen muß geantwortet werden mit der aktiven Fortführung der Arbeit und der Stärkung dieser Organisationen, bei gleichzeitigem Kampf um ihre Wiedereinnahme in die Gewerkschaft unter der Leitung der Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes. Diese eingeschlossene Gewerkschaftsorganisationen dürfen nicht zu Sammelzentren der aus anderen Gewerkschaftsorganisationen ausgeschlossenen Arbeiter werden. Bei Einzelwahlen revolutionärer Arbeiter sind alle Kräfte zur Mobilisierung der Massen im Kampf gegen die Spaltungspolitik der Reformisten aufzubringen. Der Kampf um die Wiedereinnahme der ausgeschlossenen muß unter der Leitung der Eroberung der noch unter dem Einfluss der Reformisten stehenden Arbeiter für die revolutionäre Opposition vor sich gehen.

Der Kampf gegen Spaltungspolitik der Gewerkschaftsbürokratie darf in diesen Ländern nicht durch die Organisation der ausgeschlossenen Kommunisten und der Mitglieder der revolutionären Opposition zu neuen Gewerkschaften geführt werden, sondern muß erfolgen durch die Verstärkung des Kampfes um die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften, gegen den Reformismus, um die Beseitigung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Das Verwehen des reformistischen Gewerkschaftsapparates mit dem bürgerlichen Staatsapparat einerseits und der zunehmende Einfluss der kommunistischen Parteien auf die Arbeitermassen und in den reformistischen Massenorganisationen andererseits erweitert nicht nur die Möglichkeit des Kampfes gegen die reformistische Diktatur, sondern macht auch die Mobilisierung der Massen zur Durchbrechung der Gewerkschaftstendenzen und zum Bruch mit dem Legalismus der reformistischen Gewerkschaften notwendig.

6. Die revolutionäre Opposition darf auch keine Zersplitterung der in immer größerer Zahl aus den reformistischen Gewerkschaften zum Ausschluss gelangenden Mitglieder der revolutionären Opposition zulassen. Infolgedessen ist die aktive Verbindung der revolutionären Opposition mit allen aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen Mitgliedern der Opposition notwendig. Das darf aber nicht zur Bildung neuer Organisationen führen (z.B. durch die Erhebung spezieller Mitgliederbeiträge von den Ausgeschlossenen und die Herausgabe spezieller Mitgliedsbücher usw.), die die künstliche „Übergangsformen“ zu neuen Gewerkschaften dienen könnten.

7. Aber die Kommunisten können nicht prinzipiell gegen die Spaltung der Gewerkschaften sein. Die Revolution des II. Kongresses der Komintern verwies auf die Bedingungen, unter denen die Kommunisten verpflichtet sind, zur Spaltung zu greifen, und zwar heißt es dort: „Die Kommunisten dürfen nicht ... hantieren vor der Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen, falls der Verzicht auf die Spaltung den Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, den Verzicht auf die Organisation des am meisten ausgebeuteten Teils des Proletariats bedeuten würde.“ Das Anschwelen der Massenbewegung seit dem VI. Kongress der Komintern und der erbitterte Kampf der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie, die zu den Methoden des Ausschlusses und der Auflösung ganzer Organisationen greift (ADGB) und mit Hilfe von Zunftfraktionen den Kreis des gewerkschaftlich organisierten Proletariats künstlich einzufrieren (das klassische Beispiel ist die „American Federation of Labor“), ihr offenes Streikbrechertum haben in einer Reihe von Ländern die Voraussetzungen geschaffen, unter denen in einzelnen Fällen die Bildung neuer, revolutionärer Gewerkschaften notwendig wird. Das IX. Plenum des EKKI. und der VI. Kongress der Komintern legen fest, daß die revolutionäre Kommunistische Partei neue Gewerkschaftsverbände in erster Linie in jenen Produktionszweigen schaffen müsse, wo es überhaupt keine gewerkschaftliche Organisation gibt, ferner aber auch in jenen Fällen, wo die Arbeiter nach einer revolutionären Aktion, infolge des Verrates seitens der Gewerkschaftsbürokratie, in Massen aus den Gewerkschaften austreten und die Gewerkschaftsbewegung zerfallen wurde. Diese Arbeit hat die Partei aufgenommen und muß mit äußerster Energie führen und die Massenmassen der Unorganisierten der Vereinigten Staaten in die neuen Gewerkschaften hineinziehen. Dasselbe war in England der Fall, wo eine neue Schneidergewerkschaft und die neue Schottische Bergarbeitergewerkschaft gebildet wurde. Dasselbe war auch in Polen der Fall, wo es auf Grund der Massenstreikbewegung in Lodz und der Spaltung der PPS, namentlich vor, die Frage der Bildung einer neuen einheitlichen Textilarbeitergewerkschaft (in Lodz) auftraten, die nun auch bei den Bergarbeitern (im Dombrowa Bezirk) steht. Dasselbe war auch in Mexiko der Fall, wo auf Grund der Radikalisierung der Arbeitermassen sowie der reaktionären Entzerrung der CROM, ein neuer revolutionärer unitärer Gewerkschaftsverband gebildet wurde, der etwa 100.000 Mitglieder zählt.

8. Aber die Kommunisten müssen begreifen, daß die Spaltung der Gewerkschaften nicht eine Frage der mechanischen Bildung neuer Gewerkschaften ist. Es muß entschieden gekämpft werden gegen die Einstellung auf die Spaltung der Gewerkschaft um jeden Preis. Die Bildung neuer Gewerkschaften ist nur möglich bei einem Aufschwung der Streikwelle, nur dort, wo die revolutionäre kommunistische Partei erfahren hat, wo jeder einzelne Massen der Proletariats das sozialistische Wesen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie bereits begriffen haben und wo diese Massen die Bildung einer neuen Gewerkschaft aktiv unterstützen. Aber selbst wenn alle diese Bedingungen gegeben sind, darf die Bildung neuer Gewerkschaften in Ländern, wo es bis jetzt keine selbständige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung gab (z.B. in Deutschland), nur von Fall zu Fall erfolgen, unter Berücksichtigung der gesamten objektiven Situation.

Forts. Gewerkschaften

S. 4) Die „KPD/ML“ warf dem KB sogar im geschwollenen Tonfall „Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse“ vor, weil der Hamburger CHUMIARBEITER geschrieben habe, daß wir zwar gegen die Einheit um jeden Preis sind, daß Kommunisten aber solange wie möglich in den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen kämpfen müssen und daß die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse gemacht werden müssen. Die „KPD/ML“ meint, diese Politik des KB unterstehe sich im wesentlichen nicht von der DKP. („Roter Beiersdorfer“, Hamburg, Okt. 73)

Wir wollen diesem „irradikalen“ Unsinn zum Vergleich die Meinung von Ernst Thälmann gegenüberstellen. Auf dem 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) im Jahr 1929 sagte Thälmann: „Die Tatsache, daß in den reformistischen Gewerkschaften große Massen organisiert sind, zwingt uns, diese proletarischen Mas-

bewegung sind.“

Die zentrale Parole, unter der wir heute den Kampf um die Mitglieder-massen der Gewerkschaften führen, ist: „Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!“

Das bedeutet beim jetzigen Stand, Kampf um eine mehr an den Arbeiterinteressen orientierte Politik, Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie, Kampf um die betriebliche Gewerkschaftsorganisation (Vertrauensleute), Kampf gegen die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer, Kampf gegen die Ausschüsse, Organisation von Ausschüssen, Organisation um die Gewerkschaftseinheit gegen die von der Bourgeoisie gekauften Führer.

Die Parole „Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse“ bedeutet nicht die Illusion, dieses Ziel innerhalb der bestehenden DGB-Gewerkschaften zu erreichen. Es ist aber offensichtlich, daß zum jetzigen Zeitpunkt für dieses Ziel vor allem innerhalb der bestehenden Gewerkschaften zu kämpfen ist. Die

Anzeige

Ernst Thälmann

ÜBER GEWERKSCHAFTEN

BEITRÄGE AUF DEM 10. PLENUM DES EKKI, Juli 1929
Ernst Thälmann hielt auf dem 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ein Referat über „Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der kommunistischen Parteien“.

Thälmann zeigte in diesem Referat, welche Aufgaben die Zuspitzung der Klassenkämpfe stellte, den Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften. Den Plänen zur Gründung neuer „revolutionärer“ Gewerkschaften in Deutschland erteilte Ernst Thälmann eine Absage; gerade der Kurs der Reformisten auf Spaltung der Gewerkschaften erfordere im gegenwärtigen Moment die Aufbietung der größten Zähigkeit und Ausdauer durch die Kommunisten, um für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.

100 Seiten

DM 3,-

ARBEITERBUCH

Politische Buchhandlung

erhältlich im

2 Hamburg 13

Grindelhof 45

285 Bremerhaven

Sonnenstraße 8



Türkische Kollegen an der Spitze des Ford-Streiks (1973)

Türkische Kollegen an der Spitze des Ford-Streiks (1973)

nen hinter uns zu bringen, den Kampf gegen die reformistische Bürokratie in den Gewerkschaften mit äußerster Entschlossenheit fortzusetzen. Aber wir sehen in unseren eigenen Reihen gewisse Tendenzen der Zurückweichens, wir sehen die Kapitulation einzelner Funktionäre, die vor dem Vorgehen der Reformisten zurückschrecken. Dieser Kampf in den Gewerkschaften erfordert von uns die größte Zähigkeit, die größte revolutionäre Kaltblütigkeit, und auch die Fähigkeit, die Massen zu überzeugen, daß nicht wir, sondern die Reformisten die Spalter der Gewerkschaft-

KL und die KPD haben die Notwendigkeit einer zähen Überzeugungsarbeit in den bestehenden Gewerkschaften immer wieder betont, und zwar in einer Situation, wo die Mitgliedschaft der KPD nach Zehntausenden und ihre Wähler nach Millionen zählten. Erst recht gilt es heute, wo die kommunistische Bewegung ungleich schwächer ist, der Entwicklung nicht mit mehr „irradikal“ klingenden, aber der Situation nicht entsprechenden Parolen vorzuziehen, sondern solche Parolen aufzustellen, die tatsächlich eine klärende und organisierende Funktion haben, die den

Massen klar machen, daß nicht die Kommunisten, sondern die Gewerkschaftsführer die Spalter sind.

Der Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie, gegen einzelne von der Bourgeoisie gekaufte Gewerkschaftsführer usw. kann natürlich Illusionen über eine mögliche „Reformierung“ des DGB hervorbilden oder bestätigen. Dies gilt für jeden Kampf im Rahmen des Kapitalismus (z.B. Lohnkampf). Gelingt es z.B. den Kollegen, ein besonders übles Subjekt aus der Gewerkschaftsführung zu verjagen, so wird er in der Regel durch einen an-

deren ersetzt, der sich vom ersten nur dadurch unterscheidet, daß er es geschickter anfangt. Trotzdem ist auch ein solcher Kampf wertvoll für die Formung des Proletariats als politisch selbständige Klasse.

Natürlich müssen die Kommunisten gegen Illusionen kämpfen, die sich aus solchen „Erfolgen“ oder aus bestimmten demokratischen Forderungen innerhalb des DGB ergeben. Dies muß aber im richtigen Verhältnis zueinander stehen. Bei der „KPD/ML“ z.B. kann man sagen, daß sie sozusagen mit dem kleinen Finger der linken Hand um die innergewerkschaftliche Demokratie kämpft, und mit den übrigen Fingern, und zusätzlich mit den Füßen, gegen die Illusionen kämpft, wobei dieser Kampf nicht einmal in konkreter Überzeugungsarbeit, sondern wesentlich in fortwährenden Wiederholen von Behauptungen und Beschimpfungen besteht.

Was für eine Gewerkschaftsopposition?

„KPD“ und „KPD/ML“ fordern eine „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“. Dies entspricht auch dem von der KPD Ende der 20er – Anfang der 30er Jahre verwendeten Namen.

Trotzdem halten wir den Begriff der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegenwärtig für falsch, weil einseitig.

Erinnern wir uns, daß der II. Kon-

gress der KI 1920 gefordert hatte, „die breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernsten Revolutionen, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklasse an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird.“

Dies halten wir für richtig. Die Arbeiter geraten natürlich zunächst nicht deshalb in Widerspruch zur Gewerkschaftsführung, weil diese gegen die proletarische Revolution ist, sondern wegen des Verrats in den Tageskämpfen der Arbeiterklasse. Daran – und nicht an der Frage der Revolu-

tion – entwickelt sich zunächst die politische Differenzierung in den Gewerkschaften.

Im Begriff der revolutionären Gewerkschaftsopposition liegt die Gefahr, daß getrennt wird zwischen einer vorläufigen Minderheit revolutionärer Arbeiter und einem größeren Teil, der mit einzelnen Erscheinungen der DGB-Politik oder auch mit dieser insgesamt unzufrieden ist, ohne daß es schon für die proletarische Revolution und den Sozialismus kämpft.

Statt zur Organisation der gesamten Gewerkschaftsopposition beizutragen, wird die „RGO“-Parole so zu einer reinen Partei-Parole. Die „KPD/ML“ hat früher offen ausgesprochen, daß sie sich eine „RGO“ (bzw. ähnliche Vorläufer-Projekte) nur „unter Führung der KPD/ML“ vorstellen kann. Inzwischen ist man schlauer geworden und sagt dies nicht mehr so offen. Trotzdem ist die „RGO“-Propaganda so angelegt, daß eine sektiererische Organisation von Betriebsgenossen der „KPD/ML“ mit einigen Sympathisanten, nicht aber eine breite gewerkschaftsoppositionelle Organisation angestrebt wird. Ähnlich verhält es sich mit der „RGO“ der „KPD“, wie u.a. in der sektiererischen Kampagne um den türkischen Kollegen Baha Targün, Streikführer bei Ford Köln, deutlich wurde, der von der „KPD“ auf ziemlich widerliche Weise durch die Universitätsstädte geschickt wurde, um die „betriebliche Verankerung“ der „KPD“ deutlich zu machen.

Die Frage, wer in der „Gewerkschaftsopposition“ organisiert werden soll, d.h. auf welcher politischen Grundlage diese stehen soll, ist von zentraler Bedeutung. Hier sieht die Alternative, tatsächlich den Aufbau einer breiten Gewerkschaftsopposition anzugehen, oder aber ein schmales „Vorfeld“ dieser oder jener ständlich geprüften Partei der Arbeiterklasse zu bilden, den noch nicht einmal eine kommunistische Gewerkschaftsfraktion wäre (weil die kommunistische Bewegung heute schon viel breiter ist als die eine oder andere „Partei“).

Forts. Wohin steuert die IG-Metall

... zu werben ... zu verhindern ...; entgegenzuwirken ...; unversöhnlich zu melden ...; weiterzuleiten ...; zu unterstützen ...

Schöne „Rechte“ sind das! Für Mund und Arm der Gewerkschaft reichlich freilich!

Hatten sich die IG Metall-Führer in der Vergangenheit bereits mit Vorliebe unter den Betriebsräten und den VK-Leitungsmitgliedern Funktioniäre (bzw. Vertrauensleute) gesucht (oder diese Leute in entsprechende Funktionen gehievt), so betonen die neuen „Richtlinien“ die besonders Beziehungen zwischen den VK-Leitungen und den Hauptamtlichen. L. Dieckhoff unterstreicht in dem schon genannten „Gewerkschafter“-Artikel: „Besonderer Wert wurde auf die Wahl einer funktionsfähigen Leitung gelegt“ und erläutert an der gleichen Stelle: „Wert und Wirksamkeit eines Gremiums hängen (für die IG Metall-Führer, Anm. d. Red.) wesentlich von seiner Leitung ab ... Die Leitung ... muß ... dafür sorgen, daß die Struktur, die

Tätigkeit und die einzusetzenden Mittel stets dem Organisationszweck (den der Vorstand selbst natürlich festlegt, Anm. d. Red.) dienen“.

Diese für die Vorstandspolitik „funktionsfähigen Leitungen“ berufen Sitzungen ein, legen die Tagesordnung fest etc. – natürlich nicht, ohne vorher „mit der Ortsverwaltung Mittel und Formen künftiger Arbeit beraten“ zu haben, wie es in den NR heißt. Im Unterschied zu den AR ist dieser ausdrückliche Hinweis (in Absprache oder in Zusammenarbeit mit der OV) in praktisch jede Aufgabenstellung „eingearbeitet“ worden. (Wo das in der Praxis hinführt, zeigt sehr anschaulich der Artikel über die „VK-Geschäftsordnung bei Blohm & Voß in Hamburg“ in AK 39)

Die zugee und bevorzugte Beziehung zwischen VK-Leitung und den übergeordneten Gremien unserer Gewerkschaft kommt auch in den folgenden Abschnitten der „Richtlinien“ (T. 9) zum Ausdruck.

Während die AR verbindlich festlegen, daß „einmal im Vierteljahr“ alle Vertrauensleute der Verwal-

tungsstelle zu einer Konferenz einzuladen wären, heißt es in den NR: „Mindestens einmal im Jahr, darüber hinaus aus aktuellem Anlaß, hat die Ortsverwaltung zu einer Vertrauensleutekonferenz einzuladen.“

Zwar hatten die Vertrauensleutekonferenzen auch nach den AR keinerlei Entscheidungsbefugnisse, aber immerhin boten sie die Möglichkeit, über die Grenzen einzelner Betriebe hinweg die gemeinsamen Belange zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und direkte Verbindungen zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Betriebe herzustellen.

Diese Möglichkeiten sind durch die NR weiter eingeschränkt worden!

Dagegen legen die IGM-Führer mehr Gewicht auf „Beratungen“ zwischen den VK-Leitern und Funktioniären des Apparats in sogenannten Ausschüssen (bei der Ortsverwaltung, der Bezirksleitung und auch beim Hauptvorstand). Nähere Bestimmungen finden sich zwar nicht in den „Richtlinien“, aber unsere Erfahrungen mit dem Vertrauensleute-Ausschuß bei der Hamburger Ortsverwaltung der IG

Metall zeigen, daß die Gewerkschaftsführer sich auf diese Weise einen „harten Kern“ von Funktioniären heranbilden, die gehorsamst den offiziellen Kurs gegenüber den einfachen Vertrauensleuten und Mitgliedern verfechten. (Dafür soll später an anderer Stelle berichtet werden.)

Zusammenfassung

Die Führung der IG Metall hat die innergewerkschaftliche Demokratie durch die Neufassung der „Richtlinien“ noch weiter abgebaut. Dagegen hat sich bisher kein nennenswerter Protest erhoben.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben somit heute ihr Instrumentarium, die „Vertrauensleutekörper“ noch fester in den Griff zu bekommen“ (Brenner, s.o.), vervollständigen können – und damit ihre Konsequenzen aus den zunehmenden Klassenauseinandersetzungen (u.a. auch aus den „Septemberstreiks“ von 1969) unbeabsichtigt ziehen können.

Wenn wir für eine konsequente Politik im Interesse der Arbeiterklasse auch in die bestehenden Gewerkschaften eintreten, so muß die Propagierung proletarischer (d.h. demokratischer) Organisationsprinzipien fester Bestandteil unseres Kampfes sein. Das geschieht am besten in der konkreten Auseinandersetzung mit dem undemokratischen Organisationsaufbau der heutigen Gewerkschaften.

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkung: Eigentlich war vorgesehen, im Rahmen dieses Artikels auch die neuen „Leitsätze“ des IGM-Vorstands zur Vertrauensleutearbeit unter die Lupe zu nehmen. Das wird jedoch erst später geschehen, weil die Gewerkschaftsführer immer noch nicht mit der „Endfassung“ übereinkommen sind. Bisher sind bereits drei Entwürfe bekanntgeworden, die jedoch nach kurzer Zeit ohne jede Begründung fallengelassen wurden.

Hamburg:

Ein Postler berichtet

Die diesjährige Tarifrunde bei der Post war wie im gesamten übrigen öffentlichen Dienst gekennzeichnet durch eine in diesem Ausmaß bisher noch nicht dagewesene Verscharung der Tarifkonflikte. Zum erstenmal in der Geschichte der Bundespost fanden hier Arbeitsniederlegungen und Streiks statt. Im allgemeinen zeigten die Postkollegen eine große Bereitschaft, ihre materiellen Interessen auch mit solchen Kampfmaßnahmen durchzusetzen. Doch diese Bewegung besaß überaus spontanen Charakter, was sich deutlich in ihrer Entwicklung zeigt.

In dem Bezirk Hamburg der DPG sind die Tarifrunden der vergangenen Jahre jeweils ohne größeren Eingriff von den Kollegen zur Kenntnis genommen worden. In dieser Tarifrunde ist dies zunächst nicht anders gewesen. Im Bereich der Ortsverwaltung (OV) Hamburg, die aus etwa 50 gewerkschaftlichen Arbeitsgruppen besteht, haben nur ganz wenige Arbeitsgruppen eigene Tarifforderungen aufgestellt. Im ganzen Bezirk Hamburg, der ein Gebiet umfasst von Lübeck bis Cuxhaven einschließlich der OV Hamburg, waren es insgesamt nur neun Arbeitsgruppen, die innerhalb der vom Bezirk gestellten Frist Forderungen aufgestellt und diskutiert hatten. Hinzu kommt, daß selbst in diesen wenigen Fällen die Diskussion der Kollegen geführt wurde. An den Versammlungen ihrer Arbeitsgruppe nahmen weniger als 10% der in diesen Ämtern gewerkschaftlich organisierten Kollegen teil, und eigene Diskussionsbeiträge leisteten noch weniger. Allgemein war es so, daß die Funktionäre der DPG ihre Forderungen in die Versammlungen hineintrugen, und dort stimmte man ihnen zu.

Infolgedessen standen die Kollegen auch nicht kampfbereit hinter den „Mindestforderungen“ der Gewerkschaft, sondern mußten von der Führung erst mühsam im Laufe der Tarifrunde mobilisiert werden. Für den Bezirk Hamburg gilt, daß das gewerkschaftliche Bewußtsein der Postkollegen überaus niedrig ist, daß eine kontinuierliche gewerkschaftliche Arbeit an den einzelnen Ämtern kaum entfaltet ist, daß Resignation und in der Enttäuschung entstandene anti-gewerkschaftliche Einstellungen noch fest verankert sind. Tagträumer vom Schlage der „KPD“ sehen diese Sachlage allerdings anders.

Die Taktik der Gewerkschaftsbosse ist ebenso klar. Wortradikales Geschwätz, weil ihnen die kampfbereiten Kollegen im Nacken sitzen, die besten Kämpfer im Rücken sitzen. Mit allen Tricks versuchen sie, die Kämpfe unter ihrer Kontrolle zu halten, um sie – nachdem etwas „Dampf abgelassen“ ist – desto schneller abwrufen zu können. (Aus einem Flugblatt der „KPD“, das sie unter der Überschrift „Sofortiger Streik!“ auf der Hamburger Postler-Demonstration verteilten.)

Tatsächlich jedoch war das Gegenteil der Fall. Durch ihr wortradikales Auftreten mußten die Gewerkschaftsführer die spontane Bewegung unter den Postkollegen überhaupt erst anheizen. Die Berichterstattung in der Presse tat ein übriges. Morgens lasen die Kollegen in der Zeitung, daß sie schon kampfbereit auf der Straße ständen. Dadurch wurde natürlich Unruhe ausgelöst, die sich auch spontan

weiterentwickelte. Doch die Initiative lag auf der Seite der Gewerkschaftsführung, sogar die meisten Streiks waren von ihr bestellt gewesen. Sie entsprachen zwar der spontanen Bewegung unter den Kollegen, gleichzeitig trugen sie jedoch zu ihrer Demobilisierung bei. Den Kollegen wurde nämlich in diesen Streiks die Schwäche ihrer spontanen Bewegung deutlich gemacht. Es wurde auch offenbar, daß die Gewerkschaftsführung sowohl politisch als auch organisatorisch nichts zum Gelingen der Streiks beitrug.

Die Taktik der Gewerkschaftsführung wurde nur einmal durchbrochen

Die Frage Sieg oder Niederlage hing entscheidend davon ab, ob es gelang, die Beamten in den Streik mit einzubeziehen, also die Einheit unter den Kollegen praktisch herzustellen. Die Gewerkschaftsführung sabotierte alle Versuche in dieser Richtung. Sie war es, die in den Diskussionen stän-

vollständig von Streikposten abgeriegelt. An den vorhergehenden Tagen war unter den Kollegen das Beamtenproblem bereits ausführlich diskutiert worden, und die Streikposten waren entschlossen, niemanden durchzulassen. Sie ließen sich auch nicht durch die Einschüchterungsversuche der DPG-Funktionäre beirren, selbst dann nicht, als sogar der Bezirksvorsitzende Willy Mendel vor Ort erschien und diese Art der Streikdurchführung scharf angriff. Von der örtlichen Streikleitung waren Listen vorbereitet worden, in die sich die Beamten nach ihrem erfolglosen Versuch, das Amt zu betreten, eintragen konnten. Diese Listen waren keine Streiklisten, sondern Anwesenheitslisten. Sie dienten ausschließlich dem Schutz der Beamten vor möglichen späteren Repressalien. Diese taktische Maßnahme trug wesentlich zum Gelingen des Streiks bei.

Provokation vom KBW

In diesem Zusammenhang muß einmal auf den KBW eingegangen werden. Einen Tag nach dem erfolgreichen Streik verteilte diese Leute ein Flugblatt, in dem sie folgendes schrieben:

„Es wurde erreicht, daß fast alle Beamten sich solidarisch erklärten, sich in Streiklisten eintragen und dem Dienst fernbleiben“. Auch wenn sonst die KBW-Presse keine große Beachtung unter den Kollegen findet, dieser eine Satz fand sie. Die Gewerkschaftsrechte nämlich konnte jetzt verbreiten, daß die Beamten von der linken Streikleitung, der übrigen niemand vom KBW angehör-



dig auf das Streikverbot der Beamten hinwies. Sie traf während der Streiks organisatorische Vorkehrungen, die eine indirekte Beteiligung der Beamten am Streik ausschließen sollten. Dadurch verurteilte sie den Kampf der Kollegen Arbeiter und Angestellten von vornherein zur Niederlage.

Nur in einem einzigen Fall hatte sie keinen Erfolg. Am Dienstag, den 12.2., wurde im FA 1/PA 13 ein einseitiger Vollstreik durchgeführt, in dem verhindert werden konnte, daß die Beamten an ihre Arbeitsplätze gelangen konnten. Von den dort ständig beschäftigten 1.100 Kollegen konnten nur etwa 30 durch die Streikabsperren in das Amt gelangen. Morgens um 5 Uhr wurde das Amt

te, unter Vorpiegelung falscher Tatsachen widerrechtlich am Streik beteiligt worden sind. Dadurch sei der gesamte Streik illegal geworden, was bedeutet, daß jetzt mit scharfen disziplinarischen Maßnahmen gegen die Beamten zu rechnen sei. Und das alles hätte man nur den „Roten“ zu verdanken, die die Beamten gezielt aus Messer geberdet hätten.

Obwohl die Streikleitung diesen Sachverhalt sofort klarstellte, konnte sie nicht verhindern, daß mehrere Kollegen spontan aus der Gewerkschaft austraten und die Rechte des zum Anlaß nahmen, eine massive Hetzkampagne gegen „die Kommunisten“ zu starten. Es muß außerdem dem KBW unterstellt werden, daß er

diese Lüge bewußt verbreitet hat, da dieses entscheidende Problem während der Durchführung des Streiks seinen anwesenden Vertretern klar gewesen sein muß.

Hier zeigte sich erneut, wie verantwortungslos und provokatorisch sich diese Gruppe gegenüber den Kämpfen der Arbeiterklasse verhält und welchen Schaden diese Leute dabei anrichten.

Streik nach Geschmack der Gewerkschaftsführung

Nach dem erfolgreichen Streik am Dienstag wurde die Fortsetzung des Streiks am Mittwoch von der Gewerkschaftsführung nicht mehr genehmigt. Lediglich zwei Stunden sollten die Kollegen von FA 1/PA 13 streiken dürfen, „zur Warnung“. Doch lehnten die Kollegen als Zirkus ab und wollten unter diesem Umstand gar nicht streiken. „Entweder richtig und dann den ganzen Tag, oder überhaupt nicht!“ Eine Stunde nach Arbeitsbeginn am Mittwoch gab dann doch noch der Bezirk grünes Licht.

WARNSTREIK IN FLENSBURG:

Kollegen überfahren

Am 1.2. führten die Kollegen der Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft (FSG) und der Ullrich KG zwischen 10.00 und 11.30 Uhr eine Demonstration mit anschließender Kundgebung durch. Organisiert wurde die Aktion von der VKL der Werft; die Direktive dazu kam – wie gleichzeitige Streiks in Lübeck (Fleischer-Werft) und Kiel (Mak und Hagen) – von der Bezirksleitung Hamburg. Den Gewerkschaftsführern ging es darum, ihr angeschlagenes Image aufzupeichern und sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, um so der wachsenden Kampfbereitschaft der Kollegen Genüge zu tun.

Warnstreik verordnet

Schon im Januar hatten sich die VK-Leitungen mehrerer Flensburger Metallbetriebe zusammengesetzt, um über die Möglichkeit einer gemeinsamen Demonstration zu beraten. Dabei sprachen sich außer der FSG-VKL alle übrigen dagegen aus. Die Kollegen wurden wie immer erst gar nicht

die übrigen dagegen aus. Die Kollegen wurden wie immer erst gar nicht darin eingeweiht, was man mit ihnen „vorhatte“. Ähnlich verlief dann auch die „Eintleitung“ der Aktion.

Erst ein bis zwei Tage vorher ging das Gerücht (!) um, es solle am 1.2. demonstriert oder gestreikt werden. Am 1.2. fanden dann VK-Vollversammlungen im Bereich Ketten-Kfz und Werft-Betrieb statt. Der Streik-Beschluß wurde teilweise regelrecht durchgepeitscht (Ketten-Kfz-Betrieb). Hier kam vereinzelt von Vertrauensleuten Kritik am Vorgehen und an der Vorbereitung der Aktion durch die VKL. Dem entspricht sowohl die Unschärfe der Kollegen über den Sinn der Aktion als auch die Enttäuschung von manchen nach der Aktion. Auf der Kundgebung im Stadtzentrum hielten einige rechte SPD-Gewerkschaftsführer teils nichtsagende, teils „radikale“ Reden.

Was waren also die Mängel der Aktion? Der Streik war nicht in der Belegschaft und unter den Vertrauensleuten vorbereitet worden.

Es war nicht klar, wie diese Einzelaktion der FSG- und Ullrich-Kollegen mit dem Kampf der Metallarbeiter insgesamt verbunden werden konnte und wie nach diesem Streik weitergekämpft werden soll.

Deshalb hat ein solcher Streik auch keine nachhaltige Wirkung, sondern verpufft genauso schnell, wie er aufgeflammt (worden) ist. Die Mängel sind beabsichtigt: Wie Statistiken sollen die Kollegen auftreten – zur Legitimation der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik.

Terfunde 74: Gewerkschaftsführer kochen nach links aus

Zu einer Wende in negativen Sinne wurde diese Tarifrunde. Im September eröffneten die Ortsverwaltung (OV) und sämtliche Ver-

für einen weiteren Vollstreik. Damit hatten die Gewerkschaftsführer das Beamtenproblem umschifft: Die Beamten waren bereits am Arbeitsplatz und konnten jetzt nicht mehr weg. Nur die Arbeiter und Angestellten konnten das. Um die Kollegen noch weiter zu zersplittern, erhielt nur das FA 13 die Genehmigung zum Streik, das FA 1 jedoch nicht. Beide Ämter liegen im selben Gebäude. Damit war auch eine konsequente Abriegelung wie am Vortage unmöglich geworden.

Die Streikerfahrungen aus dem Hamburger Bezirk zeigen, daß die Gewerkschaftsführer den Zeitpunkt und Verlauf der Kampfmaßnahmen nahezu uneingeschränkt bestimmen konnten. Die wichtigste Aufgabe in der weiteren gewerkschaftlichen Arbeit wird es sein, umgehend auf der Grundlage der Streikerfahrungen eine „Mandatskritik“ zu leisten. Dabei muß die Rolle der Gewerkschaftsführung in den Zusammenhängen gestellt werden mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, damit diese klarer wird.

Post-Gesunde
KB-Gruppe Hamburg

trauenkörperleistungen Flensburgs die Tarifrunde mit einem „Informationsflugblatt“, das zwei Sätze zur Tarifrunde beinhalten, im übrigen gegen linke Kollegen hetzte. Man warnte vor den „linksextremistischen Eiferern“ und präsidierte über „hundertjährige Gewerkschaftsdemokratie“. Kurze Zeit später schloß die VKL des größten Flensburger Metallbetriebes, Danfoss, zwei Vertrauensleute aus dem VK aus. Aufgrund der nur schlecht kaschierten Unterdrückung oppositioneller Politik wurde dadurch bis zum 5.2. (also über vier Monate!) sämtliche gewerkschaftliche Arbeit in diesem Betrieb gelähmt – nicht zuletzt deswegen fiel eine Teilnahme der Danfoss-Belegschaft am Warnstreik am 1.2. im Wasser-Kurz vor Weihnachten leitete die OV dann ein Ausschlussverfahren gegen die beiden Kollegen ein. Auf einer ebenfalls kurz vor Weihnachten stattfindenden Betriebsversammlung der FSG rief der Betriebsratsvorsitzende der FSG auf der antikomunistischen TSG. Während der Aktion am 1.2. warnt die VKL die Vertrauensleute und

Während der Aktion am 1.2. warnt die VKL die Vertrauensleute und Kollegen ausdrücklich vor den „linksextremen Unfunktionalismen“. Abgesehen von diesen Aktivitäten hält die Gewerkschaftsspitze am Ort sich vornehm zurück.

Aus dem Verlauf der Tarifrunde Lehren ziehen!

Die gegenwärtige Hetze der Kapitalisten gegen die Forderungen der Kollegen, gegen die Tarifautonomie der Gewerkschaften, gegen das Streikrecht und das Volksgemeinschaftsgerade der Kapitalisten machen deutlich, wie man der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik gegenüberzutreten hat: Wir müssen lernen, in solchen Kämpfen selbstständig aufzutreten, mit einem klaren Blick

für die Beschränktheit einer solchen Aktion, dafür, daß einzelne sporadische Aktionen verpuffen, wenn wir uns nicht über unsere Politik auf längere Sicht im Klaren sind; dafür, daß wir jede Kampfmaßnahme bewußt vorbereiten, um uns Fehlern zu lernen; für die Stärke unseres Gegners; dafür, welche Absichten die Gewerkschaftsführer mit so einem Streik verfolgen.

Erfolg oder Niederlage entscheidet sich z.B. daran, ob die Kollegen wie „apgrügte Hunde“ enttäuscht Streik verfolgen.

(„Streiken hat ja doch keinen Sinn“), oder ob es uns gelingt, obwohl so ein Streik kein größtes Ereignis zeigt, daß mehr Kollegen in die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung, die gewerkschaftliche Arbeit, in die Planung von Kampfmaßnahmen usw. einzubeziehen.

KB-Gruppe Flensburg

STRAUSS, KEIN FASCHIST... ?

Beim dritten Versuch hat CSU-Chef Strauß jetzt endlich ein Gericht gefunden, das bereit war, ihn in seiner Fehde gegen die Münchner Arbeiterbundgruppen (jetzt „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“) Genugtuung zu geben. Genossen Sommerrook, Pressverantwortliche der ABG, wurde kürzlich zu 1.200 Mark Strafe (erstweilen 60 Tage Haft) verurteilt wegen einer Karikatur, die Strauß mit einem Hitler-Kopf im Maul zeigt.

Im ersten Prozeß war das Gericht nicht bereit, sich die beleidigte „Ehre“ von Franz-Josef Strauß zu eigen zu machen. Helge Sommerrook wurde freigesprochen.

Strauß begann einen zweiten Prozeß, diesmal wegen verbotener Verwendung nazistischer Kennzeichen (das SS-Zeichen in der Schreibung des Namens Strauß). In erster Instanz fand sich ein Gericht, das bereit war,



Wer Strauß wählt, wählt Faschismus!

Durch diese von der ABG publizierte Karikatur wird Strauß nach Meinung eines Münchner Gerichts beleidigt. Urteil: 1.200 Mark Strafe.

eine so irre „Argumentation“ zu akzeptieren, mit der der Sinn des Gesel-

zes in sein Gegenteil verkehrt würde. Im Revisionsverfahren wurde Helge Sommerrook freigesprochen.

Strauß stellte nun Anklage wegen „persönlicher Beleidigung“. Diesesmal hatte er das rechte Gericht gefunden, das sich um die von der Genossin Sommerrook vorgebrachte Beweisführung gar nicht kümmerte. Der Richter erklärte, Karikaturen hätten gefälligst „lebenwahr“ zu sein, diese aber sei „hohlst“ und daher „beleidigend“ (was soll man da über die von der bürgerlichen Presse z.B. gegen Arbeiter und Studenten verbreiteten höchst „lebenwahren“ Karikaturen sagen?).

Dies ist ein weiterer Versuch, die Pressefreiheit einzuzengen, denn die Bourgeoisie rechnet natürlich begründet damit, daß die Kommunisten nicht reich genug sind, um langfristig jedesmal ein paar Hunderter springen zu lassen, wenn sie einen Faschisten beim Namen nennen.

Forts. Tarifrunde ÖTV

Anstatt spätestens zu diesem Zeitpunkt die Verhandlungen für gescheitert zu erklären und unverzüglich mit der Organisation des allgemeinen Streiks zu beginnen, erklärten die Verhandlungsmatadore ihre Bereitschaft, weiterzuverhandeln.

Vom 11. Januar an wurden schließlich die Mitgliederinnen mobil gemacht – zur Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsposition, wie es hieß. Eine Serie von Warnstreiks, Kundgebungen und Demonstrationen setzte ein – von den Gewerkschaftsführungen nicht nur toleriert, sondern in den meisten Fällen auch organisiert. Dabei man in den Gewerkschaftszentralen peinlichst darauf bedacht war, daß die Dinge nicht aus dem Ruder liefen.

Das gelang freilich nicht immer! Nachdem die Verhandlungen am 22. Januar wiederum keine Einigung brachte (Bund, Länder und Gemeinden boten 9% (!) an), wurde erneut verzögert. Ein „Ultimatum“, befristet bis zum 28. Januar, wurde ausprochen und ein „realistisches Angebot“ verlangt.

Natürlich verstrich auch dieser Termin ohne die erhoffte „Einigung“ – die Gewerkschaftsmitglieder aber wurden erst am 7./8. Februar zur Streikurabstimmung gerufen.

Die organisierten Kollegen des Öffentlichen Dienstes, der Post und der Bundesbahn sprachen sich mit überwältigender Mehrheit für Kampfnahmen aus (im Schnitt 90 %).

Von den Millionen Kollegen des Dienstleistungssektors wurden nur etwa 10 Prozent in den am 11. Februar beginnenden Streik einbezogen (maximal 250.000) – eine Verhöhnung des erklärten Kampfwillens der Arbeiter!

Dann begann das, was die Hamburger Morgenpost den „Poker um Prozent“ nannte:

1. Streiktag, 11.2.: Das Angebot der „Arbeitgeber“ wird von 9,5 auf 10% erhöht (mindestens 160,- DM) – Die Gewerkschaftsführer lehnen ab.

2. Streiktag: Wieder wird ein halbes Prozent draufgelegt, 10,5%.

3. Streiktag: Einigung bei 11% (mindestens 170,00 DM). Während weit über 200.000 Kollegen für die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen streikten, rückten die Gewerkschaftsführer nicht nur von der Ausgangsforderung ab, sondern lassen im Sinne der „Einigung“ auch noch die Regelung der Urlaubsabgeltungs-Frage ganz unter den Tisch fallen.

ÖTV-Chef Kluncker befindet: „Wir haben einen feinen Kompromiß erreicht. Es gibt keinen Sieger und keinen Besiegten.“

Daß hier mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der kapitalistische Staat sein „stabilitätspolitisches Ziel“ durchgesetzt hat – gegen die Interessen der Arbeiterklasse – brachte Willi Brandt vor der Bundestagung der deutschen Luftfahrt in Hamburg zum Ausdruck.

Den provokatorischen Verhandlungsstil und seine persönlichen zahlreichen Eingriffe verteidigend, sagte der Kanzler:

„Wenn wir nicht hart gegengehalten hätten, wären wir nicht bei der Grenze stehengeblieben, die gerade noch zu vertreten ist.“ (22.2.1974)

Die ökonomischen Ziele der westdeutschen Monopolkapitalisten

Im Vergleich zu seinen imperialistischen Konkurrenten in Europa (Frankreich und England), vor allem gegenüber dem US-Imperialismus, hat sich die Position des westdeutschen Monopolkapitals in den letzten Jahren deutlich verbessert.

Vor allem die Verschärfungen im internationalen Währungsgeschehen signalisierten diese Kräfteverschiebung: Proportional zur Abwertung des US-Dollars wurde die Deutsche Mark (DM) aufgewertet (entsprechend dem Tauschverhältnis DM-Franc/Fund).

Darüberhinaus haben sich die westdeutschen Imperialisten in der sogenannten „Dollar-Krise“ selbst Spekulationsgewinne in Milliardenhöhe ergarbiert, die für sie ein beachtliches und beruhigendes Plus für die nächste (überschaubare) Zeit bedeuten.

Die sogenannte „Ölkrise“ hat dagegen in erster Linie die US-Imperialisten begünstigt. Die Monopol-

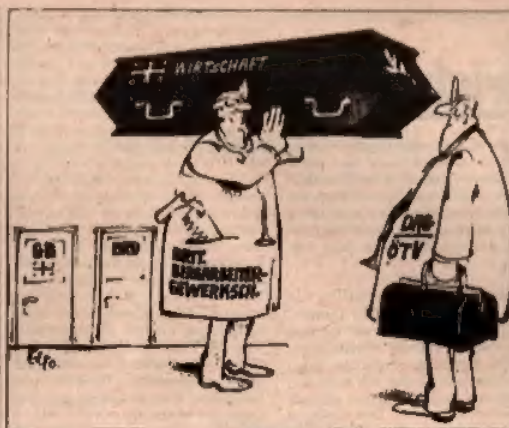
stellung des US-Imperialismus auf dem Erdölsektor erlaubt diesen eine Steigerung der Profite um bisher nicht gekannte Prozentsätze. Die „Verknappung des Öls“ hat (wie heute selbst von bürgerlichen Zeitungen und Politikern zugegeben wird) nie stattgefunden, weniger geschickt inszenierter Trick, bei dem die Lakaien des US-Imperialismus im Mittleren Osten („die Scheichs“) bereitwillig die ihnen zugedachte und bezahlte Rolle des „agent provocateur“ spielten.

Gegen Ende der „Ölkrise“ gerieten die Währungen bekanntlich wieder ins Rutschen – diesmal in umgekehrter Richtung: Während sich der US-Dollar „etwas erholt“ hat, verlor die DM einiges von ihrer sprichwörtlichen „Härte“.

Das war etwa jener Zeitpunkt, wo die „Fünf Weisen“ den wirtschaftspolitischen Orientierungsrahmen des westdeutschen Monopolkapitals für das Jahr 74 vorlegten. SPD-Kanzler Willy Brandt äußerte bei der Ratgegennahme des sogenannten „Jahresgutachten“, daß die „Unterstützung“ zu einem „sehr interessanten Zeitpunkt“ erscheine („FR“, 23.11.74).

Das „Jahresgutachten“ „Status quo“

Die namhaften bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler geben vor, mit ihrem „Gutachten“ (das nach dem Stabilitätsgesetz von 1967 einmal pro Jahr vorgelegt werden muß) die voraussichtlichen Daten der „wirtschaftlichen Entwicklung“ des jeweils folgenden Jahres zu prognostizieren – und daraus „Empfehlungen“ für Re-



Während und nach dem Streik demonstriert die Tagespresse der SPD (hier: Hamburger Morgenpost) mit Serien von Arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Artikeln ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse.

gierung und Tarifpartner abzuleiten. Die praktische Erfahrung der vergangenen Jahre indes belegt unzweifelhaft, daß die von den Konjunkturpropheten ausgehenden Orientierungsdaten nur für die Löhne („Leitlinien“) verbindlichen Charakter haben – während die Prognosen über Gewinn- und Preisentwicklung in m. m. v. von der realen Entwicklung überholt wurden. Das zeigt, daß auch den „Fünf Weisen“ das „Raten“ in des Wortes doppelte Bedeutung geläufig ist.

Im Folgenden können wir uns darum bei der Darstellung der „Stra-

ategie-Entwürfe“ auf den Teil des „Gutachtens“ beschränken, der sich mit Fragen der Tarifpolitik befaßt.

Der gesamten Konjunktur-„Prognose“ ist die Annahme vorausgesetzt, daß „die Tarifparteien in der Lohnpolitik den Restriktionskurs ... abgeben nehmen, sich also bewußt (!) sind, die Folgen von Fehlerverhalten tragen zu müssen.“ Bemerkenswert, daß diese Bourgeoisstrategien die Politik der Gewerkschaftsführer voll in ihre Planung einbeziehen können: „Unserer Status-quo-Prognose liegt eine solche Strategie zugrunde.“ Allerdings wird eingeschätzt, daß

„die Lohnpolitik jedenfalls zu Beginn des Jahres (!) noch nicht zu Tarifabschlüssen findet, die kostenneutrals genannt werden dürfen. Die Folge wäre, daß ... die Unternehmen ... stärker, als es die Wirtschaftspolitik wünschen muß, die Produktion und damit die Beschäftigung einschränken (würden).“

Allerdings wird im Folgenden die Hoffnung geäußert, daß die Gewerkschaftsführer von sich aus „Lohnsätze vereinbaren, zu denen der Markt (!) schon drängt, die er bei späteren (!) Abschlüssen aber erzwingen (!!) wird, dann aber bei ungünstiger Entwicklung von Beschäftigung und Verbraucherpreisen.“

So oder so: Die Gewerkschaften vor allem müssen gezwungen werden, „ihre Ansprüche mit Besonnenheit zu vertreten.“

Dabei ist der Bundesregierung als öffentlicher „Arbeitgeber“ die Aufgabe gestellt, „mit d. e. r Härte die Löhne auszuhandeln, die es von privaten Unternehmen erwartet.“

Gelänge es, schon zu Beginn des Tarifkampfes 74 im Öffentlichen Dienst „kostenneutrals“ Abschlüsse (also zwischen 9 und 10%) auszuhandeln, so wären mehr Gelder für eine „großzügige“ Investitionspolitik flüssig – d. h. die Kapitalisten kämen verstärkt in den Genuß verbilligter Kredite.

Alternative „Strategien“

Die „Empfehlung“ der Wissenschaftler ist brutal und einfach zugleich:

CHRONOLOGIE DER WARNSTREIKS BIS ZUR URABSTIMMUNG

Am Vormittag des 11.1. kam es in Frankfurt zu ersten Arbeitsniederlegungen im Rahmen der Tarifrunde von Post, Eisenbahn und Öffentlichem Dienst.

In drei Frankfurter Postämtern mit insgesamt 6.000 Beschäftigten, sowie in drei Außenstellen, ruhte die Arbeit. Rund 1.000 Kollegen versammelten sich in einer Pkothalle zum Protest gegen das Angebot von 7,5%.

Der Ortsverwaltungsvorsitzende der DPG (Deutsche Postgewerkschaft) Rudi Müller führte das Wort. Er verteidigte die Forderung von 185,- DM als eine „absolut notwendige soziale Komponente“ und wertete als „ausgesprochen positiv“, daß „die meisten Gewerkschaftsmitglieder erkannt haben, daß in unserer Wirtschaftsordnung Lohn- und Gehaltsfragen zugleich Machtfragen sind, die allein auf dem Verhandlungsweg nicht zu lösen sind.“

Kollegen brachten in der Diskussion zur Sprache, daß sie das herrschende Wirtschaftssystem als unsatzbar betrachten und die ihnen als Angehörigen des Öffentlichen Dienstes dazu zugedachte Rolle als „Prügelknabe“ ablehnen. Ein Kollege kritisierte die Aufforderung der Bundesregierung, angesichts der „Energiekrise“ Opfer zu bringen. In einer Resolution forderten die Postler den Kampf um die Durchsetzung der Forderung nach 185,- DM und einem Urlaubslohn von 300,- DM sowie die Urabstimmung über die in den Verhandlungen erzielte Einigung.

Im gleichen Sinne verlief eine Versammlung von weiteren 500 Postkollegen in einem anderen Stadtteil von Frankfurt.

Vier Tage nach diesem Auftakt, im Anschluß an das Scheitern des zweiten Tarifgesprächs, drohte der Vorsitzende der Eisenbahner-Gewerkschaft (GdE), Selbst, mit Warnstreiks.

Weitere vier Tage später legten erneut 2.000 Frankfurter Post-Kollegen die Arbeit nieder und demonstrierten für ihre Forderungen. Damit hatten sich in Frankfurt die Arbeitsniederlegungen auf elf Ämter der Post ausgedehnt.

Abermals wurde von dem Vertreter des DPG-Betriebsvorstands Bacher nicht mit starken Worten gespart: „Es genügt nicht, den Funktionären zu sagen, sehr zu, was ihr erreicht ...“ Er kritisierte die SPD-Regierung mit Argumenten von links-sozialdemokratischer „Freitreiberei“ und forderte die Löhne der Arbeitnehmer, sondern die Profiteure der Arbeitgeber.

„... daneben steht eine Bundesregierung, die darauf bedacht ist, den sozialen Frieden zu erhalten, gewoll-

tschaftliche Konflikte zu verschleiern und ihr Stabilitätsprogramm mit den Opfern der Arbeitnehmer aufzuspüren.“ Dazu, betonte er, hätte man diese Regierung nicht gewählt, und er rief unter lautem Beifall der Anwesenden: „Dieses Spielchen machen wir nicht länger mit!“

Hatte schon am Vortag der Vorsitzende der Postgewerkschaft, Breit, Warnstreiks für die ganze BRD angekündigt, rief jetzt auch die ÖTV-Zentrale in Stuttgart zu einer Demonstration vor dem Verhandlungslokal auf und das Vorstandsmitglied, Jacobi, drohte mit dem Scheitern der Verhandlungen und in der Folge mit Streiks.

Auch die DAG-Führung ließ zu Beginn der folgenden Woche von sich hören. Vorstandsmittglied Grotgeut erklärte: „Die Konjunkturprognose laßt sich ganz offensichtlich nicht mehr als Abwehrwaffe gegen berechnete Arbeitnehmerforderungen mißbrauchen.“

Nachdem zu Anfang der gleichen Woche zwischen 200 und 300 Kollegen der Post und des Öffentlichen Dienstes in Karlsruhe, Heidelberg, Dortmund und Stuttgart in teilweise mit Demonstrationen verbundenen, kurzfristigen Warnstreiks ihre Haltung gezeigt hatten, kam es am 24.1. in Dortmund zu einem ersten Höhepunkt. 10.000 Kollegen der drei Gewerkschaften demonstrierten durch die Stadt. Sie riefen Losungen wie „Macht den Arbeitgebern Dampf, wir wollen jetzt den Arbeitskampf!“ („FAZ“, vom 24.1.).

Ein Beispiel zeigt die gute Stimmung der Kollegen auf dem morgendlichen Weg (10 bis 13 Uhr) zur Westfalenhalle: Die „Verkehrsregelung“ besorgten die Kollegen aus der Demonstration heraus. Busse und Straßenbahnen wurden, nachdem ihnen Insassen kurz die Parolen zugerufen worden waren, durchgelassen, ebenso Last- und Mitterklasse-Wagen. Dicke Schichten mußten eine längere Pause einlegen und ein Mercedes 300 mit einer Nummer der Stadtverwaltung wurde gezwungen, bis zum völligen Vorbeimarsch der Demonstration zu warten.“ (Nach „Rote Fahne“) Auf der Versammlung legten sich die Redner der Gewerkschaftsführung, wie auch schon in Frankfurt zu beobachten war, mit beachtlicher Entschlossenheit „ins Zeug“.

Am gleichen Tag kam es zu ersten „Diskussionspausen“ von knapp 200 Postkollegen während der Arbeitszeit in Hamburg. Schon drei Tage vorhatte die Hamburger Postjugend Aktionen angekündigt.

Der folgende Tag (24.1.) gehörte den Kollegen der Berliner Verkehrsbe-

triebe BVG. Sie legten den U-Bahn-, Bus- und Straßenbahnverkehr zwischen 4 Uhr und 6 Uhr in der Frühe still und hielten außerordentliche Betriebsversammlungen ab. Als es zu Versuchen kam, den Ausstand über 6 Uhr hinaus auszuweiten, war die Ortsverwaltung der ÖTV, die sich zunächst angeblich von dem Warnstreik „überrascht“ gezeigt hatte, ebenso wie DPG und GdE einen Tag später, sofort zur Stelle und gab über Rundfunk die Parole aus: „Arbeit wieder aufnehmen“. Zugleich betonte sie, man solle sich nicht „vor den Kören einzelner Abenteuer und Chaoten spannen lassen, die ganz etwas anderes wollen als die Kollegen ...“

An diesem Tag, Ende der dritten Woche seit die Warnstreiks begonnen hatten, kam es in Wiesbaden zur ersten Demonstration von 200 Kollegen der DB. ÖTV-Chef Kluncker hatte die Tarifgespräche für gescheitert erklärt.

In der folgenden Woche begannen die Arbeiter in der Hamburger Müllabfuhr mit einer dreiviertelstündigen „Diskussionspause“. Ebenfalls in Hamburg demonstrierten 200 Post-Lehrlinge zur Oberpostdirektion mit dem Transparent: „Werden wir beschissen – wird die Arbeit hingenommen!“

In Mainz demonstrierten 2.000 ÖTV-Kollegen.

Jetzt nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen nahmen die Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen weiter zu.

29.1.: 4.000 Postarbeiter und -Angestellte demonstrieren in Hamburg; 10.000 ÖTV-, Post- und Bahnkollegen demonstrieren in Nürnberg; Warnstreik der Verkehrsbetriebe in Mannheim, Warnstreik von ca. 600 Postarbeitern in Württemberg, gleichfalls in Hamburg und Hannover.

31.1.: 8.000 Postkollegen demonstrieren in Wuppertal, 5.000 Postler und Eisenbahner demonstrieren in Nürnberg, 300 Postkollegen in Ulm auf der Straße, Warnstreiks in Postämtern in Hildesheim, Uelzen, in Mannheim lagen Straßenbahnen und Busse kurzfristig still.

1.2.: Warnstreik der Solinger Busfahrer, Demonstration und Versammlung in der Stadt. Warnstreik von Postarbeitern in Heilbronn, Göttingen, Tübingen, Celle und Hamburg.

In München Massendemonstration von 13.000 Mitgliedern der ÖTV, DPG und GdE die „so organisiert war, daß der Verkehr, die Stromversorgung und die Behördenarbeit nicht beeinträchtigt wurden.“ („Kölner Stadtanzeiger“, vom 2.2.74)

4.2.: Den Montag begannen die Bus- und Straßenbahnfahrer von Köln und

Hannover mit der Weigerung, ihre Arbeit aufzunehmen. Auch Müllabfuhr und Straßenreinigung unterließen in Köln.

Die Müllfahrer von Hannover sperrten mit ihren Fahrzeugen das Rathausplatz, wo sich etwa 4.000 Kollegen des Öffentlichen Dienstes sammelten und zum Landtag demonstrierten.

Die „FAZ“ wußte am 5.2. zu berichten, die Verkehrsmittel seien „starr organisiert“ worden. Auch in Wolfsburg kam es zu einer Protestversammlung von 1.000 Kollegen des Öffentlichen Dienstes während der Arbeitszeit in der Stadthalle (!); in Stuttgart legten 1.500 Postarbeiter und -Angestellte die Arbeit für mehr als eine Stunde nieder.

Für den Abend waren in mehreren Städten Baden-Württembergs Protestkundgebungen der ÖTV angekündigt. Für Heidelberg, Konstanz, Freiburg, Ravensburg und Tuttlingen waren Demonstrationen angekündigt und für Dienstag und Mittwoch waren schon weitere Protestveranstaltungen in Mannheim, Ulm, Ludwigsburg, Stuttgart und Karlsruhe angekündigt worden.

In Bremen versammelten sich etwa 2.000 Mitglieder der drei Gewerkschaften zu einer Kundgebung vor dem Haus der Bürgerschaft gegen das Angebot von 9,5%.

5.2.: In Düsseldorf marschierten noch einmal 7.000 Kollegen durch die Stadt. Verkehrsstreik für vier Stunden in Bielefeld; die „Acht-Leute“ von Harburg und Bergedorf machten noch einmal eine Stunde „Faule“.

Am gleichen Tag begann die Urabstimmung in Hamburg mit einer „Demonstration“ der Müllfahrer. Sie kamen mit 67 Sperrmüllwagen vorgelassen und formierten sich nach der Stimmabgabe zu einer Fahrt durch die Stadt.

Die Urabstimmung in den folgenden Tagen bringt überall eine sehr hohe Beteiligung. Hamburger Müllabfuhr – 100%, Finanzverwaltung – 100%. Insgesamt lag die Beteiligung bei DAG und DGB-Gewerkschaften bei rund 90%. Das endgültige Ergebnis bringt bei der DAG 83,4% für Streik.

Weitere Teilergebnisse für Streik: Steuerverwaltung Hamburg: 80% ja Post Südbaden: 90% ja Polizei Niedersachsen: 90% ja Polizei Hessen: 91% ja

Forti. Tarifrunde OTV

1) Es gelingt, vom Anfang an, Lohnabschlüsse auf ein Minimum von 9-10 Prozent zu drücken ... dann kann schrittweise die Politik des knappen Geldes zugunsten verstärkt der Investitionen aufgehoben werden.
2) (Gelingt der Lohnstopp (bzw. der Abbau der Reallohn) nicht sofort, so wird unbedingt das vorhandene Geld zurückgehalten, um die ohnehin schon einseitige Entwicklung zu Masseneinstellungen und Kürzungen zu forcieren und so „der Markt“ die gewünschten Lohnabschlüsse dann „erzwingen“ kann (s.o.).

Die „Fünf Weisen“ empfehlen darum also „Politik des kalkulierten Risikos“, wobei sie für Tarifabschlüsse eine Bandbreite von vier Prozentpunkten annehmen – nämlich 2 bis 13 Prozent! Darum wurde als Mittel, weil die Lohnstopp von 11 Prozent „ermittelt“.

Die „Schlüsselposition“, die das Jahresschicksal der Lohnpolitik für die „Stabilitätschancen“ zuweist, beugt um Gründe nichts anderes, als daß die Abschlüsse in den Tarifrunden so niedrig wie möglich gehalten werden müssen.

- damit die Kapitalisten nicht in Investitionsanlust werden,
- damit die Profite nicht unter Druck geraten,
- damit (wie es im Gutachten wörtlich heißt) die „Exportanforderungen“ (nicht) weniger ausreichten (würden) (siehe Zitate bzgl. Jahresschicksal und einnehmen einem Abdruck in der „FR“, 23.11.73).

Diese „Jahresschicksal“, daß „Prognosen“, „Zielprojektion“ und „Handlungsanweisung“ in einem sein will, wurde, wie gesagt, „ausgearbeitet“ als von der „Ökonomie“ noch niemand sprach – und vorgelegt, als der Bluff damit soeben begonnen hatte.

Die Regierung Brandt hat dieses arbeiterfeindliche Machwerk ausdrücklich begrüßt und ihre Zustimmung mit den darin entwickelten „Strategien“ erklärt. Einmalstake wurde lediglich geäußert, daß „das Gutachten darunter (leidet), daß die fünf Professoren ... die Ökonomie nicht mehr berücksichtigen konnten.“ („FR“, 23.11.73).



Auch der prominente Gewerkschaftskarrierist Wolter übt sich in arbeiterfeindlichen Zeichnungen.

Dieser Mangel wurde nachträglich durch ein Zusatz-„Gutachten“ behoben, das sich vom ersten lediglich dadurch nennenswert unterscheidet, daß die Lohnstopp noch weiter nach unten „korrigiert“ wurde.

Der Bluff mit der „Ökonomie“

Neben der offen chauvinistischen Hetze gegen die Länder der Dritten Welt, die bis zur Kriegshetze gesteigert wurde, eine Intervention könnte in den wenig bevölkerten Gebieten Libyens und der arabischen Halbinsel am kostengünstigsten sein, „das waren laute Überlegungen der „Wirtschaftswoche“, bildete die fachliche Formulierung von Staat und Gesellschaft den Kern bürgerlicher Politik während der „Ökonomie“.

Auf die verschiedensten Aspekte dieser (seit 1945) umfassenden Kampagne der westdeutschen Bourgeoisie sind wir schon mehrfach an anderer Stelle in dieser Zeitung eingegangen – wobei wir vor allem die langfristigen Ziele hervorgehoben haben.

In diesem Zusammenhang geht es vor allem darum, zu untersuchen, inwieweit sich die Inhalte der Ökonomie nach der offiziellen Beendigung dieser Notstandsübung) in der Tarifpolitik der Bourgeoisie und ihrer SPD/FDP-Regierung wiederfinden.

Quasi das „Bleibende“ aus der „Energiekrise“ zusammenfassend, veröffentlichte die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“) am 29.12.73 einen herausgehobenen Artikel mit der Überschrift: „Wir müssen alle bescheidener werden“ – in dem es heißt:

„Auch wenn die Überkappung im kommenden Jahr nicht so schlimm werden sollte wie zuerst befürchtet (!), müssen wir dennoch (!) mit unseren Ansprüchen bescheidener werden. Notwendig sind Umsicht, Vernunft und Mäßigkeit, also jene Tugenden, die in diesem Land in der Nachkriegszeit (!) viele Jahre hindurch Geltung hatten.“

Infamweise wird im gleichen Artikel „das Öppige Leben“ gescholten, das „... für die meisten Menschen (!) ...“ nachgerade zu einer Selbstverständlichkeit geworden“ sei.

Daß mit der „Faulenzerlei“ und der „maßlosen Forderei“ endlich Schluß sein müsse, finden auch die Springer-Journalisten

„Wir haben alle zu hohe Ansprüche gestellt ... Das begann bei den Löhnen und Gehältern (!), setzte sich fort über wachsende Qualitätsansprüche und endete bei der Forderung nach mehr Freizeit (!).“

Zusammengefaßt: Man möchte bei weniger Arbeit mehr verdienen und den Lebensstandard steigern. („Hamburger Abendblatt“, 29.12.73)

Die „höhere Vernunft“ und der „Streik als Krankheit“

Der sozialdemokratische Bundeskanzler hat im November des vergangenen Jahres in seiner Erklärung zur Energiefrage die bekannten Worte gesprochen:

„Damit das Ganze (das kapitalistische System) nicht leidet, muß der einzelne (der Arbeiter, Angestellte etc.) sich in seiner Begrenztheit etwas einschränken.“ (zit. in „FR“, 26.11.73)

Bei den Nazis hieß dieser Spruch schlicht „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Nach dieser Ideologie gibt es natürlich keine Klassen und natürlich auch keinen Klassenkampf zur Durchsetzung von Klasseninteressen. Wer dennoch für die Interessen seiner Klasse eintritt, gilt als „Schädling“, als „böswillig“ oder kurz „krank“.

Dieses ausgemachte faschistische Argumentationsmuster findet sich in mehr oder weniger ausgeprägter Form in allen bürgerlichen Zeitungen (einschließlich der SPD-eigenen oder ihr nahestehenden Fremde) während der zurückliegenden Streikwochen.

Statt bei englische Krankheit und das italienische Choco zu meinen, laufen wir den Basillen (!) Europas hinterher“, hießte Überdramatisierung Börsen in der „FAZ“ vom 21.12.74. Die „Krankheit“ ließe man am besten natürlich durch einen Arzt kurieren. Pech für die Deutschen, daß sie mit Brandt nur einen „Sanitätsgefreiten“ haben, der kein „Rezept“ gegen die Krise hat.

Boenisch glaubt, das Wirken der „Basillen“ auch schon in den DGB-Gewerkschaften ausgemacht zu haben. Früher seien sie „vernünftig“ gewesen. Jetzt mit der Macht wuchs auch die „FAZ“ (!) nach immer mehr Macht“, trägt dieses „Basillen“.

LESERBRIEF EINES POSTKOLLEGEN

Bei unserem Postamt 2 in Hamburg (Paketpostamt am Kaltenkirchener Platz) und rund 3 100 Kollegen beschäftigt, etwa 2 300 davon sind in der DPG organisiert (unsere Amtsgruppe ist die größte in der BRD). Zur Amtsrundschauversammlung jedoch, mitten in der Tarifrunde, kurz vor dem Streik, erschienen ganze 70 Kollegen. Dabei beträgt allein die Zahl der Mitarbeiter (Vertrauensleute) etwa 100.

Es sind also zwar relativ viele Arbeiter und Beamte organisiert, aktiv Einsatz jedoch zeigt nur eine verschwindend geringe Zahl. An der Urabstimmung beteiligten sich in unserem Amt z.B. bei den Arbeitern 98% der Organisierten, über 94% stimmten für Streik. Am Dienstag den 12.2. fand dann eine Gewerkschaftsversammlung statt, um die anstehenden Kampfmaßnahmen noch technisch zu organisieren – die Art der Maßnahmen war vorgegeben.

1) Zwei Stunden Warnstreik am 13.2. morgens wie im ganzen Bundesgebiet – vom Hauptvorstand „Aktion Paukenschlag“ gesteuert, fast alle Kollegen meinten jedoch, daß davon niemandem die Ohren dröhnen würden.

2) 24-stündiger Streik vom 13.2. abends ab Nachtschicht, da unser Postamt eines der ausgewählten „Schwerpunktsamter“ sei.

Als ich am Mittwochmorgen dann zum Amt komme, höre ich, daß auf einmal schon ab sofort 24 Stunden gestreikt werden soll. So die Verfügung des Hauptvorstandes. Auch wenn die vorher abgemachte „Paukenschlagaktion“ nichts war, so ist es ja wohl nicht sehr schön, daß so über Nacht über die Kollegen hinweg hin und her verfügt wird. „Einfache Gewerkschafter“ sind nach Meinung des Vorstands Stalotten und sollen es bleiben. Sie dürfen natürlich auch nicht selbst über Kampfmaßnahmen beschließen – auch nach der gelaufenen Urabstimmung wären das „willkürliche Streiks“, die nicht gewerkschaftlich unterstützt würden, wie unser Amtsrundschauvorsitzender mitteilte.

Jetzt schon der 24-stündige Streik – da sieht heute abend wohl der

Abbruch ins Haus, dachte ich mir. Dann hat die Gewerkschaftsführung noch ein kämpferisches Bild abgegeben und den „Dampf abgeblasen“, soweit der an einzelnen Punkten vorhanden ist. Ähnlich verlief es überall im Bundesgebiet – der „Mittwoch war ein Tag der Post“, wie die Zeitungen meldeten. Ja, die Gewerkschaftsführung hatte die Sache voll in der Hand. Das abgekartete Spiel, das sie und ihre (Parte- und Gewerkschafts-)Freunde im Bundespostministerium den Postlern vormachen, wurde übrigens auch durch folgenden Regiefehler deutlich. Bei uns hing schon lange vor dem Scheitern der Tarifrunde eine Mitteilung am Schwarzen Brett, daß am 8.2. (zweiter Tag der Urabstimmung) Ernst Breit, der Vorsitzende der DPG, im Gewerkschaftshaus zur Tarifsituation sprechen werde.

Der Streik am Mittwoch lief dann auch nur bis zum Abend. Die Beamten wurden einbezogen (im Gegensatz zum Postamt 13 übrigens, dort kamen auch die nicht hinein bis auf zwei Reaktionäre, die die Polizei holten). Sie fuhren aber nicht raus zur Zustellung, da die Streikposten das Tor geschlossen hielten. Irgendwelche „Durchbruchversuche“ wurden von der Ambleitung nicht veranlaßt. Trotzdem wären sie vielleicht hinausgekommen, wenn nicht ein Trupp von etwa 30 Lehrlingen vom Fernmeldeamt erschienen wäre, die sich sehr aktiv bei der Sperrung des Amtes einsetzten und sich auch kaum von unserer Streikleitung an die Seiten der Zufahrtstraße verweisen ließen.

Die Arbeiter gingen größtenteils gleich wieder nach Hause, als sie den Streik sahen, nur wenige hielten sich noch vom Tor auf und hatten z.B. Interesse daran, die Beamten nicht rauszulassen. Ins Amt hinein gingen nur ganz vereinzelt Arbeiter.

Die große Mehrheit meiner Kollegen (Arbeiter wie Beamte) sah den Streiktag als willkommenen freien Tag an und am Freitag, zwei Tage später, als schönes Frühlingswetter war, meinten denn auch viele „Rich-tiger Streiktag heute!“

– da steht heute abend wohl der

REVERSE GEGEN STREIKRECHT

REVERSE GEGEN STREIKRECHT

Das Bundespostministerium hat die verschiedenen Angriffe der Kapitalisten auf das Streikrecht die gegenwärtig noch über wiegend auf ideologischer Ebene geführt werden – mit einer neuen Variante ergänzt. Mitte Januar erhielten alle Post- und Fernmeldeämter aus Fernschreiben des BPM „Sämtliche Bedienstete bitten sich wie folgt gegen Anerkennung des Streikrechts zu verhalten: daß das schuldhaftige Fortbleiben vom Dienst oder das Verlassen des Dienstortes ohne Genehmigung des Dienstvorsitzenden rechtswidrig ist.“

Die Kollegen bei der Post sollten also per Unterschrift anerkennen, daß sie nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten, das heißt gar nicht – streiken dürfen. Die Forderung über diese Maßnahme war groß. Nachdem gleich zu Beginn der Revers-Aktion auf allen Ämtern Plakate der DPG mit der Aufschrift: „Nicht unterschreiben!“ aufhingen, war das Schicksal der Reverse besiegelt, kaum ein Kollege unterschrieb. Nach einer Woche wurde die Aktion vom BPM wieder abgeblasen. Ein Erfolg für die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten bei der Post.

Aber ebenso wenig wie dieser Angriff auf das Streikrecht isoliert von den anderen Versuchen der Kapitalisten, das Streikrecht zu unterminieren und abzuschaffen betrachtet werden kann. Ist sich der Forderung, daß diese Maßnahmen nicht unterschrieben werden können. Die Frage ist vielmehr, inwieweit der Unterschriftenboykott dazu beigetragen hat, die Kollegen gegen zukünftige, weitaus massivere Angriffe auf das Streikrecht zu wappnen.

Die DPG-Führung hat im Vorlauf der Aktion systematisch auf Ingeheiß, daß den Kollegen wieder die Unwissenheit dieser

Maßnahme, der Zusammenhang mit anderen Angriffen klar wurde, noch daß der Ausgang der Kollegen als Erfolg solidarischen Handelns erschien. Als Begründung für den Boykott-Auflauf wurde angegeben, daß der „Hauptpersonalrat der Bundespost nicht zugestimmt“ habe, deshalb sei die Unterschrift zu verweigern. Die „Interessierte“ Kollegen kursierte auf einigen Ämtern ein seitenlanges juristisches Gutachten über die Reverse, in dem Haarspaltereien betrieben wird, die Frage des Streikrechts dagegen überhaupt nicht auftaucht. Auch in den offiziellen Verlautbarungen der DPG wird dieser Zusammenhang nicht sichtbar.

In einem Handzettel zur Urabstimmung, in dem nebenbei auch über den Abbruch der Revers-Aktion informiert wird, läuft die Sache unter der Bezeichnung „Unterschriftenaktion“, ein Begriff, der eher an Kampfmittel der Arbeiter erinnert als an Klassenkampf von oben.

In der „Deutschen Post“, dem Organ der DPG, vom 5.2.74 schließlich wird in einem kurzen Kommentar – dem einzigen Beitrag, der sich überhaupt mit den Reversen beschäftigt – den Verantwortlichen im Postministerium vorgeworfen, sie hätten „in der Augen der Postgewerkschaft für einen kapitalistischen Bock geschossen“. Kein Wort von den Angriffen auf das Streikrecht, kein Wort dazu, daß dieser Angriff aus einem Ministerium der SPD-Regierung kam.

Die Gewerkschaftsführung hat diesen Angriff verheimlicht und entpolitisiert, und damit die Angriffe auf das Streikrecht insgesamt heruntergespielt und den Kampf dagegen auf die juristische Ebene verlagert.

K2 Gruppe Bremerhaven

Angriffe auf das Koalitions- und Streikrecht

Der Versuch, die Arbeiter und ihre Gewerkschaften als nicht zu rechnungsfähig, krank und von Emotionen getrieben zu verunglimpfen, hat neben der unmittelbaren bezweckten Herabsetzung (politisch ideologische Funktion) vor allem natürlich die Funktion, handfeste politische militärische Schritte anzuschließen, um der „Vernunft“ den Weg zu bahnen.

Angriffe auf das Streik- und so gar das Koalitionsrecht waren die logische Folge, wobei auch der

lus“ seien vor allem die Jugendlichen, mit denen „Maglosigkeit, Fanatismus und ideologisches Sendungsbewußtsein“ in die Gewerkschaften gekommen seien. (Zitate, BamS)

„Ansteckungsgefahr“ wittert auch das „Hamburger Abendblatt“ vom 30.1.74: „Wenn die Gewerkschaften nicht zur Vernunft (!) kommen, haben wir bald englische Zustände auch bei uns ...“

Ein Musterbeispiel an Demagogie lieferte auch der „Kölnischer Stadt Anzeiger“ vom 2.2.74 unter der schon abgenutzten Überschrift „Im Zahlen-rausch“. Auf die (zu dieser Zeit nicht seltene) Frage „Wird die BRD nun etwas englischer oder italienischer als bisher?“, wird geantwortet:

„Die Seuche (!) der Inflation mag einen Zahlenrausch (!) befeuern. Aber es sind auch überall rigorose Epidemien (!) und Fluglostenmentalitäten (!) im Spiel ... Gruppengedolde (!) ohnehin!“

Die „FAZ“, die es in einer späteren Ausgabe sogar fertigbringt, die Verleumdung der englischen Arbeiterbewegung („Englische Krankheit“) als Ausdruck von „Nationalstolz“ zu bezeichnen (12.2.74), zieht in einem Artikel, Anfang Februar folgende „Lehren“ aus den Klassenkämpfen in England:

„Das Menschen Wahn (!) und Verblendung (!) – hier werden sie zur Tragödie – und für uns zum Lohn-streik.“ Und zugleich hat der Artikelbeschreiber die Verbindung zum OTV-Vorstehenden Kluncker gezogen, dessen Verhalten durch eine „Inverfundenheit“ „sonderbar“ gekennzeichnet sei und jeden Realismus vermissen lasse.

Die zur SPD gehörende „Hamburger Morgenpost“ steigerte ihre arbeiterfeindliche Hetzkampagne unmittelbar vor der Urabstimmung im Öffentlichen Dienst noch um einiges. Die Bundesregierung habe für jeden, hieß es am 8.2.74, „der einsichtswillig und einsichtig ist, gesagt, wo die Grenzen des Machbaren liegen.“

Am Beispiel Frankfurt: Ein Kapitel innergewerk- schaftlicher Demokratie

Was die Post-Kritiken in Frankfurt forderten und was die höheren Gewerkschaftsorgane bereits dazu machten

In allen Diskussionen stellten die Frankfurter Mitglieder eines klar: „Wir wollen keine reinen Prozeduren, bei denen die niedrigeren Einkommen schlechter abschneiden!“ So kamen folgende höhere Forderungen zusammen:

PA 1	300 DM für alle	PA 3	300 DM für alle
PA 2	300 DM für alle	FA Taunus	300 DM für alle
FA 1	300 DM für alle	PA 4	150 DM für alle (netto)

Nur die Arbeiter stellen gemachte Forderungen - diese und prozentual auf

Am 12. 11. 1973 wurden auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung nach dreistündiger Diskussion folgende Forderungen verabschiedet:

300 DM für alle
100 DM Kindergeld (z. Z. 50 DM)
100 DM Urlaubsgeld + 200 DM pro Kind

Daneben noch mehrere andere Forderungen, z. B. Verringerung der Laufzeit der Tarifverträge und 6 Wochen Erholungsurlaub.

Der erste Streik:

Am 13. November wurden diese Forderungen von den „Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen“ der Bezirksverwaltung „korrigiert“, nach einem Referat über Ökonomie etc., was an Forderungen herabkam:

15 % mind. aber 240 DM

Der zweite Streik:

Der Bezirksvorstand „korrigiert“ dann am 16. 11. 1973 ebenfalls:

8 % + 180 DM für alle

Der dritte Streik:

Der Hauptvorstand der DPG entscheidet sich am 28. 11. 1973 noch ein bisschen bescheidener:

15 % mind. aber 186 DM

300 DM Urlaubsgeld + 80 DM für jedes Kind.

(Entscheidungsgesamt auf Postfach Info Nr. 3 Frankfurt)

Forts. Tarifrunde OTV

„Öffentliche Dienst“ besonders gut für diese Attacke zu eignen schien.

„Wenn Gewerkschaften ihre Macht mit so viel Unvernunft ausnutzen, geraten sie in Mißkredit. Gegenkräfte werden auf den Plan gerufen, die Tarifautonomie wird unvermeidlicherweise in Frage gestellt!“ schrieb die „FAZ“ vom 20.2.74, in einer abschließenden Bewertung des Tarifkampfes im Öffentlichen Dienst. Der Autor des Artikels empfindet es als einen „höchst unbefriedigenden Zustand“, daß „die Bundesregierung nicht die Macht (hat), Klüncher an völlig unverhältnismäßigen Forderungen zu hindern.“

Die „FAZ“ ist der Meinung, daß „man ... nicht immer nur auf den guten Willen von Gewerkschaftsführern hoffen (kann)“, und daß „die Streikwaffe hier, (im Öffentlichen Dienst, Anm.) Red., ein geradezu lebensbedrohendes (!) Instrument (ist).“

Was liegt näher, das Streikrecht abzuschaffen oder zumindest noch weiter einzuschränken?

In der Logik der „FAZ“, „Wenn im Öffentlichen Dienst die Kontrollinstanz des Marktes fehlt, wird man

nach Surrogaten (Ersatzmitteln) suchen müssen, die auch die Gewerkschaft ... zwingen, wirtschaftliche Gesichtspunkte (gemeint die Interessen der Kapitalisten, Anm.) Red.) zu berücksichtigen ...“

Die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt“ geht in ihren „Lehren aus dem Streik“ noch weiter und wird in ihren „Vorschlägen“ an die staatlichen Stellen noch konkreter:

„Der Staat müßte jetzt aus seinen Erfahrungen lernen und zumindest im Öffentlichen Dienst die Bedingungen herstellen, die erst eine Tarifautonomie, die das Streikrecht einschließt, möglich machen.“

Dazu gehört es erstes, daß ein brauchbares Schlichtungsverfahren (!) eingeführt wird ...

Und zur Schlichtung gehört dann zumindest auch noch die Einführung einer gesetzlichen „Anstands-pflicht“ zwischen Urabstimmung und Streikausbruch, in der sich die betroffene Bevölkerung auf den Arbeitskampf einrichten kann (!).“

„Um die Verhältnismäßigkeit zwischen Streik und den eingesetzten Streikmitteln zu erzwingen“, schlägt die „Handelsblatt“ die Einführung eines Antistreik-Gesetzes nach der Art der amerikanischen

Taft-Hartley-Akt vor. Danach kann die Regierung nur „Einschränkung von essential Strike“ („HB“) und zum Schutz der „nationalen Gesundheit oder Sicherheit“ („HB“) einen von den Gewerkschaften beschlossenen Streik für 80 Tage (!) „einfrieren“.

„Dieses Gesetz muß nur nicht in allen seinen Einzelheiten initiiert werden“, schreibt das „HB“. „Es wäre für deutsche Verhältnisse neu zu erfinden, z. u. m. i. d. e. s. t. (!) für den Öffentlichen Dienst.“

Daß man nicht gewillt ist „nur“ hier durchzugreifen, macht das „HB“ mit der Bemerkung klar, daß auch in der privaten Wirtschaft verhindert werden müsse, „daß die Tarifautonomie zur Willkür fähig ist.“

Und zum Schluß des Artikels die Aussage des Generalangriffes: „Wenn die privatrechtliche Freiheit (der Kapitalisten), die die Tarifautonomie gesellschaftlichen Gruppen gewährt, nicht an gebunden wird an die ökonomische Vernunft (die Interessen der Kapitalisten) ... dann muß eben das Gesetz der Vernunft zu ihrem Recht verhelfen. Sonst werden wir ein Volk von Flugschneisen!“ (HB 274)

Leitung des OTV-Bereiches KB/Gruppe Hamburg

Der Kampf der Lehrer um die innere Verfassung ihrer Gewerkschaft (GEW)

Der Vorstand der Hamburger Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat am 15. Januar beschlossen, daß „die Tauglichkeit für oder die Untauglichkeit von links-extremen Parteien, Vereinigungen oder Gruppierungen unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft“ sei. Dies bedeutet faktisch eine Übertragung der im öffentlichen Dienst bestehenden Berufsverbote auf die innere Verfassung der Gewerkschaft und entlarvt den Scheinprotest der GEW-Führer gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse als pure Heuchelei. Dieser „Unvereinbarkeitsbeschluss“ des Vorstands wird von einer großen Zahl von GEW-Mitgliedern abgelehnt, was in vielen Resolutionen und Beschlüssen auf der unteren und mittleren gewerkschaftlichen Ebene zum Ausdruck kommt. Dagegen versucht der Vorstand fünf (!) Wochen nach seinem selbstherrlichen Beschluss, unter allen Umständen Stellungen der Mitglieder zu dieser Frage zu verhindern. Das wurde besonders deutlich auf der Hauptversammlung (oberstes Organ der Hamburger GEW) vom 18. Februar. Gegen den Willen der großen Mehrheit auf dieser HV verminderte der Vorstand durch stundenlange Geschäftsordnungsdebatten eine Behandlung dieses Tagesordnungspunktes. Mit dieser unverschämten Methode versucht der Vorstand gleichzeitig, die Funktion der Hauptversammlung in Frage zu stellen und erneut die Abschaffung dieses Organs der innergewerkschaftlichen Demokratie in die Wege zu leiten.

Bezeichnend ist die Art und Weise, mit der der Vorstand diese Politik in der Gewerkschaft durchsetzen will. Schon im letzten Jahr hatte der Vorstand den Ausschluss zweier vom Berufsverbot betroffener SSG-Mitglieder aus der GEW betrieben. Dieser Angriff war durch die Solidarität vieler Gewerkschafter und durch einen Beschluss der (zuständigen) Vertrauensleuteversammlung zurückgewiesen worden. Ungeschied dieses klaren Votums gegen eine solche Ausschlusspolitik und ohne jede weitere Diskussion in der Mitgliedschaft, also ohne jede demokratische Legitimation, folgte der Vorstand seinen „Unvereinbarkeitsbeschluss“. Wen wundert es da noch, wenn der Vorstand - natürlich um Namen der Gewerkschaft - in Springer, Welt, (18.1) gegen „Linksfaschisten“ und „Antidemokraten“ betzt, bevor er es für notwendig befindet, die eigene Gewerkschaft über seine Beschlüsse auch nur zu informieren (22.1). So also wohl nach Auffassung des Vorstands eine „demokratische“ Beschlussfassung in einer Einheitsgewerkschaft zu.

Dann ist es natürlich auch „demokratisch“, wenn die Mitglieder auch nachher nicht zu Wort kommen dürfen. In einem Vertrauensleute-Info vom 7. Februar meint der Vorstand, es sei „verpflichtet“, jetzt seinen „Unvereinbarkeitsbeschluss“ auf der Hauptversammlung zu behandeln. Erst müsse eine „intensive Diskussion“ in der Mitgliedschaft über diese wichtige (!) Frage stattfinden. Nicht umgekehrt wendet sich der Vorstand in diesem Zusammenhang gegen Dringlichkeitsanträge auf der HV's, die immer wieder einlangen und er mündliche Geschäftsordnungsdebatten zur Folge hätten. Pech nur für den Vorstand, daß im Verlauf der wissentlichen Entwicklung sehr anschaulich wurde, wo diese einlangenden und ermüdenden Geschäftsordnungsdebatten angesetzt und warum.

In der Folgerzeit wurde es immer offensichtlicher, daß die Forderung nach Ablehnung des „Unvereinbarkeitsbeschlusses“ durch die HV (innerhalb der GEW an Boden gewann. Von

dieser Forderung ließen sich die demokratischen Lehrer auch dadurch nicht abbringen, daß der Vorstand ganz konkrete Drohungen an die Adresse derjenigen richtete, die die „Solidarität der Linken“ praktizieren würden.

Schamloses Spiel mit dem Interessen der Lehrer

In dieser Situation versuchte der Vorstand, der amnestischen HV einen gänzlich andere Stoßrichtung zu geben. Die HV war seit langem zum Thema „Berufsverbote“ angewirrt und wäre damit genau die richtige Plattform gewesen, auch über die „Extremistenentlassung“ in den DGB-Gewerkschaften zu sprechen. Kaum ein Lehrer teilte die Auffassung des Vorstands, beides hätte absolut nichts miteinander zu tun. Man sieht daran nur, daß dem Vorstand wirklich die demokratischen „Argumente“ gut genug waren für die Unterdrückung der Diskussion.

Also landete der Vorstand einen neuen Coup. In der Untersuchung des 2. BesVNG (eine Gesetzesvorlage zur Vereinfachung der Lehrerbildung auf Bundesebene) habe sich eine „neue Lage“ ergeben („GEW-aktuell“, 13.2). Für einen Teil der Hamburger Völk- und Reichsherrn bestehe die Gefahr, zurückgesetzt zu werden.

Der Hamburger Senat (der gute!) wolle dies im Bundesrat verhindern, und die GEW müsse jetzt unbedingt Kampfmaßnahmen einleiten (um um deren Freunden im Senat den Rücken zu stärken ... im Bürgerkriegswahlkampf). Unbestritten ist, daß das 2. BesVNG ein wichtiges Problem für die Lehrer ist, sowohl hinsichtlich der Berufsverbote-Einführung, als auch wegen der darin enthaltenen Verhinderung der unbedingt notwendigen Reform der Lehrerausbildung. Die Gesetzesvorlage ist jedoch vom September 1973. Auf einer HV vom 12. November 73 waren dazu bereits ein deutliche Beschlüsse gefaßt worden. Es wurde gefordert, jede Verschlechterung für die Hamburger Lehrer zu verhindern und für dieses Ziel nöt-

tigenfalls Kampfmaßnahmen zu ergreifen („HLZ“, 19/73).

Das einzige „Neue“ an dem Dringlichkeitsantrag, um dem der Vorstand dann selbst das Thema und den Verlauf der HV veränderte, war die Empfehlung, als mögliche Kampfmaßnahmen eine Urabstimmung über einen Warnstreik im März und die Durchführung einer Demonstration einzuleiten (Mehr als „empfehlen“ kann die HV nicht, zuständig dafür ist die Versammlung der Vertrauensleute).

Aber dem Vorstand gelang es dadurch, die Hälfte von der Zeit, die der HV am 18.2. zur Verfügung stand, „über die Runden zu bringen“. Wie wenig es dem Vorstand dabei wirklich um die Interessen der Lehrer geht, wird vor allem an der Stöberarbeit deutlich, die die Gewerkschaft so ihre Kampfkraft dafür einsetzen, daß der Senat (!) die Rückendeckung erhält, um für die Hamburger Lehrer Verschlechterungen zu verhindern. Beim Hamburger Senat und die Interessen der Lehrer ja bekanntlich so gut aufgehoben, daß er als erste Landesregierung die Berufsverbote beschlossen hat, als erster den totalen Numerus Clausus an der Uni durchgesetzt hat usw.

Wer sind die „Chaoten“?

Das Thema Besoldungsfragen wurde auf der HV noch vor Eintritt in die Tagesordnung diskutiert, und der Vorstand hätte dies gern noch ein wenig vorgezogen, wenn nicht nach einer Zeit der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

WIE SICH DIE DKG DIE „UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE“ VORSTELLT - RESOLUTIONSVORSCHLAG FÜR DIE HV VON PETER GOHL

Die Einheitsgewerkschaft ist ein bedeutender Fortschritt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In ihr sind alle Arbeiter, Angestellten und Beamten organisiert, die die grundlegenden gewerkschaftlichen Beschlüsse anerkennen - unabhängig von ihren parteipolitischen und weltanschaulichen Bindungen. Die Einheitsgewerkschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Vertretung der sozialen und politischen Forderungen der Arbeitnehmer gegen die zunehmend konzentrierte wirtschaftliche und politische Macht der Unternehmern.

Die Hauptversammlung weist entschieden alle Versuche der KPD/ML, „KPD“, KWB, KD 4.3 und ihrer Untergruppen KUG, KSV und SSG, zurück, ihre gewerkschaftsfeindlichen, die Einheit der Gewerkschaft gefährdenden Ziele. In die GLW Hamburg hineinzutragen. Diese der Gewerkschaftsbewegung fremden Gruppen nullen rückwärtigen jede Schwäche

worden wäre. Daraufhin wurde die Forderung erhoben, den „Unvereinbarkeitsbeschluss“ zu diskutieren. Bis auf den engsten Vorstandskreis und den harten Kern der DKG-Revisionsisten (zusammen etwa 30) sprachen sich alle Versammelten dafür aus (es waren etwa 1.600 Mitglieder anwesend, davon 1.100 Stimmberechtigte).

Dennoch schaffte es der Vorstand mit Hilfe einiger DKG-Hauptlinge, in den Geschäftsordnungs-„Diskussionen“ (!) ob dieser Punkt in die Tagesordnung aufgenommen wird, 2 an welcher Stelle (!) etwa zwei Stunden (!) Zeit zu schinden und die 22 Uhr-Markte zu erreichen (bis dahin ist die Versammlung beschlußfähig). Eine „tolle Leistung“, aber wie wir meinen, ein echter Pyrrhus-Sieg.

Seit langem betreibt der Vorstand die Abschaffung der HV unter dem Vorwand, dieses Gremium sei „nicht arbeitsfähig“ und werde von linken „Minderheiten manipuliert“. Nach dem jetzt geleisteten Ganoven-Stückchen dürfte es der Vorstand allerdings schwer haben, dem Vorwurf der Mitglieder entgegenzutreten, daß gerade er es ist, der gezielt versucht, die Arbeit der HV lahmzulegen, ihren Verlauf zu manipulieren und zu „chaotisieren“ und ihre Funktion zu untergraben, um schließlich zum dritten Mal ihre Abschaffung zu beantragen.

Diese Praktiken geben auch einen Vorgeschmack auf die „wirkliche Demokratie“, die der Vorstand nach Liquidierung der HV verspricht.

Man kann daraus, daß wir erst un-

zureichend verstehen, demokratische

Rechte wahrzunehmen und auszuüben, nicht den Schluß ziehen, darauf zu verzichten. Im Gegenteil: Man wird für die Erhaltung der HV ebenso kämpfen müssen wie für die Erfüllung ihrer politischen Aufgaben. In diesem hat man den gleichen Gegner: Waschechte Antidemokraten, wie sie im Vorstand sitzen.

DKG: Hosen runter!

Einer der ersten Plätze im „Zeit-Reden“ gebührt sicherlich der DKG! Ungeachtet der teilweise empörten Zwischenrufe aus der Mitgliedschaft spulten ihre Redner ihre Tagesordnungsbeiträge ab, die den Vorstand unterstützen.

Für den Fall, daß die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ - bei deren Verabschiedung im Vorstand sich die Revisionsisten der Stimme enthalten (!) hatten - dennoch von der HV behandelt worden wären, was ein anonym (!) Resolutionsvorschlag verteilte, worden, für den sich nach Anfragen einer der DKG-Sprecher verantwortlich erklärte (siehe Kasten).

Zunächst „ergründet“ der Herr von der DKG die Linie der im Vorstandsbeschluss genannten „gewerkschaftsfeindlichen“ Organisationen um einige weitere - z. B. der KB, der im Vorstandsbeschluss nicht genannt wird - die seiner Meinung nach „hinzugehören“. Ohne den geringsten Beleg dafür, weshalb die Ziele dieser Gruppen „gewerkschaftsfeindlich“ seien, wird dann das besonders demagogische „Argument“ angeführt: „Diese nutzen rückwärtigen jede Schwäche der Gewerkschaftsarbeit ...“ Man möchte meinen, direkt bei Kodisch und Co. (Hamburger IG-Chemie Führer) abgeschrieben (und wo das abschreiben, ist ja bekannt). Oh me die „Zweitzungen“ der Kommunisten zu benennen, schreibt der Verfasser der Resolution: „Alle Kollegen, die dasartige (=ähnlich?) teilweise ähnliche ...“ „Zweitzungen“ der Gewerkschaft vertreten ... können ausgeschlossen werden.“

Es braucht wohl nicht weiter erläutert zu werden, daß diese bewußt schwammig gehaltenen Gummi-Formulierungen letztlich die Ausschlußdrohung gegen alle konsequenten Demokraten und Sozialisten beinhalten, was es ja auch von der Gewerkschaftscheidung gewollt ist. Besonders demüthig (!) scheint es, daß diese „Forderung“ ausgerechnet von DKG-Seite kommt, da nach Auffassung der GLW-Bürokratie die DKG die Plansche akzeptiert, die übergrößen Zinssatzungen der tündelneutenden (=Kommunisten) Lüge zuzunehmen (siehe „HLZ“, 6/73). Am Schluß der Resolution bedauert der Verfasser geredet, daß „pauschale Regelungen“ überflüssig (!) seien, weil sie leider „notwendig“ seien“ allgemein gehalten wären und mißbraucht werden könnten. Was ist

Forts. Berufsschulkampf

einwöchigen ließ, kam es zu langwierigen Verhandlungen zwischen Schülervertretern, Lehrern und dem Schulleiter, die nicht bis in den Nachmittag hineinziehen. Parallel dazu fanden Verhandlungen mit Schülervertretern der anderen Klasse statt, die tags zuvor eigenmächtig zum Bowling gegangen war (wie schon oben geschildert).

Nach langen Verhandlungen – die Unterrichtszeit war schon längst vorbei, fast alle Schüler schon zu Hause – wurde erreicht, daß die Zeugnisse doch noch am gleichen Tag allen Schülern ausgehändigt wurden. Dieser Erfolg war nur möglich, da die Schüler entschieden für ihre Interessen eingetreten sind und vor allen Dingen gemeinsam diesen Angriff zurückgewiesen haben. So hatte während der gesamten Verhandlungen jeweils ein Teil der Kollegen aus beiden betroffenen Klassen vor dem Schulbüro ausgeharrt und damit ihren Vertretern, die drinnen die Verhandlungen führten, entschieden den Rücken gestärkt. Dies hat bestimmt zum Erfolg wesentlich beigetragen.

Am 29.11. bekam der geschäftsführende Schülerrat vom Schulleiter einen Brief, in dem Beschlüsse des Schülerrats beanstandet wurden, „weil diese Beschlüsse mit den Rechtsvorschriften des SVG nicht vereinbar sind“. Es ging dabei um die Wahl des Delegierten des SR (Schülerrats) für die Schulkonferenz und deren Vertreter. Dabei ist dem Schülerrat ein formaler Fehler unterlaufen: ein Schüler wurde zum Delegierten gewählt, obwohl er nicht Klassenrechner ist und damit nicht Mitglied des SR, während aber dies auf die zu sei-

se mehrmals darum gebeten hatten und dies sogar von der Lehrerkonferenz der Berufsschule dem Schulbeirat gegenüber mit großer Mehrheit befürwortet worden war! Auf die Forderung einiger Lehrer nach Teilnahme von Schülervertretern auf dieser Sitzung wurde von einem Ausbilderleiter geäußert, er hätte ja gar nichts dagegen, sofern da keine „Politiker“ (!) kämen!

Ein entsprechender Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt (die Lehrer überwiegend dafür, die Vertreter aus den Betrieben überwiegend dagegen). Immerhin konnte in einer nochmaligen Abstimmung am Ende der Konferenz erreicht werden, daß die SV-Vertreter wenigstens zum nächsten Treffen eingeladen werden (diesmal fast einstimmig).

Insgesamt ging es darum, die Schule noch mehr nach den Interessen der Betriebe auszurichten, d.h. weniger „Allgemeinbildung“, dafür mehr fachbezogener Unterricht, was nur mit höherem Leistungsdruck zu erkaufen ist, der nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrer betrifft. Dahinter steht das Idealbild des politisch unmündigen, aber fleißigen und gehorsamen Lehrlings.

Daneben geht es um die Verschärfung der Kontrolle über die Schüler auch in den Punkten, die mit dem Unterrichtstoff selber nichts zu tun haben: Allgemeines Verhalten in der Schule, Aktivitäten in der SV, politische Betätigung, Überprüfung der Fehlzeiten usw.

Der Schülerrat schickte dem Schulleiter einen Antwortbrief, in dem seine Beanstandungen entschieden zu rückgewiesen wurden. Sie würden bedeuten, daß die Vertretung des Schülerrats in der Schulkonferenz von vier auf zwei Mitglieder halbiert werden würde und die beiden letzten Plätze erst wieder bei der nächsten regulären Wahl ein Jahr später besetzt werden könnten (!). Weiterhin wurde in dem Brief gefordert, die Delegierten und ihre Vertreter für die Schulkonferenz ohne Ausnahme so anzuerkennen, wie sie vom Schülerrat gewählt worden waren.

In einem längeren Gespräch einer Schülerrats-Delegation mit der Schulleitung und durch Einbringen dieses Punktes auf der darauffolgenden Sitzung der Schulkonferenz konnte die Forderung voll durchgesetzt werden. Obwohl bei der Wahl einige Bestimmungen des SVG verletzt wurden, und jetzt ohne Ausnahme die Delegierten als rechtmäßig Vertreter anerkannt, die vom Schülerrat (SR) gewählt worden sind.

Die Betriebe greifen ein

Ihre allgemeine Verschärfung der Kontrolle über die Lehrlinge wird nicht nur durch die Schulleitung und den größten Teil der Lehrer getrieben, sondern die Betriebe gehen immer mehr dazu über, auch direkt in der Schule einzugreifen. Dahinter steht,

daß trotz des härteren Windes, der jetzt weht, die Schule für die Lehrlinge immer noch einen gewissen Freiraum darstellt.

Während man im Betrieb oft noch nicht einmal am Arbeitsplatz mit einem Kollegen diskutieren kann, ohne daß einem gleich der Vorgesetzte oder Meister dazwischen führt, hat man in dieser Hinsicht in der Schule viele Möglichkeiten. Außerdem kann man z.B. auch im Politikunterricht meistens recht offen über die Unternehmer und überhaupt über die Politik der Kapitalisten diskutieren. Das wissen diese natürlich sehr genau.

Obwohl die Ausrichtung des Bildungswesens nach den Interessen der Kapitalisten schon sehr weit fortgeschritten ist, geht es ihnen doch nicht weit genug. Und auch diese Freiräume, die noch bestehen, sind ihnen ein Dorn im Auge. Daher versuchen sie, diese Freiheiten einzuschränken, besonders dort, wo sie von den Schülern im Kampf um ihre Rechte ausgenutzt werden.

An der G I ist dabei der Schulbeirat führend beteiligt (je drei „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“-Vertreter). Am 10.12.73 fand in der Aula auf seine Einladung hin eine Diskussionsveranstaltung über die Erfahrungen des Berufsschulunterrichts, besonders des Blockunterrichts, statt. Es ging dabei darum, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieb zu verstärken.

Einladungen waren die Ausbilder aus den Betrieben und alle Berufsschullehrer der Schule, Vertreter der Schüler, die ja immerhin von allen am meisten betroffen sind, wurden von vorne herein ausgeschlossen, obwohl sie mehrmals darum gebeten hatten

se mehrmals darum gebeten hatten und dies sogar von der Lehrerkonferenz der Berufsschule dem Schulbeirat gegenüber mit großer Mehrheit befürwortet worden war! Auf die Forderung einiger Lehrer nach Teilnahme von Schülervertretern auf dieser Sitzung wurde von einem Ausbilderleiter geäußert, er hätte ja gar nichts dagegen, sofern da keine „Politiker“ (!) kämen!

Ein entsprechender Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt (die Lehrer überwiegend dafür, die Vertreter aus den Betrieben überwiegend dagegen). Immerhin konnte in einer nochmaligen Abstimmung am Ende der Konferenz erreicht werden, daß die SV-Vertreter wenigstens zum nächsten Treffen eingeladen werden (diesmal fast einstimmig).

Insgesamt ging es darum, die Schule noch mehr nach den Interessen der Betriebe auszurichten, d.h. weniger „Allgemeinbildung“, dafür mehr fachbezogener Unterricht, was nur mit höherem Leistungsdruck zu erkaufen ist, der nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrer betrifft. Dahinter steht das Idealbild des politisch unmündigen, aber fleißigen und gehorsamen Lehrlings.

Daneben geht es um die Verschärfung der Kontrolle über die Schüler auch in den Punkten, die mit dem Unterrichtstoff selber nichts zu tun haben: Allgemeines Verhalten in der Schule, Aktivitäten in der SV, politische Betätigung, Überprüfung der Fehlzeiten usw.

In diesem Zusammenhang wurden von Vertretern der Betriebe u.a. Forderungen erhoben wie z.B.

- vollständige Abschaffung der Fächer Deutsch und Politik,
- Verlängerung der Schulstunden von 45 auf 60 Minuten,
- Wiedereinführung des Schulunterrichts am Samstag,
- Kürzung der Schullehren,
- Das Recht der Schule, in eigenem Ermessen Entscheidungen für Fehlzeiten anzuerkennen, soll ersetzt werden durch eine Regelung, daß nur das anerkannt wird, was auch der Arbeitgeber anerkennen würde. D.h. bei dessen allgemeiner oder enger Auslegung, daß schon für geringe Fehlzeiten ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen vorgelegt werden müssen usw.
- Im Zweifelsfall, wurde gefordert, sollten die Forderungen der schichtlichen Entscheidungen den Betrieben zur Nachprüfung vorgelegt werden!

Diese Veranstaltung sowie die anderen geschilderten Disziplinarfälle sind keine zufälligen Einzelheiten, sondern dahinter verbirgt sich eine allgemeine Linie: Verschärfung der Angriffe gegen die Lehrlinge.

Um darüber alle Schüler zu informieren und die Diskussion darüber in Gang zu bringen, wurde von einer Klasse ein entsprechendes Flugblatt

erstellt und verteilt. Darin wurde die Entwicklung in einigen Beispielen erläutert und es wurde dazu aufgerufen, dies Thema auf der nächsten Vollversammlung zur Sprache zu bringen und gemeinsam zu diskutieren.

Diese Vollversammlung der Berufsschule (3. Block) fand am 18.12. statt, um entsprechend dem neuen SVG den Blockprecher und seine Stellvertreter zu wählen. Neben der Wahl selber wurde diese Vollversammlung vom Schülerrat dazu genutzt, die Schüler umfassend über die wichtigsten Entwicklungen an der Schule zu informieren und zu entwickeln, wie die Schüler dabei gestützt auf ihre eigene Kraft und mit Hilfe ihrer Vertreter – ihre Rechte verteidigen können. Dabei waren weitere Schwerpunkte neben den Disziplinarmaßnahmen die hohen Kantinenpreise, die Einkämpfung des Sportunterrichts, die Kampagne um die Bezahlung der Lehrmittel und eine Darstellung des neuen SVG.

Außerdem wurde von einer Klasse Initiative ein Solidaritätsstreik für die 13 Kollegen der Reichhold Albert-Chemie AG zur Abstimmung vorgelegt, die aus der IG Chemie ausgeschlossen werden sollten (siehe Artikel in AK Nr. 38). Gleich am Anfang der Vollversammlung wurde ein Beitrag gehalten, in dem die konkreten Vorgänge bei Reichhold geschildert wurden und darüberhinaus auch die allgemeine politische Entwicklung, die zu diesen Ausschlussanträgen geführt hat und die auch in anderen Betrieben zu verzeichnen ist. Danach kam es zur Abstimmung: etwa 100 Kollegen stimmten dem Streik zu, bei etwa 15 Enthaltungen und ohne Gegenstimme.

PREISTAFEL	
Bratwurst	1,15
Wurstchen mit Brot	1,90
Wurstchen mit Salat	1,00
Frikandelle mit Salat	1,40
Frikandelle	0,65
Bratwurst mit Wurst oder Käse	0,65
Johenschwanzsuppe	0,80
Kaffee	0,40
Normaler Kaffee	0,75
Normaler Tee	0,30
Normaler Tee	0,50
Normaler Tee	0,45
Spindel	0,65
Jaco Cola, Peps Cola	0,55
Orangeade	0,65
Apfelsaft	0,55
Apfelsaft	0,35
Apfelsaft	0,55

Weiterhin ist hervorzuheben, daß durch das Verschicken der Solidaritätsklärungen nicht nur an die Betroffenen selber und die IG Chemie-Führung, sondern auch an alle Hamburger Berufsschulen und die Jugendvertretungen der wichtigsten Chemie- und Metallbetriebe versucht wird, eine möglichst breite Bewegung der Solidarität mit den Betroffenen, aber auch der Diskussion über diese politischen Angriffe zu führen und dies auch mit der konkreten Entwicklung an der Schule zu verbinden.

Weiterhin ist hervorzuheben, daß durch das Verschicken der Solidaritätsklärungen nicht nur an die Betroffenen selber und die IG Chemie-Führung, sondern auch an alle Hamburger Berufsschulen und die Jugendvertretungen der wichtigsten Chemie- und Metallbetriebe versucht wird, eine möglichst breite Bewegung der Solidarität mit den Betroffenen, aber auch der Diskussion über diese politischen Angriffe zu führen und dies auch mit der konkreten Entwicklung an der Schule zu verbinden.

Die Wahl der Blockprecher selber kann als Erfolg betrachtet werden, da es eine ausgesprochen politische Wahl war. Bei allen drei Wahlgängen (Sprecher, 1. und 2. Stellvertreter) handelte es sich jeweils um Schüler, die jeweils zwei verschiedene Auffassungen (Linien) verkörpert, wie eine Interessenvertretung der Kollegen ausssehen hat.

a) die Arbeit der SV ausschließlich an den Interessen der Kollegen

orientieren, diese umfassend mitteilen und mit ihnen gemeinsam vorgehen, dabei nicht auf eine partischafliche Zusammenarbeit mit der Schulbehörde und ihren Vertretern vertrauen, sondern die Interessen der Kollegen konsequent und geschlossen vertreten, die SV einordnen in den gewerkschaftlichen und damit auch den politischen Kampf für die Rechte der Arbeiter und Angestellten.

b) die Arbeit der SV beschränken auf den für den Schulleitung und SVG gesteckten Rahmen, d.h. keine politischen oder gewerkschaftlichen Probleme „in die Schule tragen“, mit der Schulleitung vertrauensvoll und partnerschaftlich zusammenarbeiten, konsequente Schülervorteile in ihren Aktivitäten behindern, unter den Schülern selber für „Ordnung“ sorgen („Auf der einen Seite werden von den Schülern Gardinen herunter gerissen und dann wölft ihr noch Forderungen stellen!“).

Bei allen drei Wahlgängen regten die Kandidaten der ersten Auffassung, Sie bekamen – mit geringen Unterschieden – jeweils etwa 2/3 der Stimmen, während das reaktive Drittel auf den reaktionären Block entfiel. Ungünstige Stimmen oder Stimmhaltungen waren kaum vorhanden.

Die Bedeutung dieser Vollversammlung läßt sich auch daran messen, daß der Schulleiter die meiste Zeit angewandt war – im Gegensatz zu den Vollversammlungen der ersten beiden Blöcke. Er hielt es sogar für notwendig, selber das Wort zu ergreifen, obwohl er „eigentlich überhaupt keine Zeit hätte“. Dazu ließ er sich am Ende extra aus einer „ganz wichtigen

Reichhold Kollegen und die Demonstration gegen das KSV-Verbot.

Merkenhaft ist dies besonders deshalb, weil die Behandlung derartiger Themen durch das neue SVG eindeutig verboten ist. (Danach darf die SV nur die Interessen der Schüler „in der Schule“ vertreten. Jede politische Betätigung ist dabei verboten.) Darauf haben auf der Versammlung sowohl ein Vertreter der SV als auch der Schulleiter (mit unterschiedlicher Stoßrichtung in der Argumentation) noch einmal ausdrücklich hingewiesen. Trotzdem wurde dies während seiner Anwesenheit so durchgeführt.

Zum einen zeigt dies noch einmal den Charakter des SVG auf, daß die Rechte der Schüler einschränkt und eine umfassende Interessenvertretung, die sich in den politischen und gewerkschaftlichen Kampf einordnet, verhindert.

Zum anderen zeigt dies Beispiel, wie man dagegen vorgehen kann, wenn man die Einbeziehung der Masse der Schüler erreichen will, was wiederum es geht und auch bereit sind, aktiv dafür einzustehen. Nur dann sind auch Aktionen möglich, die vom Gesetz nicht mehr gedeckt werden. Außerdem ist es gerade bei solchen Aktionen möglich, der Masse der Schüler den reaktionären Charakter des SVG zu verdeutlichen.

Ein weiterer Erfolg dieser Vollversammlung liegt darin, daß sie einfach solange durchgeführt wurde, wie die Schüler dies für notwendig hielten und wie noch Diskussionsbeiträge vorhanden waren. Obwohl sie um 10 Uhr angesetzt war und der Unterricht eigentlich um 12 Uhr wieder beginnen sollte, dauerte sie bis 12:45 Uhr. Damit wurden für acht Klassen zusätzlich Unterrichtsstunden in An-

satzlich Unterrichtsstunden in Anspruch genommen, ohne daß die Lehrer oder der anwesende Schulleiter versuchten, dies zu verhindern.

Am nächsten Tag fand wegen der Versammlung der Berufsaufbau- und Fachbereiche statt, auf der ebenfalls die Solidaritätsklärung für die 13 Reichhold-Kollegen vorgelegt wurde. Auch diese Vollversammlung stimmte der Protestresolution mit etwa 50 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und etwa zwölf Enthaltungen zu. Außerdem beschloß auch der Schülerrat der Gewerkschule insgesamt einstimmig, diese Aktion zu unterstützen.

Praktische Solidarität mit den vom Ausschluss bedrohten Kollegen heißt nicht nur, Protestschreiben zu schicken, Unterschriften zu sammeln, sondern heißt vor allen Dingen, anhand dieser Vorfälle Klarheit über die Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates auf die Rechte und Forderungen der Arbeiter und Angestellten zu schaffen und darüber, wie wir gegen diese Angriffe organisieren können – jeder in seinem eigenen Bereich.

Die G I stellt deswegen ein positives Beispiel dar, weil hier versucht wird, anhand dieser konkreten Solidaritätsmaßnahmen eine allgemeine Diskussion um die zunehmenden politischen Angriffe zu führen und dies auch mit der konkreten Entwicklung an der Schule zu verbinden.

Weiterhin ist hervorzuheben, daß durch das Verschicken der Solidaritätsklärungen nicht nur an die Betroffenen selber und die IG Chemie-Führung, sondern auch an alle Hamburger Berufsschulen und die Jugendvertretungen der wichtigsten Chemie- und Metallbetriebe versucht wird, eine möglichst breite Bewegung der Solidarität mit den Betroffenen, aber auch der Diskussion über diese politischen Angriffe zu führen und dies auch mit der konkreten Entwicklung an der Schule zu verbinden.

Nach der Vollversammlung der Berufsschule entstanden viele Diskussionen über die genannten Beispiele und die weiteren Vorgehen der Schüler. Dabei machte sich eine immer stärker werdende Polarisierung bemerkbar zwischen den beiden Linien, die auf der Versammlung deutlich hervorgetreten sind. Dies ist eine insgesamt positive Entwicklung. Zwei zeigt sich hieran, daß die reaktionären Kräfte auch unter den Schülern einen einflussreichen Block. Aber dies fördert auch andererseits die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Standpunkten, hauptsächlich zwischen den beiden verfeindeten Linien. Und nur in dieser dauernden Auseinandersetzung können die Kräfte getrennt werden.

Die Wahl der Blockprecher selber kann als Erfolg betrachtet werden, da es eine ausgesprochen politische Wahl war. Bei allen drei Wahlgängen (Sprecher, 1. und 2. Stellvertreter) handelte es sich jeweils um Schüler, die jeweils zwei verschiedene Auffassungen (Linien) verkörpert, wie eine Interessenvertretung der Kollegen ausssehen hat.

Faschismus in Chile: Folter, Mord und Terror

Nach wie vor wird in Chile verhaftet, deportiert, gefoltert und gemordet. Sofort nach dem faschistischen Militärputsch am 11. September vergangenen Jahres überzog die Junta das ganze Land mit einer blutigen Terrorwelle, der den Berichten nur wenige Wochen nach dem Putsch zufolge über 20 000 Menschen zum Opfer fielen, hingsgeschleht von einer Soldateska, deren oberste Befehlshaber in den US-Konzernen und dem US-Gehemindienst CIA sitzen. Ein blindwütiger Massenmord, der vom Vorbild der indonesischen Militärdiktatur von 1965 folgte, wo selbst bürgerliche Zeitungen die Zahl der Umgebrachten auf über eine halbe Millionen schätzten.

Ende November setzte eine zweite Terrorwelle in Chile ein, die offensichtlich noch das Ausmaß der ersten übersteigt. Die in Westberlin erscheinende „Chile Nachrichten“ schreiben Mitte Dezember dazu:

Das chilenische Militär war in den ersten Monaten seiner Herrschaft nicht nur mit dem Terror gegen das chilenische Volk beschäftigt, es mußte besondere Aufmerksamkeit auf die interne Abrechnung mit verlässlichen Militärs verwenden. Diese Abrechnung ging in den Provinzen relativ schnell vonstatten. Hingegen dauerte sie in Santiago länger an, da dort der Großteil der Offiziere so weit wie nicht Truppenoffiziere sind konzentriert war. Während sich daher in den Provinzen sehr schnell die Kriegsverurteilung zur Aburteilung von Zivilisten konstituierten, waren die Militärs in Santiago noch mit Feinden aus ihren eigenen Reihen beschäftigt. ... Inzwischen scheint diese interne Reinigung vollendet zu sein, so daß sich jetzt auch in Santiago die Kriegsverurteilung konstituiert.

Hinzu kommt der absolut chaotische Charakter der ersten Terrorwelle, die ganz generell die Kader der chilenischen sozialistischen Parteien betraf, mit provisorischen Nomenklaturen vor sich ging und an ganz zufällige Kennzeichen anknüpfte. Inzwischen aber sind Monate systematischer Ver-

fahren, Folterungen und Denunziationen verfließen, aus denen sich neues Informationsmaterial ergibt, was jetzt die systematische Suche nach bestimmten Personengruppen ermöglicht. Offensichtlich war die erste Terrorwelle gar nicht das Wesentliche für die chilenischen Militärs. Sie war vielmehr nur der Ausgangspunkt für diese neue Welle, die definitiv jede mögliche Form subversiver autonomer Organisation des chilenischen Volkes, sei es in Gewerkschaften, sei es in Parteien, unmöglich machen soll. Die zweite Terrorwelle ist daher nicht kleiner als die erste, sie scheint ganz im Gegenteil gleichzeitig größer und systematischer zu sein. Der Militärarzt Schuster hier für eine bestimmte Systematik vor, die die Organisationsfähigkeit einer möglichen sozialistischen Bewegung für alle Zeit unmöglich machen soll. Danach sind zu neutralisieren was nach seinen Worten bedeutet umzubringen, gefangenzusetzen oder auszuweichen alle Gruppen, die politisch-organisatorische, administrative oder intellektuelle Fähigkeiten haben oder haben könnten. Zu verschwinden sind einzig und allein die jungen, deren Tätigkeit als Ausführung von Anordnungen verstanden werden kann. Die Ausweisung soll aber nicht der Regelhaft sein, man will vernichten. Wer ausweicht, kann wiederkommen, wer vernichtet ist, ist weg.

Das heißt: Die chilenische Militärdiktatur will in dieser zweiten Terrorwelle das Volk auf politisch völlig unbewußte und zur Auflösung unfähige Arbeitermassen reduzieren. Alle übrigen sollen liquidiert oder mindestens isoliert werden in mittlerweile aufgebauten Vernichtungslagern wie bei den Nazis (z.B. das Lager Chena in der Nähe von San Bernardo bei Santiago). In „Frankfurter Rundschau“ vom 11.12.73 und in den Kennzeichnungen und Folterlagen auf den 12.12.73 und in den chilenischen Medien vor der chilenischen Küste.

Mit welcher Grausamkeit die faschistischen Polizeikräfte in Chile vorgehen, belegen einige ins Ausland

gedrungene Berichte, aus denen wir im Folgenden exemplarisch ein paar Auszüge wiedergeben.

Bericht eines chilenischen Arbeiters aus einer Stadtrand-Siedlung von Santiago

„... eines Sonntags kommt eine Militärpatrouille auf der Suche nach angeblichen Extremisten, die da versteckt wären, in die Siedlung ... Da sie die angeblichen Extremisten, die

Nachher erfährt man, daß zwei Genossen aus dieser Gruppe so grausam ermordet wurden, daß es das Mitleid eines Soldaten erregte, der Sohn eines Arbeiters war... Der Soldat erzählt, bewegt von den Unmenschlichkeiten, die er erlebt hat, und sagt: „Ich habe auch gesehen, wie sie den jüngeren gefoltert haben, den haben die anderen den „kleinen Ibarra“ genannt, sie haben ihm das Gesicht verbrannt mit den Kohlen, mit denen sie ihren Kaffee warm hielten, sie haben die Köpfe von seinen Fingern und Zehen zum Pla-

UP-Parteien. Die Verhöre dreht sich immer um dieselben Punkte Teilnahme am „Plan Z“, Organisation von Guerillas usw.“

(Der „Plan Z“, ein angeblich „geplanter Putsch der Linken“, ist eine Erfindung der Militärdiktatur, mit dem sie ihren Putsch zu „rechtfertigen“ versuchte. Derartige Behauptungen der Faschisten zur „Begründung“ ihres Terrors sind nicht neu, und teilweise organisieren sie solche Provokationen selbst, um sie den Kommunisten und anderen Linken anzu-

Auf den Händen, besonders der rechten, waren tiefe Brandwunden sichtbar. Das Handgelenk der rechten Hand war bedeckt von einer runden dunkelroten Wunde von etwa drei cm Durchmesser, in die ein elektrisches Drahtnetz tief schwärze Spuren eingebrannt hatte. Eine ähnliche Wunde auf dem Handrücken der rechten Hand, kleinere, die auf ausgeprägte Zigaretten hinwies, an beiden Händen.

Das Gesicht war kaum als menschliches wiederzuerkennen. Die Lippen waren fast bis auf die Knochen verbrannt, von der Nase war nur ein schwarzer Stumpf übrig. Über die Stirn bis zu den Schläfen hin zog sich ein schwarzer Riß von großer Regelmäßigkeit, wahrscheinlich ein gebrannt von einem elektrischen Strömband. Die linke Gesichtshälfte war stark gerötet, die Haut des Gesichts und der Hände ansonsten geschwärtzt.

Ob der Tote noch Fingernägel besaß, war nicht zu erkennen, da die Finger ebenfalls schwarz waren. (Ähnliche Wunden laut Augenzeugen berichten am ganzen Körper.)



Stärken wir den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Faschismus! Stärken wir die Solidarität mit dem Widerstand des chilenischen Volkes!

Der Widerstandskampf des chilenischen Volkes braucht weiterhin unsere entschlossene Unterstützung; gegen die faschistischen Menschenmörder und Folterknechte von Santiago; gegen deren Auftraggeber in den imperialistischen Konzernen der USA und Westeuropas; gegen die Verleüer und Befürworter des faschistischen Terrors der chilenischen Militärdiktatur.

faschistischen Terrors der chilenischen Militärdiktatur auch in unserem Land!

Wir rufen dazu auf, auch der materiellen Unterstützung des chilenischen Widerstands nicht nachzulassen. Spenden können auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Kontowort Chile-Hilfe
c/o Falgraff
Deutsche Bank Hamburg-Grindel
Kto.-Nr. 36 / 5242

Sonya Patric Laetke
Kto.-Nr. 35 / 53062
Deutsche Bank München 40
Kurfürstentplatz

die machen, nicht fanden, nahmen sie zwölf Bewohner mit, die körperlich und seelisch gefoltert wurden. Sechs von ihnen misshandelten sie so sehr, daß sie sich nicht trauten, sie in Freiheit zu lassen, weil sie sonst hätten Fotos machen können, die gezeigt hätten, wie grausam diese Diktatur ist. Die sechs Genossen wurden zum zweiten Panzerregiment überführt und dort einer neuen Art von Foltern unterworfen, zum Beispiel taten sie so, als würden sie sie leben die begraben oder erschießen. Es war so schlimm, daß - wie ein Soldat erzählt hat - bei einer vorgeführten Erschießung, als sie sie mit dem Gesicht gegen die Wand aufgestellt hatten, die Genossen sich auf Verabredung auf die Schützen stürzten und dabei rufen: „Vencer o morir! (Siegen oder sterben!) Für ein sozialistisches Chile!“ Und die sechs wurden auf der Stelle erschossen, als die Angehörigen die Leichen abholten, konnte man folgendes sehen. Dem Genossen Vorsitzenden der Siedlung fehlte ein Auge, sein ganzes Gesicht war verbrannt, er hatte keine Nägel mehr an Händen und Füßen, er wurde getötet mit einem Schuß in die Brust, der hinten ein Loch über die ganze Breite des Rückens hinterlassen hatte, und die anderen Genossen sahen genauso aus. Nachdem sie diese sechs Genossen gefoltert und erschossen hatten, gaben die Miltzungen noch immer keine Ruhe, ihre Streifzüge in verschärfte Teile der Siedlung gehen weiter, und sie verbreiten Angst und terrorisieren die Kinder, junge Frauen und Greise. Dermal gelang es ihnen, elf Genossen festzunehmen, die Mehrheit von ihnen wurde gemäß dem von eingewachteten Nachbarn die sicher glaubten, daß sie sonst Komplizen wären (Die faschistische Junta hat ein Gesetz erlassen das Bando No. 81, nach welchem derjenige, der Verfolgten hilft, um eine Stufe höher zu bestrafen wird als diejenigen, denen er geholfen hat. Das ist ein besonders grausames Mittel, um Einschüchterung, Denunziation und Terror zu verbreiten (AK Red)

zuzubringen mit Kolgenachbarn, während der fünf Tage, die er verhaftet war, haben sie ihm nicht zu essen gegeben, nur Wasser und hartes Brot. Einmal habe ich ihm was von meinem Kaffee abgegeben, aber so, daß meine Vorgesetzten mich nicht dabei erwischen konnten. Der Kleine war so verprügelt und entsetzt, daß er aussah wie 40 Jahre, aber als er angebracht wurde, schätzte ich ihn auf höchstens 20, er sah aus wie ein Kind. Sie haben ihn so schlimm gefoltert, daß er eines Tages zusammenbrach und anfangs meinen Leutnant antuschieren. FASCHISTEN, MÖRDER, TÖTE MICH! Und der Leutnant zog die Pistole, hielt sie ihm an die Schläfe und drückte ab und der Kleine sackte zusammen und starb wie ein Mann.“

Über die Gefangenen in Coquimbo

„Alle Gefangenen wurden in den Kommissariaten der Carabineros und der FISCALA Militär verhört. Alle Gefangenen wurden hier verhört, ein Fach aufgrund der Tatsache, daß sie Sympathisanten der Unidad Popular waren. Sie wurden mit Korallen-Kolben traktiert, mit Pistolen „behandelt“. Elektrochocs wurden ihnen zugefügt, es wurden Schein-Hinrichtungen praktiziert. Den Gefangenen wurden Spritzen gegeben, deren Wirkung völlig unkoordinierte Bewegungen und Zersplitterung der Artikulation hervorrief.“

In Iquique hat sich ein Schuster das Leben genommen, er schnitt sich die Pulsader auf der Todesschere auf. Er war verheiratet, hatte neben Kind und war Sekretär der Kommunistischen Partei in Iquique. Er war täglich brutal gefoltert worden mit Elektrochocs an den Genitalien, Mund und Ohren. Er wurde mit dem Kopf nach unten aufgehängt, danach wurde er in elektrisiertes Wasser geworfen. Scheinerschießungen fanden statt. Aber gegen ihn lag nichts vor außer seiner Mitgliedschaft in einer der

lasten z.B. der von den Nazis inszenierte Reichstagsbrand, der als Vorwand zur Jagd auf Kommunisten diente, z.B. das von den italienischen Faschisten verursachte Mailänder Blutbad im Dezember 1969, das der Staat zur Anarchistenjagd ausnutzte, usw. (AK-Red)

Bericht von einer Beerdigung

„In der Mitte der kleinen Kirche war ein einfacher schwarzer Sarg aufgebahrt, das obere Drittel wurde aufgeklappt und der Tote war durch ein Fenster sichtbar. Dr. Que-Phuong Tran-Huyth, Nordvietnamese, 33 Jahre, war zu Tode gefoltert worden.“

„DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!“

Nachdruck von Texten zu den politischen Problemen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse.

Zum einen enthält der Band besonders wichtige Schriften von Marx, Engels und Lenin zur Frage des bewaffneten Kampfes, insbesondere wurden Schriften Lenins aus den Jahren 1905 und 1917 in diesen Band aufgenommen, die in ihrer Bedeutung heute weniger bekannt sind. Darüber hinaus ist es dem Verlag „ARBEITERKAMPF“ gelungen, Texte zu den Fragen des bewaffneten Kampfes zu beschaffen, die seit Jahrzehnten nicht mehr verfügbar waren. So die Aufsätze von Alexander Schönewald „Der Februaraufstand des österreichischen Proletariats“ und von Bela Kun „Frage wichtiger taktischer Fragen des österreichischen Aufstandes“. Beide Aufsätze stammen aus den Jahren 1914. Weiter enthält der Band die Arbeit von Ernst Schneller „Arbeitermacht und Wehrpolitik 1914 sowie die beiden Texte von Panitzky „Die II Internationale und der Aufstand und der Bolschewismus und der Aufstand“ ebenfalls 1928.

250 Seiten DM 6,-
erhältlich im Arbeiterbuch 2 Hamburg 13 Grindelhof 45
zu bestellen über J Reuter 2 Hamburg 13 Grindelhof 45

Forts. vor 5 Jahren: Ussuri

den nur dünn besiedelten Randgebieten Chinas, wie die der Mongolen, Uiguren und Tibetaner. So wurde z.B. von der sowjetischen Presse ein „Volksaufstand“ in Tibet erfunden, der 1972 stattgefunden haben soll und wobei über 12 000 (!) Tibetane

lich mit Panzern und Artillerie unterdrückt worden sei.

Solche Phantasie-Produkte aus der antikommunistischen Küche dienen nicht nur zur allgemeinen Stimmungsmache gegen die VR China, sondern deuten direkt die Absicht an, unter ähnlichen Vorwänden („wir wollen den unterdrückten nationalen Min-

geachtet unserer Siege in der revolutionären Wachsamkeit nachlassen, dürfen auf keinen Fall die Gefahr übersehen, daß der USA-Imperialismus und der Sowjetrevisionismus einen großangelegten Aggressionskrieg entfesseln können. Wir müssen ausreichende Vorbereitungen treffen, müssen darauf gefaßt sein, daß sie

Neue Atomstrategie der USA?

Im Januar war in mehreren Zeitungsartikeln von einer Änderung der amerikanischen Atomstrategie zu lesen. In einer Pressekonferenz hatte der US-Kriegsminister angekündigt, daß die USA einen Teil ihrer Raketen auf militärische Ziele der Sowjetunion umorientieren wollen. Die „Welt“ vom 5.1.74 schätzte dies als einen ersten Schritt in Richtung auf eine **hochbedeutende Umdenkung** der amerikanischen Gesamtstrategie ein. Wenn der US-Kriegsminister eine solche erhebliche Verschärfung der atomaren Aggressionspolitik ankündigt, dann ist zu fragen, was Ursache und Zweck solcher Drohungen ist, und was nun wirklich dahinter steht.

Die offizielle Begründung lautet ungefähr folgendermaßen: Die bisherige Atompolitik gehe vom Vergeltungsprinzip aus (Vergeltung im zweiten Schlag, second strike). Demgemäß seien die US-Atomraketen auf wichtige sowjetische Städte und Industrieanlagen gerichtet. Die US-Strategie sei nicht die Strategie des ersten Schusses (first strike), die die atomare Entwertung des Feindes zum Ziel hat. Hierzu ist zu bemerken, daß die Strategie des ersten Schlags viel schwieriger durchzuführen ist. Militärische Anlagen oder gar Raketenstützen sind viel schwieriger zu zerstören und erfordern naturgemäß eine viel weitergehende atomare Kapazität. Nun hätten sowohl die USA als auch die SU die Fähigkeit zum zweiten Schlag, beide aber nicht die zum erfolgreichen ersten Schlag („atomares Pat“). Im SALT-Abkommen von 1972 hatten sich nun die beiden Mächte darauf geeinigt, in dieser Situation des atomaren Pat's nichts zu ändern.

Dem konkreten Inhalt des SALT-Abkommens lag folgendes zugrunde: Die USA hatten zu dieser Zeit einen nicht unerheblichen Vorsprung im Hinblick auf die Waffensysteme. Sie besaßen bereits Mehrsprengkopfraketen und Orbitalraketen (auf Satellitenbahnen), die die SU damals noch nicht besaß. Mittlerweile haben jedoch die Sowjets ebenfalls Mehrsprengkopfköpfe. Die USA gestanden der SU wegen diesem wichtigen waffenrechtlichen Vorsprung eine größere Anzahl von Langstreckenraketen zu. Es ist klar, daß so ein Vertrag das Wett-

Denn solche Verhandlungen haben auf die wirkliche Militärpolitik nur einen sekundären Einfluß. Es ist natürlich auch nicht wahr, daß die USA ihre atomaren Raketen nicht auf das nukleare Arsenal der Sowjetunion gerichtet hätten, und daß die USA erst jetzt daran denken, dies zu tun. So erklärte bereits am 17.2.63 der damalige US-Kriegsminister McNamara: „Die Atomstreitmacht der USA ist instand, einen nuklearen Überraschungseinsatz zu überstehen und mit genügender Wirkung zurückzuschlagen, um die Raketenraketensysteme des Feindes zu zerstören. Wir können gezwungen sein, mit einem einzigen massiven Angriff einen Vergeltungsschlag zu führen.“ Das zeigt, daß die jetzt angekündigte Änderung der Atomstrategie „nichts entscheidend Neues“ ist.

Außerdem liegt es auf der Hand, daß eine publizistisch so offen angekündigte „neue Strategie“ in erster Linie politischen Zielen dient, d.h. als Hinweis an die Adresse des „Partners“ (der Sowjetunion) zu verstehen ist.

Die Ankündigung der „neuen Strategie“ ist insofern mit den atomaren Drohungen der US-Imperialisten während der Berlin-Krise und der Cuba-Krise zu vergleichen. In beiden Fällen hatten die Drohungen einen gewissen Erfolg (kein separater Friedensvertrag mit der DDR, obwohl von Chruschtschow versprochen, weitere Schritte zur Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus, Abzug sowjetischer Atom-Raketen von Cuba).

Das konkrete Ziel, das jetzt mit solchen Drohungen verknüpft ist, ist ganz offensichtlich die Forderung, sich aus dem arabischen Raum herauszuhalten und die Kissingersche Diplomatie nicht durch gewisse Garantien an die arabischen Staaten zu gefährden, die die arabischen Staaten zu weniger Zugeständnissen an Israel veranlassen könnten. Es liegt ganz auf der Linie, die schon während des jüngsten Nahostkrieges durchgeführt wurde, als die USA einen weitestwärtigen Alarm ihrer strategischen Streitkräfte löschten. Und der Hintergrund dieser Presseveröffentlichungen über eine angebliche neue Atomstrategie ist sich dann auf die einfache Formel bringen SALT Abkommen II nur, wenn die

köpfe Die USA gestanden der SU wegen diesem wichtigen waffenrechtlichen Vorsprung eine größere Anzahl von Langstreckenraketen zu. Es ist klar, daß so ein Vertrag das Wettrennen nicht beenden konnte und es ja auch nicht getan hat. Insbesondere wird keiner der beiden auf seine Bemühungen verzichten, die Fähigkeit zum ersten Schlag zu erreichen. Die USA stellen die Entwicklung nun so hin, als würde die Rüstungspolitik der Sowjetunion die vereinbarten Grundlagen des für fünf Jahre abgeschlossenen SALT Vertrages nämlich den amerikanischen Vorsprung – unterlaufen und die USA zu einer schärferen Gangart zwingen (die sie jedoch ohnehin eingeschlagen haben), und „rechtfertigen“ damit ihre eigene Aggressionspolitik durch Gegenmaßnahmen ihres Gegners. Die ganze Argumentation ist zugeschnitten auf den Verhandlungsspielraum um ein zweites SALT Abkommen.

Dies ist jedoch nur der eine Aspekt und nicht einmal der entscheidende

losließen. Und der Hintergrund dieser Presseveröffentlichungen über eine angebliche neue Atomstrategie läßt sich dann auf die einfache Formel bringen SALT-Abkommen II nur, wenn die Sowjetunion sich momentan zurückhält und nicht „überschießt“. Der Vergleich mit einem anderen Junkium (Handelskredit und Zollpräferenzen) nur dann, wenn sowjetische Juden ungehindert nach Israel ausreisen können) liegt auf der Hand. In der Regel und die USA mit dieser Politik gegenüber den Sowjetrevisionisten gut gefahren – kein Grund für sie, von dieser Methode abzuweichen.

Bei all diesem Pokern zwischen den USA und der Sowjetunion, der die nächste Aufrüstung dieser beiden Mächte geradezu erzwang, sollte man aber nicht vergessen, daß beide ihre Waffen nicht nur gegeneinander gerichtet haben, sondern auch jeder für sich die Volksrepublik China bedrohen.

Militarismus-Kommision des KB/Gruppe Hamburg



Soldaten der Volksbefreiungsarmee und Grenzbewohner versammeln sich im März 1969 um einen sowjetischen Panzer, der bei den Kämpfen um die chinesische Insel Dachenbo abgeschossen wurde. So werden alle Aggressionen gegen die VR China scheitern!

Soldaten der Volksbefreiungsarmee und Grenzbewohner versammeln sich im März 1969 um einen sowjetischen Panzer, der bei den Kämpfen um die chinesische Insel Dachenbo abgeschossen wurde. So werden alle Aggressionen gegen die VR China scheitern!

getötet worden seien. Von diesem „Volksaufstand“ hatte nicht einmal die in Indien beherbergte reaktionäre Gruppe des ehemaligen „Dalai Lama“ von Tibet etwas gewußt.

Ähnlich wurde eine „nationale Befreiungsbewegung der Mongolen“ erfunden, die von der chinesischen Armee in den letzten Jahren angeb-

derheiten helfen“) einen Überfall auf China zu führen, mit der Absicht, zunächst einige der chinesischen Randgebiete in „unabhängige“ Vasallenstaaten der Sowjetrevisionisten zu verwandeln.

In seiner Rede auf dem IX. Parteitag der KP Chinas sagte Lin Biao (April 1969): „Wir dürfen keinesfalls

einen Krieg in großem Ausmaß und sehr bald vom Zaune brechen. Wir müssen sowohl darauf vorbereitet sein, daß sie einen Krieg mit konventionellen Waffen entfesseln, als auch darauf, daß sie einen großen nuklearen Krieg entfesseln. Kurz gesagt, wir müssen unsere Vorbereitungen treffen.“

EIN JAHR NACH DEM PARISER ABKOMMEN:

Immer noch kein Frieden in Vietnam

Am 27. Januar 1973 wurde in Paris das Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam geschlossen.

Ein Jahr danach legte das Außenministerium der DRV („Nordvietnam“) ein Weißbuch vor, das über die Verletzungen des Pariser Abkommens durch die US-Regierung und die Saigoner Verwaltung Auskunft gibt.

In dem Weißbuch der DRV wird zunächst auf den Inhalt des Pariser Abkommens hingewiesen: „Nach diesem Abkommen verpflichteten sich die USA, die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams und das Selbstbestimmungsrecht der südvietnamesischen Bevölkerung anzuerkennen, jede militärische Aktivität in den zwei Zonen Vietnams einzustellen, die Gesamtheit ihrer Truppen, Militärpersonal, Waffen und Kriegsmaterials aus Südvietnam zurückzuführen, ihre militärische Aktivität und

ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einzustellen und dazu beizutragen, die Kriegsschäden zu heilen und zum Nachkriegsaufbau der Demokratischen Republik Vietnam beizutragen. Das Abkommen erkennt die Existenz zweier Verwaltungen in Südvietnam an – die revolutionäre provisorische Regierung der Republik Südvietnam und die Regierung der Republik Vietnam – zweier Heere, zweier Kontrollzonen der zwei südvietnamesischen Seiten und dreier politischer Kräfte (außer den beiden genannten noch eine in Opposition zum Thieu-Regime stehende bürgerliche „dritte Kraft“ – Ann. Red.), und definiert die geeigneten Maßnahmen zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der südvietnamesischen Bevölkerung.“

Weiter heißt es: „Das Pariser Vietnam Abkommen ist Ausdruck des großen Sieges, der vom vietnamesischen Volk im patriotischen Kampf gegen die amerikanische Aggression errungen wurde.“

Jedoch hat sich die US-Regierung der Durchführung des Abkommens stets widersetzt und dessen Verletzungen durch die Saigoner Verwaltung begünstigt, um den amerikanischen Neokolonialismus in Südvietnam und die Spaltung des Landes zu verewigen.

Die Saigoner Verwaltung unternahm nach Inkrafttreten des Pariser Abkommens eine großangelegte Offensive gegen befreite Gebiete. In der Zeit vom 28.1.73 bis 15.12.73 beging die Saigoner Verwaltung 301.097 Verletzungen des Abkommens und zwar 32.466 militärische Überfälle (davon 5287 zummindest auf Regiments-Ebene), 35.532 Artillerie-Bombardements, 14.749 Luft-Bombardements und 216.550 Luft-zu-Luft-Kämpfe.

Das Weißbuch der DRV weist weiter daraufhin, daß unter Bruch des Pariser Abkommens (das die Freilassung aller politischer und militärischer Gefangenen vorsieht) noch 100.000 politische Gefangene in den Gefängnissen der Saigoner Verwaltung gehalten werden, im vergangenen Jahr wurden zudem weitere 36.000 Menschen eingekerkert und gefoltert, 920.000 in KZ's (gemeint sind wohl in erster Linie die häftigen schwerbewachten „Wohrdorfer“ und „Häftlingslager“) geworfen.

Obwohl das Pariser Abkommen ausdrücklich die Garantie der demokratischen Freiheiten für die Bevöl-

kerung vorsieht, hat die Saigoner Verwaltung im vergangenen Jahr im Gegenteil weitere Diktatur, „Dekrete“ erlassen, wodurch z.B. die Pressefreiheit noch weiter eingeschränkt wurde und 27 südvietnamesische Parteien aufgelöst wurden.

Die US-Imperialisten organisierten vor Unterzeichnung des Pariser Abkommens die größte Luftbrücke der Geschichte, um Flugzeuge, Panzer, Geschütze und Munition nach Südvietnam zu bringen. Die US-Regierung hat außerdem 1973 illegal weitere Waffen nach Südvietnam bringen lassen.

Obwohl das Pariser Abkommen den vollständigen Abzug der USA aus Südvietnam vorschreibt, blieben tausende von US-Militärs, getarnt als „Zivilisten“, zurück, um Aufgaben innerhalb der Saigoner Armee und Verwaltung zu übernehmen. Gegenwärtig handelt es sich um 24.000 Personen aus den USA.

Die „Militärhilfe“ der USA nach

Südostraten stieg von 2.735 Mrd. Dollar im 1972/73 auf 4.069 Mrd. Dollar 1973/74.

Das Weißbuch weist auch daraufhin, daß die US-Regierung die Verhandlungen über ihren Beitrag zum Wiederaufbau der DRV durch taktische Manöver immer wieder verzögert und belastet hat.

Eine Lösung kann nur dadurch erreicht werden, daß US-Regierung und Saigoner Verwaltung vom vietnamesischen Volk mit Unterstützung der internationalen Solidarität zur Einhaltung des Pariser Abkommens gezwungen werden. Die USA müssen jede militärische und politische Unterstützung der Thieu-Classe, jede Einmischung in Südvietnam, ebenso wie in Laos und Kambodscha aufgeben. Die Saigoner Verwaltung muß alle Übergriffe auf die befreiten Gebiete einstellen, alle politischen Gefangenen freisetzen und die volle Ausübung der demokratischen Freiheiten garantieren.

Manuel Hernandez, Bergarbeiterführer, auf einer Massenkundgebung der Mineros in Potosi (Bolivien), am 2. Februar 1974:

"Wir sterben lieber stehend, als knieend zu leben!"

Das unbeschreibliche wirtschaftliche Elend und die völlige politische Entrechtung, denen ausserhalb des Industrieproletariats und die Landarbeiter (Campesinos) in Bolivien ausgesetzt sind, führte in den letzten Monaten (zunehmend) zu Streiks und Protestaktionen in verschiedenen Regionen des Landes.

Unmittelbarer Anlass der jüngsten Massenkämpfe waren Preiserhöhungen vor allem bei den lebenswichtigen Grundnahrungsmitteln. Die Inflationsrate betrug hier allein für 1973 rund 100 (einhundert!) Prozent. Das bedeutet die Verdoppelung des Massenelends!

fallstraben durch Barrikaden blockiert haben und Protestmärsche veranstalteten. Die Campesinos derselben Region beteiligten sich mit mehreren tausend Mann an den militanten Aktionen. Mehrere Tage lang können die Arbeiter die Blockade gegen Polizei und Militär verteidigen. Vorübergehend wird sogar der Chef der örtlichen Sicherheitskräfte, General Perez, von den Demonstranten gefangen genommen.

In den folgenden Tagen (21 bis 24 Januar 74) verbreitert sich die Kampffront rasch. Vor allem die Industriearbeiterschaft und die traditionell kampfbewussten Bergleute

hohürnen, nach Verbesserung von sozialen Leistungen und Lohnerhöhungen (die Mineros und ihre Gewerkschaft z.B. verlangen 100 % mehr) wurden vor allem antifaschistische Losungen aufgestellt.

Aufhebung des Koalitionsverbots
Freiheit für alle politischen Gefangenen u.s.m.

Das Faschisten-Regime des Obersten Hugo Banzer antwortete auf die Anklage und die Forderungen der werktätigen Massen mit brutalster Gewalt: Am 28. Januar verhängte die Regierung den Belagerungszustand über das Land und schickte Panzer und Bomber in die Region Cochabamba, um den Widerstand der Massen in einem Blutbad zu erstickten.

Banzer brachte den Zynismus auf, die Empörung und die Kämpfe des bolivianischen Volkes, im Anspielung auf die Ereignisse in Chile, einer 'Kommunistischen Internationale' anzudichten. Diese sei bemüht, "vor kurzem verlorene Positionen in Lateinamerika (!) wiedergewinnen und Bolivien zu einem internationalen Zentrum der Verschwörung (!) zu machen." (So B. wörtlich, lt. Süddeutsche Zeitung So. 1.)

"Unbarmherzigkeit" sei das Gebot der Stunde, erklärte Banzer sogar vor der internationalen Presse und er versicherte, daß gegen die "Extremisten" (sprich des kämpfende Proletariat "mit allen uns gesetzlich und sonstfalls - auch außerhalb des Gesetzes zur Verfügung stehenden Mitteln" vorgegangen würde. (so. lt. SZ)

Neben dem alsbald einsetzenden blutigen Terror der Soldateska versuchten die Faschisten, die Bauern und auch die Landarbeiter gegen die Arbeiter (und insbesondere deren Führer) aufzuheizen. Auf einer Versammlung vor den Bauern rief Banzer: "In meiner Eigenschaft als Volksführer (!) gebe ich Euch die Parole: Schlacht den ersten kommunistischen Agitator tot, der auf den



Kampfbewusste Mineros - mit Dynamit „bewaffnet“

Zur Vorgeschichte

Die werktätigen Massen Bolivians hatten sich im April 1952, gestützt auf bewaffnete Milizen, gegen die brutale Herrschaft der Großgrundbesitzer und der einheimischen Bourgeoisie (die wiederum 'eng mit ausländischem Großkapital verbunden war) erhoben. Dieser heftige Aufstand in der Geschichte Boliviens führte zur Enteignung des Großgrundbesitzes, zur Verstaatlichung der Bergwerke und zur Auflösung der Armee, die der Hauptgarant der bürgerlichen Herrschaft war.

Die Revolution von '52 war die nicht zur proletarischen Klassenherrschaft weitergeführt, weil die kleinbürgerlich-nationalistischen Kräfte in der politischen Führung der Bewegung vorherrschend waren.

Die Regierungsverantwortung ging an die MNR (Nationalistische Revolutionäre Bewegung), deren Führer Paz Estensoro in den folgenden 12 Jahren die Regierungsgeschäfte entweder direkt oder aus dem Hintergrund führte. Estensoro, der 1952 nur mit Hilfe der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften - gegen den Widerstand des alten Regimes - das Präsidentenamt erlangen konnte, baute gegen die proletarisch-revolutionären Kräfte erneut eine Armee auf - was die Enttarnung der proletarischen Milizen bedingte.

Das von der MNR verwirklichte Programm sicherte ihr zwar die Unterstützung der Landarbeiter (deren Status durch eine Bodenreform 'verbessert' wurde),

führte sie aber zunehmend in Gegensatz zur Arbeiterklasse und den Gewerkschaften. Die mehr oder weniger duldsame Haltung gegenüber der Regierung, die namentlich die COB (Dachorganisation der Gewerkschaften) eingenommen hatte, wurde aber erst 1963 (!) aufgegeben.

Der zunehmend pro-imperialistische Kurs des Estensoro-Regimes konnte nicht verhindern, daß nach den Wahlen 1964 (die wieder von der MNR ge-

(die wieder von der MNR gewonnen wurden) mit Barrientos erstmals ein Militärdiktator die politische Bühne Boliviens betrat. Mit diesem Reichs-Putsch wurde eine Serie von gewaltsamen Machtwechseln an der Staatsspitze eingeleitet, die bis 1971 vier Präsidenten jeweils nicht mehr als zwei Jahre gönnte.

Nach einigen Zwischenstapen gelang es im Oktober 1970 dem 'fortschrittlichen' General Juan Jose Torres, das Präsidentenamt zu ergreifen und zwar mit Hilfe der werktätigen Massen, die mit einem Generalstreik ihr Votum für Torres bekräftigten.

Die Regierung Torres wurde im August 1971 durch die Faschisten um Banzer mit einem Militärputsch gestürzt. Der Widerstand von Arbeitern und Studenten, an die noch in letzter Stunde Waffen zur Verteidigung der Regierung Torres ausgegeben worden waren, brach innerhalb weniger Tage zusammen.



Während die Preise Rekordmarken erreichten, waren die Löhne durch einen staatlich verordneten 'Stopp' für das gesamte Jahr 73 eingefroren.

Als das faschistische Banzer-Regime im Januar dieses Jahres nun noch einmal die Verdoppelung des Preises für Mehl, Brot, Teigwaren, Reis, Zucker und Kaffee verfügte und die Waren nicht mehr, sondern immer knapper wurden - gingen die werktätigen bolivianischen Massen in wahre Wut aus. Das Wort "auf die Barrikaden!"

Am 20.1.74 meldete die bolivianische Tageszeitung "Los Tiempos", daß 7000 Arbeiter der Industrieregion um Cochabamba mehrere Aus-

(Mineros) in La Paz, Oruro, Potosi und im Altiplano (Hochebene) kommen ihren Klassenbrüdern durch Streiks und Protestversammlungen zu Hilfe. Am 23. und 24. Januar hatte nach die Streikfront auf mehrere zehntausend Menschen ausgeweitet, nach dem sich auch beträchtliche Teile der Versicherungs- und Bankangestellten zum Kampf entschlossen hatten.

Wie den Informationen der AELA zu entnehmen ist, schlossen sich auch die Bauern erstmals seit 1952 (!) den kämpfenden Arbeitern an (siehe dazu, "Lateinamerika heute", Februar 74).

Neben den Forderungen nach Zurücknahme der verordneten Preise

stischen Agitatoren tot, der auf den Feldern einschneit! Ich ermähnte Euch dazu und übernehme die Verantwortung. Ich werde Euch dafür belohnen!" (lt. FR vom 4.2.1974)

Offenbar spekulierte Banzer hier auf die Wiederholung von Ereignissen aus dem Jahre 1967. Damals war es seinem Gesinnungsfreund Barrientos gelungen, eine Allianz von Militär und Bauernschaft im sogenannten "Pacto Militar - Campesino" zustandzubringen und sogar bewaffnete Bauernmilizen gegen streikende Bergarbeiter einzusetzen (siehe dazu, "Lateinamerika heute", Februar 74 S. 4).

Wie es scheint, ist diese typisch faschistische Taktik diesmal nicht gelungen. Die Bedingungen des Klassenkampfes und die Stellung der Klassenkräfte haben sich seit '67 deutlich geändert. Die Bauern sind nicht auf die Arbeiter losgegangen, sondern haben mit ihnen in dieser Situation gemeinsam gegen das Banzer-Regime gekämpft.

Offenbar hat das im Sold des Faschismus stehende Militär dennoch den Kampf der proletarischen und anderen werktätigen Massen niederschlagen können. Die letzten uns vorliegenden Berichte (aus der bürgerlichen Presse) sind zwar nicht unbedingt eindeutig, was den Zustand des antifaschistischen Widerstandes angeht, vermitteln aber doch ein eindrucksvolles Bild über das Blutbad, das die Faschisten unter den Arbeitern angerichtet haben.

In der bolivianischen Provinz Cochabamba sollen in der vorigen Woche (das ist die Zeit vom 23. 30. Januar, Anm. d. AK-Red.), nach Angaben der katholischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden bis zu 100 (!) Menschen getötet worden sein. (SZ, 5.2.1974)

Bei Großrazien, die von Polizei und Militär vornehmlich in den Arbeitervierteln der Industrieregionen durchgeführt wurden, sollen zahlreiche Antifaschisten festgenommen und zu ihren Kampfgenossen in die Gefängnisse und KZs geworfen worden sein. (lt. FR vom 29.1.1974)

KONTAKTADRESSEN

F. Köpcke
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmündorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
J. Reents
2 Hamburg 13
Postlagerkarte 098 831 A

W. D. Scholz
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Pieppges
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di 17 - 19 Uhr

W. Blankenhorn
24 Lubeck
Postlagerkarte 082 322 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Razzien in Arbeitervierteln sind an der Tagesordnung



ENGLAND

Streiks und Neuwahlen

Für den 28.2.74 hat Premierminister Heath Parla-
mentssitzungen angesetzt

Diesem Entschluß vor vorausgegangen, daß sich die
Bergarbeiter, die seit rund drei Monaten Überstunden
verweigern, in einer Urabstimmung in der letzten Januar-
woche mit 81 % für Vollerhalt ausgesprochen hatten. Am
5.2. beschloß dann die Führung der Bergarbeitergewerks-
chaft (NUM = National Union of Mineworkers), mit
dem Streik am 10.2 um 0 Uhr zu beginnen.
Die Bedeutung dieser Wahl liegt für die englischen Imperi-
alisten darin, abzuwarten, wie die Arbeiterklasse und das
Kleinbürgertum auf die vier hinter ihnen liegenden Jahre
arbeiterfeindlicher Tory-Politik reagiert. Es gibt im Rah-
men der Wahlmöglichkeiten zwischen den bürgerlichen
Parteien Tory und Labour und beim Fehlen einer ernst
zu nehmenden revolutionären Alternative nur zwei Mög-
lichkeiten des Ausgangs der Wahl

1. Angesichts der offen reaktionären Tory-Politik ent-
scheidet sich der Teil entschuldigter Labour-Wähler, die
70 den Tories zum Sieg verhilfen haben, heute wieder
für Labour. D.h. also, Labour hätte es wieder geschafft,
sich in den Jahren der Opposition als glaubwürdige Al-
ternative zu profilieren, zumindest aber als das „kleinere
Übel“. Falls sich die Mehrheit der Wähler für Labour ent-

scheidet, würde das bedeuten, daß die englischen Imperi-
alisten das Tempo und die Offenheit ihrer Angriffe auf
die Arbeiterklasse in gewisser Weise drosseln müßten,
also mehr zum Mittel des sozialdemokratischen Betrugs
greifen müssen, um ans Ziel zu kommen

2. Die andere Möglichkeit besteht darin, daß die un-
glaubliche Demagogie und Erpressungsversuche der
Tories in den letzten Monaten (Dreitage-Week, Not-
standsmaßnahmen usw., s. AK 39) verfangen haben, daß
ein größerer Prozentsatz des Kleinbürgertums, aber auch
der Arbeiterklasse den Lügen, die Gewerkschaften,
Streiks und Kommunisten seien Schuld an der Misere des
englischen Volkes, Glauben schenkt, daß also ein größerer
Teil sich einredet läßt, daß nur eine „starke Regie-
rung“, die „hart durchgreift“, (fachsichtliche Parolen der
Tories im Wahlkampf) die „englische Nation“ ~~_____~~
kann. Die zweite Möglichkeit besteht also in einem Rück-
schritt, in der zunehmenden Fälschung der engli-
schen Gesellschaft.

Ein Wahlsieg der Tories wäre für die englischen Imperi-
alisten der Startschuß für noch heftigere Angriffe, für die
glaublose Knebelung der Arbeiterklasse und dem
Vortreiben der fachsichtlichen Formierung der engli-
schen Gesellschaft auf dem Weg in die EG.

Die Tories haben unter der Führung
von Edward Heath nun seit 1970
die Geschichte der englischen Imperi-
alisten besetzt und dabei recht deut-
lich ihren arbeiterfeindlichen Charak-
ter gezeigt

Einführung des sog. „Antistrikes-
gesetzes“, das die Streikfreiheit auf-
hebt, die Registrierungsfrist für die
Gewerkschaften einführt und Gefäng-
nis- und Geldstrafen für „illegale“
Streiks verbietet (s. AK 21)

Eine Lohnpolitik, die den Kapit-
alisten bei Lohnstop bzw. Lohnrück-
satz von 7 - 8 % für die Arbeiter unge-
heure Profite bescherte
Eintritt in die EG - gegen den
Willen der Mehrheit der Engländer

Zunehmende antikomunistische
Heiße, Verfolgung linker Menschen
und Organisationen in England
Häufige Verfolgung der Irish Re-
publican Army (IRA) in
England und Irland

arbeiterfeindliche Maßnahmen geben

Labour: Orientiert die Arbeiter aufs Parlament und schlägt nach links

Die Labour Party ist eine sozialde-
mokratische Partei, deren Wähler-
schaft traditionell in der Gewerk-
schaftsbewegung und der Arbeiter-
schicht wurzelt und die sich aufgrund
dessen nicht so offen auf reaktionäre
Parolen (Nationalismus, Faschismus
usw.) stützen kann und die bei der
praktischen Durchführung der Ge-
schäfte der Kapitalisten größere Rück-
sichten auf ihr Image als „Arbeiter-
partei“ nehmen muß, d. h. mehr das
Mittel des geschickt getarnten Betrugs
an den Arbeiterinteressen einsetzt
muß

1970 war dies Image der Labour

Partei als „Arbeiterpartei“ ziem-
lich zerfallen, so daß die Tories sagten
Darin kam einerseits die Enttäuschung
breiter Arbeiterschichten, die sich z.
F. in Nicht-Wahl äußerte, zum Aus-
druck (So war die Wahlbeteiligung
mit nur 72 % laut „Spiegel“) wesent-
lich niedriger als erwartet) Anderer-
seits aber ist es den Tories als traditi-
oneller Partei des Kleinbürgertums of-
fenbar gelungen, einen gewissen Teil
auch der Arbeiter für sich zu gewin-
nen

Die Labour Party hat in den letz-
ten Jahren und vor allem in den letz-
ten Wochen versucht, sich als „linke“
Alternative zu profilieren, indem sie
kräftig auf Opposition machte

So schwingt Wilson, Chef der La-
bour Party, gegenwärtig radikale Pa-
rolen zur Inflation „Mehr als irgendwo
sonst betrug Heath unser Volk mit
den Preisen ...“ Und anlässlich der Er-
höhung des Gehaltes eines Managers
einer großen Firma von 55 000 Pfund
auf 65 000 Pfund im Jahr sagte Wil-
son „Der Bergmann der Markham
Grube der letzte Woche umkam, er
wurde, wenn er noch lebte, 28 1/2 Jahre
in der Grube brauchen, um 55 000
Pfund zusammen zu bekommen. Seine
Lohnforderung lehnte Heath ab. Aber
55 000 Pfund für den Manager
heißt man nicht für ausreichend und so
bekommt er noch weitere 10 000
Pfund!“

Außerdem verspricht Wilson die
Ab Abschaffung des Antitrustgesetzes,
die Abschaffung der Preisbehörde,
die Senkung des Mindestlohn usw. Da-
bei läßt sich leicht bewahren, daß die
Labour Party in der Zeit ihrer Regie-
rung (64 - 70) haargenau die gleiche
Politik wie die Tories verfolgte (wenn
auch mit anderen, oben sozialdemo-
kratischen Methoden), wenn wir die
Folgen für die Arbeiter als Maßstab an-
nehmen

1970 war dies Image der Labour
Party als „Arbeiterpartei“ ziem-
lich zerfallen, so daß die Tories sagten
Darin kam einerseits die Enttäuschung
breiter Arbeiterschichten, die sich z.
F. in Nicht-Wahl äußerte, zum Aus-
druck (So war die Wahlbeteiligung
mit nur 72 % laut „Spiegel“) wesent-
lich niedriger als erwartet) Anderer-
seits aber ist es den Tories als traditi-
oneller Partei des Kleinbürgertums of-
fenbar gelungen, einen gewissen Teil
auch der Arbeiter für sich zu gewin-
nen

Die Labour Party hat in den letz-
ten Jahren und vor allem in den letz-
ten Wochen versucht, sich als „linke“
Alternative zu profilieren, indem sie
kräftig auf Opposition machte

So schwingt Wilson, Chef der La-
bour Party, gegenwärtig radikale Pa-
rolen zur Inflation „Mehr als irgendwo
sonst betrug Heath unser Volk mit
den Preisen ...“ Und anlässlich der Er-
höhung des Gehaltes eines Managers
einer großen Firma von 55 000 Pfund
auf 65 000 Pfund im Jahr sagte Wil-
son „Der Bergmann der Markham
Grube der letzte Woche umkam, er
wurde, wenn er noch lebte, 28 1/2 Jahre
in der Grube brauchen, um 55 000
Pfund zusammen zu bekommen. Seine
Lohnforderung lehnte Heath ab. Aber
55 000 Pfund für den Manager
heißt man nicht für ausreichend und so
bekommt er noch weitere 10 000
Pfund!“

Außerdem verspricht Wilson die
Ab Abschaffung des Antitrustgesetzes,
die Abschaffung der Preisbehörde,
die Senkung des Mindestlohn usw. Da-
bei läßt sich leicht bewahren, daß die
Labour Party in der Zeit ihrer Regie-
rung (64 - 70) haargenau die gleiche
Politik wie die Tories verfolgte (wenn
auch mit anderen, oben sozialdemo-
kratischen Methoden), wenn wir die
Folgen für die Arbeiter als Maßstab an-
nehmen

- Labour bereitet den Eintritt in die
EG vor (der jetzt lauthals von ihr
kritisiert wird)
- Labour legte 69 den ersten Ent-
wurf für das Antitrustgesetz vor
- Labour gab 65 Lohnsteilungen her-
aus und ging 66 zum totalen Lohn-
stop über

Diese wenigen Beispiele mögen ge-
nügen um zu zeigen, daß sich die Poli-
tik der Labour Party nicht grundsätz-
lich von der der Tories unterscheidet
wenn das auch beide glauben ma-

der Gesellschaft ist etwas, was wir
durch den Stimmzettel, nicht durch
industrielle Aktion ansprechen

Demgegenüber Michael Foot, Mit-
glied der „linken“ Labour-Fraktion
im Parlament, die sich nach der Wo-
chenzeitung „Tribune“ nennt und die
rund 50 Abgeordnete stark ist

Diese Abgeordneten-Gruppe hat
sich übrigens scharf und öffentlich ge-
gen die antikomunistischen Angriffe
auf McGahey ausgesprochen, und zwar
sowohl gegen die Angriffe aus der kon-
servativen Ecke (Heath im Fernsehen,
s. AK 39) als auch der sozialdemo-
kratischen So lehnte sie und darüber hin-
aus mehr als die Hälfte der Labour-
Fraktion im Parlament es ab, ein Pa-
per der Parteiführung zu unterschrei-
ben, in dem die Aussagen McGaheys
scharf verurteilt werden! Ein Vorgang,
den man sich bei der bundeseuropäi-
schen Ausgabe der Sozialdemo-
kraten nicht vorstellen kann!

Die Tribune-Gruppe scheint in Eng-
land die Funktion inne zu haben, die
in Westdeutschland die Jusos ausüben
Integration linker Kreise, die die offi-
zielle sozialdemokratische Politik mit
einem sozialistischen Anspruch kritie-
sieren, und Bestärkung der Illusion,
man könnte durch Arbeit und Kritik
innerhalb der Partei, die Parteiführung
zur Änderung des arbeiterfeindlichen
Kurses zwingen

Ein wichtiger Unterschied zwischen
der englischen und westdeutschen so-
zialdemokratischen Partei scheint aber
darin zu bestehen, daß engische diese
sozialistische Opposition in England
wesentlich größer ist, zweitens, daß
sie und die Arbeiterklasse nach dem
II Weltkrieg die Labour Party mehrere
Male als Regierungspartei erleben durf-
ten, drittens, daß sie einen erheblich
größeren Einfluß in der Gewerk-
schaftsbewegung hat, bzw. sich z. T.
auch daraus rekrutiert

Im Grunde kann man sagen, je
schärfer die Kritik an der offiziellen
Parteipolitik, desto schwieriger wird
die Aufgabe, „Integration“ zu leisten,
seu, desto wortradikaler müssen sol-
che Gruppierungen werden Auf die-
sem Hintergrund ist wohl auch die of-
fene Ablehnung der Parteiführungs-
revers im Parlament zu sehen. Denn

übernehmen, die wir damals vertra-
ten (!) Wenn wir wieder an die Macht
kommen, wird Labour sehr viel radi-
kaler regieren, als damals
(„Spiegel“ 7/4)

Heute und bis in fernerer Zukunft
die Arbeiter auf die „Umwandlung
der Gesellschaft durch den Stimmzei-
tel“ Während aber Prentice als typi-
scher rechter Demagoge die Aufgabe
übernimmt, die Arbeiter gegen die
Kommunisten aufzuhetzen („... die
verführte Mehrheit - nimm - sich
zur Wehr setzen ...“) kann sich Foot
hinsetzen und sagen: die Behauptung
einer „kommunistischen Verschwö-
rung“ sei absurd, da die Kommunisten
kein Einfluß hätten - was et-
was zweifellos eine realistische Ein-
sicht ist, zweitens aber ja gerade
unter anderem Fühnen der Arbeit
solcher Demagogen vom Schlage eines
Prentice ist!

D. h., die scheinheilige und schein-
bare „Kommunistenfreundlichkeit“
eines Foot ist nur die andere Seite der
hohen Heiße und des Arbeiterverrats
eines Prentice!

An Foots Aussagen wird auch sehr
deutlich, wie bewußt die Sozialdemo-
kraten herangehen, die Arbeiter von
der Revolution abzuhalten. Er spricht
offen davon, daß viele Bergleute infolge
ihrer Ausbeutung (!) Kommunisten
sien, er stellt diese Weltanschauung
als notwendige Folge der tatsächlich
vorhandenen Ausbeutung - die er
nicht abstreift! - dar. Ansonsten
ward von der Sozialdemokratie der
Kommunismus ja immer als etwas der
Arbeiterklasse Fremdes, Aufgesetztes
dargestellt, wozu „Agenten“ und
„Provokateure“ die Arbeiter erst über-
reden müßten usw. auf

Er sagt weiter, daß das gegenwärti-
ge „revolutionäre Potential“ in Eng-
land aber noch kein „Ventil im Parla-
ment finden kann“ Die Worte, die er
wählt, veraten das, was er meint. Mit
einem Ventil läßt man Luft ab, wenn
zuviel (revolutionärer) Druck besteht,
um das Platten zu verhindern und
haargenau das ist die Aufgabe der So-
zialdemokratie das „Platten“ des Ka-



Der Bergarbeiterführer McGahey wird von jubelnden Bergleuten umdrängt, als bekannt wurde, daß der Vorstand sich
für Streik ~~_____~~

auszureden, in der Isolierung und Kri-
minalisierung ihrer Führer der Kom-
munisten liegt Gerade dies wird
angewandt der größeren Militanz der
Arbeiter durch die offen arbeiter-
feindliche Politik der Tories eine der
Kardinalaufgaben einer neuen Labour
Regierung sein

Bei dieser Desorientierung der Ar-
beiterklasse unterscheiden sich La-
bour „Linke“ und Labour Rechte nur
im Ton Hören wir erst Reginald Pren-
tice - ein Rechtsradikal, der aus der
Gewerkschaftsbewegung kommt, zu-
ben Jahre lang Rechtsberater der
Transportarbeitergewerkschaft war (!)
und von Wilson letztes Jahr zum Ab-
teambisminister (!) des „Schattenkabi-
netts“ der Opposition ernannt worden
ist „Die gemäßigten und vernünftigen
Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder
muß sich gegen die militante Minder-
heit, die in den Begriffen einer über-
hoffen Klassenkampfes denkt, bei
Wehr setzen Ich unterstütze voll die
Bergarbeiter in ihrer Forderung nach
höheren Löhnen Ich unterstütze aber
nicht die Argumente von Lewins, wie
McGahey (Mitglied der Exekutive der
Bergarbeitergewerkschaft, außerdem
führendes Mitglied der revisionisti-
schen „Kommunistischen Partei“ CP
Ann AK) Er spricht, als ob das
altrein ein Teil des Kampfes für den
Umsturz der Gesellschaft sei. Es ist
nichts dergleichen. Die Umwandlung

inhaltlich unterscheiden sich - wie
oben gesagt - die Aussagen der „lin-
ken“ und rechten Sozialdemokraten
nur in Nuancen Das wird auch an den
Aussagen Michael Foots in einem
„Spiegelgespräch“ von Anfang Januar
deutlich

Foot ... wohl existiert in England
ein revolutionäres Potential Aber die
se Revolution wird, so hoffe und glau-
be ich, mit parlamentarischen Mitteln
verwirklicht werden, und es besteht
kein Grund, warum die gegenwärtigen
wirtschaftlichen oder revolutionären
Wandlungen in England ihr Ventil (!)
nicht im Parlament finden können
Aber niemand vermag zu prophesieren,
was passieren wird, falls der Drei Tage
Woche auf unsehbarer Zeit beibehal-
ten wird

Spiegel Manche Konservativen be-
haupten, Kommunisten führten diesen
Streik und hätten sich gegen diesen
Staat dazu verschworen
Was sagen Sie dazu?

Foot Wer sich eine solche Schlußfol-
gerung zu eigen macht, ist dumme Die
der Arbeiterkampf hat überhaupt nichts
mit einer kommunistischen Verschwö-
rung zu tun Kommunisten hat es un-
ter den Kumpeln immer gegeben, das
ist ein Teil ihrer Geschichte, eine Fol-
ge ihrer Ausbeutung (!) Wir Linken
haben Harold Wilson - als er regierte
wegen manchem Fehler hart kriti-
siert Jetzt hat die Partei jene Politik

Mitteilung

1 Der für diese Ausgabe angekün-
digte Artikel über die Politik
der „super-linken“ „KPD/ML“ auf
der HDW - Hamburg muß aus
redaktionellen Gründen verschoben
werden. Er wird im AK 41
erscheinen

2 Es wird offenbar von interre-
vierter Seite gezielt das Ge-
richt ausgetrennt, daß es in den
zurückliegenden Wochen aus den
Werften Zeilen des KB Übertritt
zu größeren Umfangs der
„KPD/ML“ gegeben habe

Das ist Unnutt! Richtig ist
vielmehr, daß ein Genosse von
der Zeilen Leitung Werften aus
dem KB ausgeschlossen wurde,
nachdem er sich in grundlegenden
Frage des Klassenkampfes
gegen die Positionen des KB po-
stelli hatte - aber nicht bereit
war, über die strittigen Fragen
auch nur zu diskutieren

Das Leitende Gremium hat
diesem Ausschluß beistellt
Zeilen Leitung Werften
KB-Gruppe Hamburg

Korrektur

Aus einem technischen Versehen
wurden die Bildunterschriften der
beiden Fotos auf S. 10, AK 39 mit
einander vertauscht

Forti, England

Präliminar zu verhindern!
Foot hat leider Recht, wenn er die Bewegung in der englischen Arbeiterklasse so einschätzt, daß die Kommunisten kaum Einfluß haben und die Sozialdemokraten sie noch auf parlamentarische Methoden lenken kann. Man muß wahrheitsgemäß sagen, daß es heute 1974 leichter ist, als es 70 oder 71 war. Die massenhaften politischen Aktionen und Demonstrationen sind abgeklaut. Anlässe, die noch vor einigen Jahren zu Tausenden auf die Straße gebracht haben (hören Sie zu Demonstrationen von nur ein paar Tausenden).

Die folgende Darstellung der Bewegung seit 70 ist zum Verständnis bei Fragen wie es zu dieser Abwärtsentwicklung kam.

**Blitz:
VON PENTONVILLE
ZU SHREWSBURY**

**Die Kämpfe gegen
das Antistreikgesetz**

Die Jahre 69, 70 und 71 standen im Zeichen der Kämpfe gegen das Antistreikgesetz. Die Labour-Arbeitsministerin Barbara Castle legte 69 den ersten Entwurf dieses Gesetzes vor, mit dem die Streikfreiheit der Gewerkschaften aufgehoben und Strafen für „wildes“ Streiken eingeführt werden sollten.

Die Empörung über dieses Gesetz war in der Arbeiterklasse so groß, daß es zu zahlreichen politischen Warnstreiks und Demonstrationen kam. Organisiert wurden diese Kämpfe in der Regel nicht von den Gewerkschaftsführungen, sondern von betrieblichen und überbetrieblichen Shop-Steward-Komitees, Komitees also von betrieblich gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. Darüber hinaus entstanden 69 die sog. „Komitees zur Verteidigung der Gewerkschaften“, die im nationalen Rahmen politische Massenkampagnen gegen das Gesetz durchzuführen begannen.

Initiiert wurden diese Massenorganisationsformen offensichtlich von verschiedenen politischen Organisationen, die wichtigsten waren dabei die revisionistische CP und die aus der trotzkistischen Bewegung hervorgegangene kommunistische Organisation International Socialists (IS). Im Londoner Verbindungskomitee zur Verteidigung der Gewerkschaften stellte die CP den Sekretär und den Vorsitzenden.

Es müßte genau untersucht werden, welche politischen Vorstellungen in diesen Komitees vorhanden waren, welchen Einfluß die verschiedenen linken Organisationen hatten usw., um über die Bedeutung dieser Massenorganisationen Genaueres sagen zu können. Fest steht allerdings, daß die breiten politischen Massenkampagnen ohne diese Komitees nicht denkbar gewesen wären.

● Am 27.2. und 1.3. 1969 folgten rund 200 000 Arbeiter und Angestellte dem Streikaufruf der Komitees.

● Es kam eine Sonderkonferenz

des TUC* erwungen werden auf der das Gesetz abgelehnt wurde.

● Aufgrund dieser breiten Opposition sah sich die Labour Regierung gezwungen den Gesetzesentwurf zurückzuziehen (noch 69!).

● Nach der Regierungsübernahme der Tories im Sommer 70 und der erneuten Vorlage des Gesetzes durch Arbeitsminister Robert Carr, riefen die Komitees zu einer Arbeitertagung in London auf, an der sich über 1 800 Gewerkschafts-Delegierte aus ganz England beteiligten. Die ganze Bedeutung dieser Tatsache wird daran klar, daß es sich hier nicht um eine offiziell von der Gewerkschaftsführung einberufene Konferenz handelte, sondern um eine im wesentlichen von Kommunisten und Sozialisten organisierte.

● Im November 70 streikten über 1 Million Arbeiter gegen das Gesetz.

● Im Januar und Februar 71 gab es kaum einen Tag ohne Massendemonstrationen und Warnstreiks. Höhepunkt war eine vom TUC organisierte Demonstration durch London, an der sich 140 000 Menschen beteiligten.

● Am Tag der Sonderkonferenz des TUC am 18.3.71 streikten nach dem Aufruf durch die Komitees und zwei Einzelgewerkschaften rund 3 Millionen Arbeiter.

Trotzdem wurde das Gesetz 71 verabschiedet. Der Kampf der englischen Arbeiterklasse war verloren worden durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung im TUC, die ständig versucht hatte, die Kampfaktionen zu hintertreiben und sich auf der Sonderkonferenz sogar gegen Kampfmaßnahmen gegen das Gesetz ausgesprochen hatte!

**Kämpfe der Bergarbeiter und
Eisenbahner im Frühjahr 72**

Die nächsten Stationen der englischen Arbeiterbewegung waren der Bergarbeiterstreik im Januar/Februar 72 und der Eisenbahnstreik im März/April 72. Hierbei ging es um die Frage, Schaffen es die Tories im Auftrag der englischen Imperialisten und unter Anwendung des Antistreikgesetzes, der englischen Arbeiterklasse Lohnabschnitte von 7-8 % aufzuzwingen?

Wenn man diese Frage vom Ergebnis der erkämpften Lohnerhöhungen her beantworten will, so muß

man sich diese Frage vom Ergebnis der erkämpften Lohnerhöhungen her beantworten will, so muß man so eindeutig verneinen. Die Bergarbeiter erkämpften sich 20 %, die Eisenbahner 13,5 %. Dieses Nachgeben der konservativen Regierung und der Kapitalisten ist nur auf der Grundlage der breiten Solidarität großer Teile der englischen Arbeiterklasse zu verstehen. So solidarisierten sich Transportarbeiter, Kraftwerker, Dockler, Setzer und Drucker in Warnstreiks mit ihren kämpfenden Kollegen.

Einem politischen Teilzug allerdings trugen die Kapitalisten und ihre Regierung im Eisenbahnstreik davon, sie setzten die erste Anwendung des Antistreikgesetzes durch, worauf sie beim Bergarbeiterstreik noch verzichteten hatten, und zwar zwangen am die Eisenbahner nach der Urabstimmung, die eine über

wältigende Mehrheit für Streik gegen das „Abkühlungsperiode“ von 14 Tagen zu

Daß die Eisenbahner nach den 14 Tagen ihren Kampf wieder voll aufnehmen, spricht für die ungebrochene gewaltige Kampfbereitschaft der Kollegen.

Daß allerdings die „Abkühlungsperiode“ durchgesetzt werden konnte und, soweit wir dies beurteilen können, auch weitgehend eingehalten wurde, zeigt, daß die Eisenbahner sich mit dem Gesetz, gegen das es noch ein Jahr zuvor hart gekämpft hatten, als parlamentarisch verabschiedetes Gesetz abgefunden hatten.

**Illegalisierung „wilder“ Streiks
und der Kampf der Docker**

Nach der Durchsetzung der „Abkühlungsperiode“ kam es Kapitalisten und Tories beim Dockersstreik im Sommer 72 darauf an, die Illegalisierung spontaner, also nicht von der Gewerkschaftsführung ausgerufenen Streiks zu erzwingen. Das ist überhaupt das Kernstück des Gesetzes. Während hier in der BRD Streiks in der Regel erst auf Anordnung der Gewerkschaftsführung begonnen werden und „wilde“ Streiks aber die Ausnahme sind, wurden in England bisher 95 % aller Streiks (!) durch die Arbeiter selbst begonnen. Die Gewerkschaftsführung zog immer erst gewerkschaftsrechtliche nach mit der offiziellen Erklärung der Streiks.

Das war bislang für die englischen Arbeiter „so tragisch“, da sie, was die finanzielle Unterstützung während der Streiks angeht, nicht auf die Gewerkschaftsführung angewiesen waren: In England zahlen nicht die Gewerkschaften Streikgeld, sondern die staatliche Sozialfürsorge (siehe AK 39).

Diese relative Unabhängigkeit der englischen Arbeiter von der reformistischen Führung muß von den Kapitalisten abgebaut werden, wollen sie die Arbeiter „zur Räuber“ bringen. Dies geschah einmal durch die Illegalisierung „wilder Streiks“ durch das Gesetz, dies soll zum zweiten durch die geplante Streikung der Streikunterstützung gehen. Damit treibt man die Arbeiter in die Arme der Arbeitervertreter in der Gewerkschaftsführung, deren Verlässlichkeit im Sinne der Kapitalisten man kennt.

Die Anwendung der Bestimmung über „illegale“ Streiks sollte im Streik

der Dockarbeiter zum Ausdruck kommen.

Die Anwendung der Bestimmung über „illegale“ Streiks sollte im Streik der Docker, die im Sommer 72 bereits seit 9 Monaten gegen Massenentlassung und Rationalisierung kämpften (allerdings ohne offizielle „Genehmigung“ seitens der Gewerkschaftsführung), ausprobiert werden. Die Londoner Justiz ließ im Juli fünf Streikführer verhaften. Alle 40 000 Docker legten sofort die Arbeit nieder, 150 000 Arbeiter und Angestellte streikten aus Solidarität. Zig-Tausende demonstrierten in ganz England. (Man vergleihe damit die Zahlen 70/71).

Nach fünf Tagen ließ die Klassenjustiz die fünf „Pentonville Docker“ (nach dem Gefängnis Pentonville, in dem die fünf „wilden“ wieder frei - sie hatten in diesem Fall auf die kompromißlose Anwendung des Gesetzes verzichtet - es hätte angesichts der Mas-

senproteste einen zu hohen politischen Preis gekostet. Man verschob dies auf später, wie wir noch sehen werden.

Typisch das Verhalten der Gewerkschaftsführung. Erst sieben Tage nach der Verhaftung und zwei Tage nach Freilassung der Docker erklärte sie den Streik für offiziell!

Tories und Kapitalisten änderten nach dem Docker-Streik ihre Strategie als setzen erst einmal die unmittelbare Anwendung des Gesetzes aus, ließen die Klassenjustiz allerdings ansetzen, die in den folgenden Kämpfen „Fakten“ und „Beweise“ sammelte, auf deren Grundlage vor zwei Monaten z.B. drei Streikführer zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind* (siehe Kasten).

**Lohn diktiert und Streikverbot -
durchgesetzt.**

Im Oktober 72 verfügte die Regierung einen Lohn- und Preistop bis zum 1. April 73. Während in dieser Zeit die Löhne eingefroren waren, ging die Inflation aber munter weiter.

Dem folgte im Januar 73 das sogenannte „Antinflationsgesetz“, das die Lohnerhöhungen auf 7 bis 8 % begrenzte. Die Gewerkschaftsführung hatte vorher leistungsfähig protestiert, als es soweit war, sagte sie die geplanten und geforderten nationalen Protestaktionen ab. Der „Daily Telegraph“, eine ausgesprochen reaktionäre Zeitung, lobte die Gewerkschaftsführung: „Die Reaktionen der Gewerkschaften (!) auf die neuerlichen Restriktionen für Lohnerhöhungen gestern abend, waren relativ gemäßigt in Ton und Inhalt. Die gab es nicht, was der Regierung Unbehagen bereiten könnte.“

Die Arbeiter und Angestellten organisierten bereits spontan Protestaktionen, die allerdings - verglichen mit ähnlichen 72 oder gar 71 - relativ schwach und zerstückelt waren (Zahlen siehe AK 26).

Trotz anfänglicher Versuche, gegen diese zweite Phase des Lohnbaus anzukommen, mußte es anerkannt werden. Uns ist kein Fall bekannt, in dem es einer Gruppe von Arbeitern gelungen wäre, die zweite Phase zu durchbrechen.

Die Kämpfe gegen die „3. Phase“

Die Kämpfe gegen die „3. Phase“

Größere Kämpfe begannen erst wieder im Herbst, als die Heath-Regierung die 3. Phase ihrer Antinflationspolitik einführen wollte. Der Druck auf die wirtschaftliche Existenz der Arbeiterklasse war bis dahin unerträglich geworden. Preiserhöhungen, die über 20% lagen, demgegenüber seit über einem Jahr Lohnerhöhungen unter 7%!

Am erste Gruppe erkämpften sich die Feuerwahrer Lohnerhöhungen, die bei 25 bis 30% liegen. Das war das Signal für andere Arbeitergruppen, gegen die „3. Phase“ zu kämpfen. Die Bergarbeiter und Eisenbahner meldeten ihre Forderungen an und begannen zu kämpfen.

Die Bergarbeiter weigerten sich seit dem 20. November Überstunden zu machen. Trotz der ungünstlichen

Ökrisen-Kampagne, in deren Verlauf sie als „Lumpen“ und „Kampflizen der Ölkrise“ geg. das allgemeine Volk dargestellt wurden, trotz der aus dem öffentlichen Leben und trotz des Urteils von Shrewsbury stimmten Ende Januar 81% der Bergleute für Vollstreik, dieser Streik läuft seit dem 10.2. Die Kampfbereitschaft der Docker ist so groß, daß in manchen, besonders militärischen Bezirken bereits am 7.2. und 8.2. selbständig mit dem Kampf begonnen wurde.

Aus diesen Gründen konnte es sich die Gewerkschaftsführung auch nicht leisten, angesichts der Neuwahlen, wie von Heath gefordert wurde, den Streik auszuweiten.

Transportarbeiter, Kraftwerker und Docker haben wie beim Bergarbeiterstreik 72 - Solidarität zugesagt. Fliegende Streikposten der Bergarbeiter stehen vor Kraftwerken und in den Häfen, um mit den Hafenarbeitern das Löschen der auslandischen Kohle zu verhindern.

In der letzten Ausgabe der Illustrierten „Stem“ wird berichtet, daß Arbeiter in der Industrie Kohle, die trotz Streikposten in die Fabriken gekommen ist, weiß kochen und sich weigern, sie zu verfeuern. Gegen diese Kampfbereitschaft ist Heaths Konfrontationskammer eine schlechte Waffe. Die Fortsetzung der offenen gegen die Arbeiter gerichteten Politik würde nur die Wut der Arbeiter vergrößern und möglicherweise die Kampffront verbreitern.

In diesem Zusammenhang muß die Neuwahl gesehen werden. Heath hat in den letzten vier Jahren das Programm der englischen Imperialisten (Integration in die EG auf dem Rücken der Arbeiter, Ausbau des Unterdrückungsapparates und der Klassenjustiz) zu ihrer vollen Zufriedenheit durchgeführt - ist allerdings jetzt auf einen unerwartet hartnäckigen Widerstand von Teilen der Arbeiterklasse gestoßen.

Für die Heath-Regierung deutet sich hier die Gefahr einer „Tendenz-Wende“ der Klassenkämpfe an, d.h. ihr erneutes Anknüpfen.

Angesichts der Breite und Härte des Konflikts scheinen für die Kapitalisten die Nachteile, sowohl wirtschaftlicher (Senkung der Produktion durch 3-Tage-Woche) als auch politischer Art (die Vertiefung des Kampfgeistes der Bergleute und der Solidaritätseffekt in der Bevölkerung) zu groß, als daß sich ein heftiges Frei-

gekommen sei, umgehoben oder dem Konfrontationskampf in der Bevölkerung) zu groß, als daß sich ein brutales Zusammenbrechen des Streiks der Bergleute für die Löhne würde. Obwohl es kräftigste dazu jeder Zeit in der Lage wären.

Den Kapitalisten kommt es jetzt darauf an, durch die Wahl abzustimmen, inwieweit die Tories politisch abgewirtschaftet haben, inwieweit die englischen Imperialisten von der unverhüllten arbeitenden politischen Politik zu einer mehr verdeckten Politik des Betruges überwechseln sollten oder anders ausgedrückt, wie das Mischungsverhältnis zwischen Druck und Betrug in Zukunft sein muß, um einerseits das Programm der Imperialisten weiter durchzuführen, andererseits aber die Arbeiterklasse weitgehend ruhig zu halten.

England-Kommunisten des KB/Gruppe Hamburg

Italien:

NEUES FASCHISTISCHES BLUTBAD DURCH ZUFALL VERHINDERT

Über die faschistischen Umrtriebe und Putschvorbereitungen in Italien, worüber wir im letzten AK ausführlich berichteten und einige Hintergründe beleuchteten, erreichen uns inzwischen neue Nachrichten.

Am 22. Januar griffen faschistische Störtrupps nach einer MSI-Veranstaltung in Mailand Genossen von „Lotta Continua“ und des „Movimento Studentesco“ (Studentenbewegung) an. Ein Faschist erboß und verletzte einen Genossen von „Lotta Continua“ in der Brust. Daraufhin entwickelte sich eine einseitige Schlägerei, bei der auch die Polizei eingriff - selbstverständlich auf der Seite der Faschisten. Zehn Genossen wurden verhaftet, mit dem Argument, daß „die Linken zahlreich waren als die Rechten“. Nach einigen Berichten soll die Polizei auch geschossen haben. Ähnliche kriminelle Provokationen der Faschisten fanden auch in Cagliari auf Sardinien statt.

In der Nacht vom 29. Januar wurde durch reinen Zufall ein neues faschistisches Blutbad verhindert, das

bei Gelingen wahrscheinlich noch weit größere Ausmaße als das vom 12. Dezember 1969 in Mailand (strage di stato - Blutbad des Staates mit 16 Toten und 90 Verletzten) gehabt hätte. In der Nähe von Pescara an der Mitteladriatischen Adria-Küste war eine riesige Menge Sprengstoff in der Bahnstation hinter sich gelassen. Damit sollte der Schnellzug „Freccia del Sud“ (Mailand-Rom) getroffen werden, der mit 700 Personen besetzt war. Die Ladung war so montiert, daß sie nur bei einem von Nord nach Süden kommenden Zug hochgehen konnte. Unplanmäßig fuhr aber ein Sonderzug aus Pescara in dem entgegengesetzten Richtung, kurz vor dem „Freccia del Sud“. Dadurch wurde die Zugschraube abgeschnitten, so daß beim kurz darauf entgegenkommenden Personenzug nur ein kleiner Teil der Sprengstoffladung explodierte.

In der darauffolgenden Nacht, am 30. Januar explodierten wiederum in Mailand drei Bomben innerhalb einer halben Stunde gegen das Chemische Institut der Medizinischen Fakultät, gegen ein Café und gegen eine Schule.

Berechnendernweise versuchen die Faschisten bei einigen ihrer letzten Anschläge gar nicht erst, sie den Linken in die Schuhe zu schieben. Teilweise operieren sie ganz offen und hinterlassen sogar bei einigen Attentaten ihre Symbole und Kennzeichen. Einzelne zeigen dies die „Sicherheit“, mit der sie sich bereits bewegen und mit der sie sich auf die Komplizenschaft immer größerer Teile des Staatsapparats verlassen können. Andererseits dokumentiert die festen Willen der Faschisten, mit jedem Mittel Unruhe und Chaos zu stiften und am dem der „Ruf des Volkes“ nach „Ruhe und Ordnung“ erschallen soll, also die „des ästhetische Legi-

timierung“ einer „entscheidenden Wende“, die in der gegenwärtigen Situation aufgrund der noch fehlenden organisatorischen Alternative zur kapitalistischen Ordnung nur eine faschistische „Lösung“ sein könnte. Die revisionistische „KPI“, die mittlerweile mit über 1,5 Millionen Mitgliedern die stärkste „Kommunistische Partei“ in einem kapitalistischen Land ist, setzt sich jedenfalls mit all ihrem Gewicht dafür ein, daß der seit langem geplante Generalstreik gegen die Lebensunterhaltung und für die Sicherung der Arbeitsplätze sich „nicht gegen die Regierung“ richten darf, weil das in der gegenwärtigen Situation „zu gefährlich“ sei (für wen wohl?). Es wird in den Reihen der Gewerkschaftsführungen und der „KPI“ sogar darüber debattiert, ob man den Generalstreik nicht lieber ganz abgeben sollte.

Regional haben währenddessen bereits mehrere grobe Streiks und Demonstrationen stattgefunden. In Neapel beteiligten sich an der dortigen Demonstration am 8. Februar 200 000 bis 300 000 Arbeiter und andere Bevölkerungsklassen.

Zu den Enthüllungen über die faschistische Ausrichtung des Polizei- und Staatsapparats (siehe unsere

Artikel im letzten AK) und inzwischen die Enthüllungen über den „Öl-Skandal“ hinzugefügt, in Italien ist Konfrontation notwendig, daß die ganze sogenannte „Öl-Krise“ mit der der Arbeiterklasse dort wie hier Konsumverzicht und „Volksgemeinschaft“ (mit den Kapitalisten) gepredigt wird, von den Konzernen manipuliert und manipuliert wurde. In der italienischen Presse hieß es, daß die Erdölkonzerne aufgrund von Preiserhöhungen der arabischen Förderländer um mehr 700 DM pro Tonne Rohöl bezahlen müßten, und daß daraus auch der Preisanstieg für die Bevölkerung gerechtfertigt wurde. Tatsächlich weisen die bekanntgewordenen Bilanzen der italienischen Ökonomie aber nur 160 DM pro Tonne aus. Die gezielte Lügen- und Hetzkampagne der Presse und die entsprechenden Verordnungen der Regierung auf Kosten der Ökonomie in Italien sich mit Schmeicheleien in einer Höhe von über 80 Millionen DM. Und mindestens einer dieser italienischen Ökonomie ist die Schwarzgelei auf die Regierung zählten, nämlich Riccardo Cossiga, der derselbe, der auch die faschistischen Organisationsstrukturen in Italien finanziert. ■

Ghaddafi, Bourguiba, Peron... die 'KPD/ML' hat Freunde überall in der Welt!

Ghaddafi stützt sich auf eine ziemlich breite Basis im Volk. Er schafft ziemlich demokratische Verhältnisse an der Basis (11), was zu einer Volksbewegung der breiten Massen zur Beseitigung der imperialistischen Überfremdung führte. Er bewaffnet jetzt das ganze Volk, um imperialistische Umversuche in seinem Land im Voraus zu vereiteln. Sein Einfluß unter den Massen der übrigen arabischen Länder wächst und er nimmt immer mehr die Stellung eines allerbischoflichen Führers ein.

Diesem „Einschätzung“ des libyschen Präsidenten Ghaddafi wird von einigen Monaten im „Roten Morgen“ der „KPD/ML“ zu finden („RM“ 27/73, S. 5). Der „Rote Morgen“ hat offensichtlich Schwierigkeiten, solche „nationalen“ Regimes wie das Libyens und andere „fortschrittliche“ arabischen Staaten korrekt einzuschätzen. Ganz allgemein neigt die „KPD/ML“ dazu, die „fortschrittlichen Charakter“ solcher in Wahrheit z.T. offen faschistischen Regimes überzubewerten, zumindest hinsichtlich ihrer Rolle im „Kampf gegen die Supermächte“.

So schrieb der „Rote Morgen“ etwas später, Ghaddafi sei zwar ein „erhöhter Antikommunist“ (dies immerhin was inzwischen erkannt worden), aber (trotzdem (oder etwa gerade deswegen?) und er „etwas tückisches Glied in der Front der arabischen Völker... weil er eine gegen das Komplott der Supermächte gerichtete Politik verfolgt.“ („RM“ 30/73, S. 5).

Über die arabischen Regimes allgemein schrieb der „Rote Morgen“: „Die Mehrheit der anderen arabischen Regierungen (soll heißen außer Libanon - Anm. Red.) wie Ägypten, Syrien und Libyen stehen geschlossen hinter den Palästinensern (!). Libyens Staatspräsident Ghaddafi hat ihnen das gesamte Potential Libyens zur Unterstützung zugesagt... Die arabischen Völker und die fortschrittlichen Regierungen sind geschlossen, denn ja.“ („RM“ 19/73, S. 5).

Hier werden die Tatsachen völlig auf den Kopf gestellt. Die Regimes von Ägypten, Syrien etc. denken gar nicht daran, die Palästinenser konsequent zu unterstützen, schon deshalb nicht, weil sie eine vergleichbare revolutionäre Bewegung im eigenen Land fürchten. Die „Geschlossenheit“ zwischen Volk und Regime gehört zwar zu typischen bürgerlich-nationalistischen Propaganda der arabischen Regimes, nimmt sich aber im Mund von Kommunisten (oder von linken Regimes) immer wie ein Wort im Mund von Kommunisten (oder von Leuten, die die „linken“ Kommunisten überhaupt nicht wollen) sehr seltsam aus. Die super-„linken“ „KPD/ML“ fällt mit solchen Fehl-„Einschätzungen“ noch hinter die Bewusstheit und Klarsicht einer national-revolutionären Befreiungsbewegung wie „Al Fatah“ zurück, die die arabischen

Regimes immerhin realistischer einschätzt.

Unfähig, die bürgerlichen arabischen Regimes korrekt einzuschätzen, fand der „Rote Morgen“ nach dem letzten israelisch-arabischen Krieg nur Formulierungen wie „Diktat der Supermächte“ und „Waffenstillstandsdiktat“ (s.B., „RM“ 43/73 und 44/73). Er stellte damit auch den Grundsatz der Dialektik auf den Kopf, daß die im arabischen Widerstand das entscheidende sind, und daß der äußere Anstoß aus mittels der inneren Widersprüche wirkt. Konkret angewandt der Waffenstillstand in Nahost ist nicht in erster Linie aus dem „Diktat der Supermächte“, sondern aus den Interessen der unmittelbaren Bourgeoisien (vor allem Ägypten und Israel) zu erklären. Das Eingeständnis dieser Tatsache würde aus der „KPD/ML“ aber nicht erlauben, ihre Angriffe gegen die Sowjetunion in der gewünschten Weise führen zu können. Also hängt man schon lieber den arabischen Regimes das Etikett „fortschrittlich“ um, damit man dann umso lauter über das „Diktat der Supermächte“ etc. schreien kann.

Auch im Zusammenhang mit dem „Ölboykott“ zeigte sich die falsche Linie der „KPD/ML“. Es wurde so getan, als ob der „Ölboykott“ ein wirklicher Angriff auf die grundsätzlichen Interessen der Imperialisten sei. „Der Ölboykott erwirkt sich als scharfe Waffe“ („RM“ 47/73, S. 1). „Der Ölboykott der arabischen Staaten hat die westdeutschen Imperialisten empfindlich getroffen“ („RM“ 49/73, S. 2). „Die arabischen Länder aber geben ihren Kampf nicht auf und werden ihn auch nicht aufgeben! Trotz der Drohungen halten sie den Ölboykott als mächtige Waffe in ihrem Kampf aufrecht.“ („RM“ 50/73, S. 2). „Durch ihre Teilnahme am Erdölboykott unterstützen die sogenannten Ölscheiche die arabische Sache gegen den Imperialismus. Sie verteidigen die nationalen Interessen ihrer Länder. Sie spielen darum momentan eine fortschrittliche Rolle.“ („RM“ 49/73, S. 2).

Sicher könnte z.B. ein Erdölboykott eine scharfe Waffe gegen die Imperialisten sein, wenn er von den Völkern der „Dritten Welt“ eingesetzt würde. Gerade im arabischen Raum sind die Völker aber politisch extrem unterdrückt, an der Entwicklung politischer Selbständigkeit gehindert (die einzige Ausnahme bildet die Befreiungsbewegung der Palästinenser). So konnte auch der „Ölboykott“ nicht zur ant imperialistischen Befreiungsbewegung der Palästinenser. So konnte auch der „Ölboykott“ nicht zur ant imperialistischen Befreiungsbewegung der Araber werden, sondern nur zu einem Schacher zwischen den Imperialisten und ihren arabischen Kompagnen um die Umverteilung der Profite. Sogar einen solchen „Angriff“ auf die imperialistischen Interessen müssen die Kommunisten der

imperialistischen Länder natürlich unterstützen, ohne aber Illusionen über die Bedeutung eines solchen „Boykotts“ zu nähren.

„Kampf gegen die Supermächte“

Wir hatten schon gesehen, daß der „Rote Morgen“ Ghaddafi als Kämpfer gegen das „Komplott der Supermächte“ lobt. Eine ähnliche Rolle wird offenbar dem tunesischen Präsidenten Bourguiba zugedacht, der sich erfreulicherweise gegen die Anwesenheit sowjetischer Truppen im Nahen Osten wendet („RM“ 46/73, S. 5).

Der „Rote Morgen“ schreibt „Chinas Außenpolitik findet großen Anklang bei den Völkern der Dritten Welt...“ So sagte der argentinische Außenminister... („RM“ 47/73, S. 2). Die Zustimmung des Außenministers von Argentinien (!) gilt also als Ausdruck der Meinung der Völker der „Dritten Welt“. Eine waghalsige Interpretation! Immerhin hat das argentinische Regime des Peronismus eher mit Faschismus zu tun als mit Sozialismus!

Allerdings kann sich die „KPD/ML“ hier gewissermaßen auf das chinesische Vorbild berufen. Die Nachrichtenagentur „Xinhua“ bringt es z.B. fertig, unter der Überschrift „Völker (!) Europas erkennen wahre Züge des Sozialismus“ Zitate aus der Sozialistischen Realisation „Kronzeitung“, aus dem „France Soir“ und aus Springers „Welt“ zu bringen („Xinhua“ engl. 15.11.73). Dabei sollte doch klar sein, daß die bürgerliche Presse kein Sprachrohr der Völker ist und daß die bürgerliche Presse auch nicht der geeignete „Kronzeuge“ ist, um die Richtigkeit kommunistischer Ansichten zu beweisen.

Auch ein argentinischer Außenminister als „Kronzeuge“ für die chinesische Außenpolitik wirkt eher kompromittierend, als daß man ihn als Beweis für die Zustimmung der Völker ansehen dürfte.

Wir hatten schon im Artikel über die chinesische Außenpolitik (vgl. AK 37, S.15) darauf hingewiesen, daß mehrere sozialistische Staaten (Vietnam, Korea) und nationale Befreiungsbewegungen (FNL, Palästina, portugiesische Kolonien) von der Sowjetunion unterstützt werden, diese Hilfe auch anerkennen und zum „Kampf gegen die Supermächte“ nicht bereit sind. Auf der anderen Seite gibt es viele „Kämpfer gegen die Supermächte“ unter den antikommunistischen, z.T. reaktionären, z.T. sogar faschistischen „Kämpfern gegen die Supermächte“ unter den antikommunistischen z.T. reaktionären, z.T. sogar faschistischen Regimes wie Libyen, Tunesien, Argentinien u.ä., mit denen nun die „KPD/ML“ umso lieber die noch recht magere Kampfbroschüre „gegen die Supermächte“ aufstellt.

Tatsache ist aber, daß unter diesen „Kämpfern gegen die Supermächte“

verschiedene Knochen des Imperialismus und (wie Bourguiba), die in direkter Regie des US-Imperialismus gegen dessen Konkurrenten, die Sowjetunion hetzen, und dies als „Kampf gegen die Supermächte“ demagogisch verbrämen. Andere (wie Ghaddafi und Peron) predigen nach innen wie nach außen einen angeblichen „Dritten Weg“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus, der in Wahrheit Faschismus ist und bei aller „antimperialistischen“ Demagogie doch direkt dem Imperialismus dient.

Dieser Richtung entsprechen in der BRD sogenannte „national-revolutionäre“, in der Tat antikommunistische und faschistische Gruppen, die unter Parolen wie „Europäischer Sozialismus“ oder „Befreiungssozialismus der Völker“ auf dummenfang gehen, und die nicht zufällig in Leuten wie Peron und Ghaddafi gefeierte Vorbilder sehen.

Chile - die „KPD/ML“ torkelt von „links“ außen nach rechts

In der „Einschätzung“ der chilenischen Unidad Popular und der Allende-Regierung leistete auch die „KPD/ML“ besonders wilde Fehler und Schwächen. Dieser Jack Zuck Kurs widerspiegelt die Tatsache, daß die „KPD/ML“ zu keinem Zeitpunkt eine Untersuchung und Analyse vorgenommen hatte, sondern stattdessen von Zeit zu Zeit Peinungen über den Daumen machte, unter der Devise „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“.

Zuerst meinte der „Rote Morgen“ noch, Allende sei „der Mann der nationalen Bourgeoisie“ und sein Programm sei „ein Programm gegen den US-Imperialismus und die nationalen Grundherren und somit natürlich fortschrittlich“ („RM“, Nov. 70).

1973 jedoch bezeichnete der „RM“ die Führer der UP-Regierung als „pseudomarxistische Wasserhöpfe“, deren Ziel es sei, „den Imperialisten ja nicht weh zu tun“. Die Regierung Allende sei zum „Instrument der Konterrevolution“ geworden („RM“ 19/73, S. 4).

Als im Sommer 73 der gegen die UP-Regierung gerichtete und von den Faschisten unterstützte „Streik“ in den Bergwerken von El Teniente ausbrach, jubelte der „Rote Morgen“ darüber natürlich in den höchsten Tönen. „Das Volk stürmt vorwärts im Kampf für den wirklichen (!) Sozialismus.“ „Tausende von Ärzten, Lehrern und Studenten solidarisierten sich in Aktionen mit den Bergarbeitern.“ („RM“ 25/73, S. 5). Der Kampf des von den Faschisten verhetzten Kleinburgertums gegen die UP-Regierung verwandelte sich durch die rote (oder eher braune?) Brille der „KPD/ML“ in den schönsten revolutionären Volkskampf für den „wirklichen“ (!) Sozialismus.

Den revolutionären Volkskampf für den „wirklichen“ (!) Sozialismus verlangte dann wohl doch eine gewisse „Richtigstellung“. Zwei Wochen später schrieb der „RM“ u.ä. „Im RM 25 unterließ wir allerdings ein Fehler Der antimperialistische Charakter der Regierung Allende wurde trotz seiner Halbleben

nicht aufgeführt. Auch die geplante Aufnahme von Militärs in die Regierung ist nicht unbedingt ein Zeichen des Übergangs Allendes zum Imperialismus, wie wir schreiben. Auch im chilenischen Militär gibt es antimperialistische, bürgerliche Kräfte (11).“

Es wurde aber dann festgehalten, daß die UP-Regierung „konterrevolutionäre Propaganda“ mache und auch „konterrevolutionäre Taten“ folgen laß. Als „Beweis“ wurde wieder der „Streik“ bei El Teniente angeführt. Zwar würden die „Kräfte des Imperialismus“ versuchen, „die Unzufriedenheit der chilenischen Arbeiter auszunutzen“, entscheidend seien aber die „konterrevolutionären Angriffe“ der UP-Regierung auf das „Volk“, der „Streik“ bei El Teniente sei die „Reaktion auf die Terrorismus und politische Unterdrückung“. In Chile sei „die proletarische Revolution herangereift“ („RM“ 27/73, S. 5).

Nach dem faschistischen Putch jedoch führte der „Rote Morgen“ eine halbherzige Polemik gegen die „KPD“, die Allende als „Schachfigur“ der chilenischen Kapitalisten und der Imperialisten bezeichnet hatte (in einem Flugblatt des KSV Bochum). Zwar ist kaum einzusehen, wozu sich das von der „RM“-Formulierung „Instrument der Konterrevolution“ (s.o.) wesentlich unterscheidet, aber nichtsdestotrotz wär der „RM“ jetzt wacker mit Steinen aus seinem Glashaus China habe doch „sehr wohl die antimperialistische Politik der Regierung Allende unterstützt“. Auch unsere Partei hat entsprechend Stellung bezogen und verteidigt auch jetzt die Regierung Allende gegen den US-Putsch. (Wie „mutig“ ist das doch geblieben! Lesen die „KPD/ML“-Genossen den „Roten Morgen“ eigentlich regelmäßig? Sie sollten es tun!)

Von oben herab (die „KPD/ML“ hatte es ja immer richtig gemacht...) domerte der „RM“ gegen die „KPD“, „Diese Methode, das Fortschrittliche zu verteidigen, weil es nicht konterrevolutionär ist - und somit die Front gegen den Feind zu schwächen - das ist die Methode des Trotzkismus!“ („RM“ 38/73, S. 6).

Solche liberalen Anwendungen zum feinen Differenzieren kriegen die „KPD/ML“-Führer natürlich nur, wenn ihnen aus Gründen der Demagogie gerade mal nützlich erscheint, um der „KPD“ eins auszuwaschen. Denn sonst schwingt ja bekanntlich keiner den Holzhammer so behend wie die „KPD“!

So stellte sich z.B. im Dezember in Hamburg auch „KPD/ML“-Demagogie bei einer Diskussion froh hin und warf dem KB „Opportunismus“ vor, weil wir Allende nicht als „bolschewistische Verräter am chilenischen Volk“ eilfertig hätten.

Mal so und mal so, das ist die Volkseiligkeit! hätten.

Mal so und mal so, das ist die „prinzipienfeste“ Duktiereweise der „KPD/ML“-Führer. Man merkt allzu deutlich, daß es dabei überhaupt nicht mehr um die Sache geht, sondern nur noch darum, anderen Organisationen um jeden Preis „etwas anzuhängen“.

KBW: WEITER UM DEN HEIßEN BREI

In der Nr. 2 von „Kommunismus und Klassenkampf“ des KBW ist eine „Auseinandersetzung“ mit dem KB zu finden. Ironischerweise trägt sie sogar den Titel „Eine Antwort (!) auf die Polemik der Zeitschrift „Arbeiterkampf“ gegen die Politik des KBW“.

Tatsächlich antwortet der Artikel in „KuK“ jedoch in keinem konkreten Punkt auf unsere Kritik an Politik und Theorie des KBW. Lediglich die Frage des „Ökonomismus“ im KBW wird in allgemeinsten Weise in der „Antwort“ oberflächlich behandelt. Der Verfasser der Antwort erkennt die Existenz ökonomischer Fehler in der Politik des KBW an, um dem sogleich in erster Linie auf das notorische „Watschen-Mannchen“ des KBW, den Genossen Maier (ehem. KB Bremen, jetzt in der Führung des KBW) abzuweichen. Wir haben jedoch immer wieder konkret auf die ökonomischen streichen Fehler des KBW hingewiesen, haben Maier und dem KBW gelegen haben, sondern auch in der Politik des früheren NRI daß sie sich in den Revolutionen der Grundkonferenz des KBW und in seiner Politik selber niedergeschlagen haben. Auf keinen unserer zahlreichen und sehr konkreten Kritikpunkte

in diesem Zusammenhang geht die „Antwort“ in „KuK“ ein.

Es ist klar, daß die Führer des KBW zu einer umfassenden und wackeligen Auseinandersetzung mit dem KB nicht bereit sind. Um davon abzulenken, tun die KBW-Führer unsere Kritik an ihren Positionen pauschal mit dem Wort „Anpinkeln“ ab. Dieser Ausdruck widerspiegelt sehr deutlich jene dämliche Arroganz, wie sie in „akademischen“ Kreisen so häufig anzutreffen ist. Mit einer „Anpinkeln“ braucht man sich als „gebildeter Mensch“ natürlich nicht zu befassen, geschweige denn inhaltlich darauf einzugehen.

KBW-Führer J.S. hat - in einem Vorwort zu der erwähnten „Antwort“ in „KuK“ 2 - ganz neu noch einen „neuen“ Begriff hinzugefügt: der KB leide an „Verfolgungswahn“ (!) was ihn zu hemmungslos (!) Angriffen auf den KBW veranlaßt. Auch der Begriff „Verfolgungswahn“ ist vorher gut geeignet, sich um eine politische inhaltliche Auseinandersetzung herumzudrücken. Dies wissen z.B. die Gewerkschaftsführer schon längst, die in Hamburg den Betriebsvorsitzenden von Texaco-NV gerade in diesen Wochen mit dem Vorwort

des „Verfolgungswahns“ zu diffamieren versuchen.



Jetzt - schon wieder eine Anpinkeln des KB!

Das Bild wird vervollständigt durch einen weiteren Vorwurf gegen den KB in der „Antwort“ der KB betriebe „Denunziation kommunistischer Politik“.

stischer Politik“, dies werde „daran deutlich, daß die Diffamierung des KBW und der Volksrepublik China in seinem Organ eines immer breiteren Raum einnimmt.“ - Für was halten diese Herrschaften sich eigentlich? Für die „Stellvertreter Gottes auf Erden“? Fast schon überflüssig zu erwähnen, daß die „Antwort“ mit keinem Wort auf unsere konkrete Kritik an der chinesischen Außenpolitik eingeht, die natürlich nicht etwa der „Diffamierung Chinas“, sondern im Gegenteil der Verteidigung der chinesischen Revolution und des sozialistischen Chinas dienen soll.

Die Führer des KBW verwenden viel Energie auf die Erfindung immer neuer Anreden und Vorwände, um sich vor der inhaltlichen politischen Auseinandersetzung mit dem KB zu drücken. Diese Energie wäre sicher im Interesse der kommunistischen Bewegung sinnvoller einsetzbar, wenn die KBW-Führer sich endlich zu der Auseinandersetzung „herablassen“ würden.

Standesgemäß sieht etwa J.S. in seiner Antwort zur Antwort in KuK 2 einen Satz aus einer regionalen Branchenzeitschrift des KB (Kreier-Me-Altebach), um darauf schwermütig heranzuschauen. Der Satz lautet: „(etwas) bühnen-Entwicklung treibt weiter nach rechts. Nun wäre es allerdings ein Leichtes,

sich über den Standpunkt des KB zur Faschismus-Frage zu informieren, wie er (vor allem in Abgrenzung zum KBW) im ARBEITERKAMPF und UNSER WEG, aber z.B. auch in den Publikationen der Kieler Genossen umfassend entwickelt worden ist. J.S. zieht es aber vor, sich über einen so falsch formulierten Satz gewaltig aufzuregen, von dem er behauptet, er „sagt mehr aus und in gedrückter Form als Dutzende (!) von „Arbeiterkampf“-Seiten, was es mit dieser Kapitalistenentrüstung auf sich hat. Was will man dazu im Rahmen der Auseinandersetzung unter den Kommunisten noch viel sagen?“

Da ist er aber feil raus, der Herr Schmeißer! An einem Satz „beweist“, daß man zum KB nicht mehr viel zu sagen braucht, um wemöglichst am besten ganz „ignorant“ (womit wiederum das Wort „ignorant“ sprachlich eng verwendet ist).

Aus seiner Sucht hat J.S. aber sogar recht. Für die KBW-Führer ist es sicher viel bequemer und erfolgversprechender, ein herausgerissenes Satzchen zu verwerfen, als sich mit „Dutzenden“ von AK-Seiten, die mit unseren tatsächlichen Positionen und unserer Kritik am KBW grundsätzlich und umfassend auseinandersetzen.

Belange der BRD

DEMONSTRATION GEGEN DAS FASCHISTISCHE SCHAH-REGIME

Am Mittwoch, dem 9.1. und am Samstag, dem 12.1., fanden in Frankfurt Demonstrationen statt, die jeweils verboten und unter großem Polizeieinsatz auseinandergetrieben wurden. Dabei gab es ständige Verstärkungen auf Seiten der Demonstranten und der Bevölkerung. Der Veranstalter dieser Aktionen war neben mehreren westdeutschen kommunistischen und fortschrittlichen Gruppen vor allem die CISNU (Konföderation iranischer Studenten/National Union), die sich in letzter Zeit einer verstärkten Behinderung und Verfolgung durch den westdeutschen Staatsapparat ausgesetzt sieht. Bereits am 1.12.73 wurde eine Demonstration in Köln gegen das Schah-Regime, zu der u.a. auch die CISNU aufrief, verboten. Die Aktionen in Frankfurt richteten sich daher neben der Anpreisung der Komplizenschaft des BRD-Imperialismus mit dem faschistischen Schah-Regime auch gegen die mehr oder weniger offenen Verbotsdrohungen gegen die CISNU. Der Artikel befaßt sich weiter mit den zählenden Umständen der Zerschlagung dieser Demonstration und einer breit angelegten Prekempagne vor, während und nach den Ereignissen.

Vom 4.1 bis 13.1. fand in Frankfurt der alljährliche Kongress der CISNU statt, zu dem etwa 1500 Delegierte aus aller Welt kamen. Offenbar auf Anweisung der Bundesregierung verhinderten die deutschen Grenzbehörden die Einreise verschiedener Delegierter. Der Rechtsanwal-

zeit 1971 hatte die BRD mehr als eine Milliarde DM privat im Iran investiert. Zahlreiche Großprojekte, besonders der Stahl- und Chemischen Industrie sind derzeit unter Federführung oder Mitwirkung deutscher Konzerne in Arbeit. In keinem Nicht-EWG-Land sind deutsche Banken so zahlreich vertreten. Die BRD ist der wichtigste Handelspartner Persiens und kaum ein Land außerhalb Europas erhält so mächtige Summen bundesdeutscher Entwicklungshilfe.

Und weiter in einem Flugblatt vom 12.1.: „Die westdeutschen Monopole und ihr Staat verstärken gegenwärtig ihre Anstrengungen, um sich in den unterentwickelten Ländern der Dritten Welt Einflußspähren und Absatzmärkte zu verschaffen. Ein besonderer Schwerpunkt dieser Anstrengungen liegt gegenwärtig am Persischen Golf. Die Verträge, die Bundeswirtschaftsminister Friderichs in Teheran mit dem Schah abgeschlossen hat, verschaffen den westdeutschen Ölkonzernen zum ersten Mal einen direkten Zugang zu den Erdölquellen im Mittleren Osten. Der westdeutsche Imperialismus, der fahrlässig im Windschatten des US-Imperialismus seine Expansionsbestrebungen als Friedenspolitik verkaufen konnte, ist jetzt will er weiterhin auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben - gezwungen, als selbständige imperialistische Macht aufzutreten. Immer offensiver tritt die aggressive Natur seiner Politik zu Tage. Am Persischen Golf

Dieser schon für AK 39 angekündigte Artikel kann erst jetzt erscheinen, da er aus Platzgründen verschoben werden mußte. Darunter findet zweifellos die Aktualität des Themas, seine grundsätzlichere Bedeutung bleibt allerdings erhalten.

EINSCHRÄNKUNG DES DEMONSTRATIONSRECHTS IN WESTDEUTSCHEN LAND: DEMONSTRATIONSVERBOT SOWOHL DIE AUSSENPOLITISCHEN „BELANGE“ DER WESTDEUTSCHEN „IMPERIALISTEN“ „BEEINTRÄCHTIGT“ SIND!

AK Redaktion

schärfte Vorgehen gegen ausländische Antifaschisten gleichzeitig dazu genutzt, um die Illegalisierung der westdeutschen kommunistischen Bewegung verstärkt voranzutreiben, was einhergeht mit einer weiteren Einschränkung der demokratischen Rechte des Volkes. Denn die Verbote der Demonstrationen in Köln und Frankfurt gegen das Schahregime unterscheiden sich von anderen Demonstrationsverboten dadurch, daß sie nicht nur formal (zu späte Anmeldung der Demonstration) oder mit Scheinargumenten (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit), sondern offen politisch begründet werden. Die „Regierungskreise“ wenden sich mit

kenhäuser gebracht werden müßten (i. FR“ vom 10.1.) Außerdem wurden öliche Passanten verortet.

Eine weitere Demonstration, die für Samstag angemeldet ist, wird ebenfalls verboten. Neben den bereits genannten Gründen ist dieses Verbot ein Meistertück an Tatsachenverdrehung. Es heißt dort:

„Nach vor und bei der Auflösung dieser Demonstration (am Mittwoch) kam es zu einer Vielzahl von Gewalttätigkeiten gegenüber Demonstranten, Kaufmann in Warenhäusern und Polizeibeamten“, und weiter: „Die Konsequenzen dieses Verhaltens läßt nur der Schluß zu, daß die Versammlung am 12.1.74 nicht ohne massive Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung verlaufen würde. Sie ist daher zu verbieten.“

keinen Schaden geltend machen, wenn diese dreimal die Aufforderung, die Straße zu räumen wiederholt hat. Im Fall Zeit geschah es dreimal!“ (Neue Presse, vom 16.1.74)

Das Ziel solcher Drohungen liegt auf der Hand: gegenüber einer Übermacht knielpflichtigender Polizei und die Demonstranten tatsächlich auf die Solidarität der Bevölkerung angewiesen. Deswegen fordert Müller auf, die Knüppelorgane der Polizei zu unterstützen.

Müller betonte, das sei allerdings kein Appell „Volk ans Gewehr“, sondern an die Vernunft der Bürger: kündigt die 400-500 Berufsdemonstranten „sich selbst und damit der Polizei zu überlassen“ („Neue Presse“, vom 16.1.74)

Wie Müller sich das Verhalten ei-



Polizeieinsatz auf der „Zeil“

Anders ausgedrückt heißt das: die Polizei prügelt, also gab es „Gewalttätigkeiten“, die Polizei wird wieder prügeln, also gibt es wieder „Gewalttätigkeiten“ - folglich ist die Demonstration zu verbieten! Und wie die Polizei prügelt! Weitere sechs De-

nes Passanten konkret vorstellt, sagt er in einem „Spiegel“-Interview: „Er muß sitzen.“ („Spiegel“, 4/74)

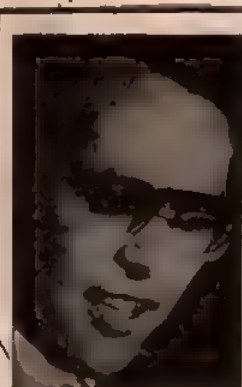
Um zu erreichen, daß die Bevölkerung „flücht“, sobald die bewaffnete Staatsmacht auftritt, wird ihr offen in der bürgerlichen Presse gedroht

Staatsmacht tritt, wird ihr offen in der bürgerlichen Presse gedroht und scheut man sich auch nicht, gegen die mit Wasserwerfern und Knüppeln vorzugehen. Denn es ist eine faustdicke Lüge, wenn die Polizei behauptet, sie hätte aus Rücksicht auf die Bevölkerung nicht hart durchgreifen können. Tatsächlich wurde alles versucht, um das Demonstrationverbot durchzusetzen, was aber aufgrund der „Zerstreutheit“ Taktik der Demonstranten nicht gelang.

Die „Solidarität“ der SPD

Die „linken“ Frankfurter Sozialdemokraten ließen es sich nicht nehmen, mit viel Wortgelei zu den Auseinandersetzungen Stellung zu nehmen. Bemerkenswert ist dabei, daß sich sogar der Unterbezirksvorsitz gegen die Demonstrationsverbote aussprach. Diese Maßnahme hat einen bestimmten Hintergrund. Seit dem 1. Januar 1974 unterteilt die Frankfurter Polizei nicht mehr dem Oberkommando des Oberbürgermeisters Arndt, sondern wurde verstaatlicht. Oberster Dienstherr ist jetzt der hessische Innenminister Bielefeld (FDP). Anders als bei früheren Knüppelaktionen der Polizei, liegt die unmittelbare Verantwortung dafür nun nicht mehr beim SPD-„Linken“ Arndt. Das ist nicht unerheblich, daß doch die SPD ihre Politik und Vorgehensweise z.B. bei den Räumungen von besetzten Häusern im vorigen Jahr mit einem gewissen Vertrauensbruch in der Bevölkerung bezahlen mußten. So kam es beispielsweise bei den brutalen Zerschlagungen von Demonstrationen im vorigen Sommer dazu, daß Passanten den von der Polizei verfolgten Demonstranten halfen und ihnen Schutz boten. Vor solche Vorkommnisse und für die SPD nicht ganz ungefährlich, läuft sie doch längerfristige Gefahr, ihren Einfluß auf fortschrittliche Teile der Bevölkerung zu verlieren. So kam es zum Beispiel anlässlich der traditionellen Rede von Arndt am 1. Mai 1973 zu größeren Unmutausbrüchen der dort versammelten Kollegen. Daher nimmt die SPD jede Gelegenheit wahr, ihr „linker“ Image vorzulegen, um sich bei der Bevölkerung wieder ins rechte Licht zu setzen, ohne sich für die Polizeieinsätze rechtfertigen zu müssen. Diese Leute haben jedoch in der Vergangenheit (z.B. bei der Zerschlagung von Wohnraum) sehr deutlich gezeigt, daß sie jederzeit bereit sind, mit Gewalt die Interessen des Kapitals zu vertreten.

Kf/Gruppe Frankfurt



Horst Krich: Polizeisprecher Ernst Müller

Nach den Krawallen in Frankfurt: Polizei kritisiert Bevölkerung

Bericht auf Seite 15

„Nachtausgabe“ am 14.1.74

nimmt der westdeutsche Imperialismus direkt teil an der Unterdrückung des iranischen Volkes und an der Ausplünderung seiner nationalen Reichtümer.

Daneben beteiligt sich die BRD an der militärischen Ausbildung von iranischen Ingenieuren an Fachhochschulen der Heeres. Erst kürzlich wurde darüber ein Zusatzabkommen abgeschlossen. Letzteres ist als ein „Entgegenkommen“ gegenüber dem Schah zu werten, der auch ständig die Ausschaltung der persischen Opposition in der BRD zur Voraussetzung guter Beziehung zum westdeutschen Kapital macht. An dieser Ausbeutung können aber auch die BRD-Imperialisten ein prinzipielles Interesse haben, läuft man doch sonst Gefahr, daß die Praktiken der Imperialisten aufgedeckt werden. Dabei wird das vor-

Die Demonstrationen am 9.1. und 12.1.

Die verbotene Demonstration am 9.1. wird von der Polizei am Samstagsplatz aufgelöst, woraufhin die Teilnehmer in kleinen Gruppen, auf die zu der Zeit stark belebte Zeil gehen (größte Frankfurter Geschäftsstraße), um mit der Bevölkerung zu diskutieren. Nachdem die Polizei mehrfach aufforderte, die Zeil zu verlassen, wies sie Wasserwerfer und Knüppel gegen kleinere Gruppen von Demonstranten ein.

Dabei wurden etwa 20 Demonstranten so erheblich verletzt, daß sie von Rettungswagen (!) in die Kran-

Das heisst: Gesetz über Sicherheit und Ordnung enthält einschlägige Bestimmungen über die Anwendung unmittelbaren polizeilichen Zwanges. Wer einer polizeilichen Aufforderung im Zusammenhang mit verbieten Demonstrationen nicht nachkommt, wird zum „Stören“ im Sinne des Gesetzes. Gegen ihn können Wasserwerfer, Schlagstöcke und bei gezielten Widerstandshandlungen auch andere Zwangsmittel wie Tränengas angewendet und seine Inverwahrnehmung angeordnet werden.

Dazu kann man die Betroffenen noch wegen Störung einer Amtshandlung strafrechtlich belangen und sie vom Schauplatz abführen lassen. „fern man die nötigen Kräfte dazu einsetzbar hat“, sagte Ernst Müller, „War bei einem polizeilichen Einschießen an angeblich Unbeteiligten Schaden droht, kann gegen die Polizei

UNI FRANKFURT:

Kampf gegen Abbau demokratischer Rechte

Begleitet von einer enormen Hetzkampagne findet gegenwärtig an der Frankfurter Universität ein massiver Angriff auf demokratische Rechte statt. Studenten wie Rede- und Diskussionsfreiheit, Streikrecht, Organisationsfreiheit usw. steht Diktator Angriff und flankiert durch Einreißer mehrerer Hundertschaften Polizei, Strafanzeigen gegen Studenten, Entlassungen von Tutoren, „Verfügungen“ der bürgerlichen Klassenjustiz etc. Gegen diese Provokation sind mittlerweile tausende Studenten in den aktiven Streik getreten, was von der Kapitalistenklasse und ihrem Staat zur weiteren Eskalation des Konflikts und zur Rechtfertigung ihres Angriffs genutzt wurde. Ziel der Provokation ist offenbar die Durchsetzung von „Reformen“, die darauf zielen, eine Handlanger-Elite der Kapitalisten an den Hochschulen heranzubilden. Entzweit hat sich der Konflikt an den reaktionären und provokativen Praktiken des Prof. Engels (CDU), der den Studenten jegliches Diskussions- und Streikrecht abspricht.

Dieser Artikel lag schon für AK 39 vor, mußte aus Platzgründen aber verschoben werden. Zur neuen Entwicklung siehe Extra-Kasten.

Professor Engels, Mitglied des braunen „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ und ehemaliger CDU-Bundestagskandidat, zielt offenbar bewusst von Anfang an auf eine Provokation fortschrittlicher Studenten. So erklärte er bereits in der ersten Stunde, daß diese Vorlesung eine reine „Luxusvorlesung“ sei und seine Kollegen ihm prophezeit hätten, daß diese die dritte Stunde nicht überleben werde.

Engels zur formalen Logik „Alle Mädchen haben Hälse, alle Gänse haben Hälse, also sind alle Mädchen Gänse“ oder zur Organisations-theorie „Der 1. Organisationsrat war der Schwerverstärker von Mies“.

Importiert über dieses reaktionäre und selbstherrliche Gehabe forderten die Studenten immer deutlicher und öfter das Recht auf freie Rede und Diskussionsfreiheit. Gegen diese Forderung machte Engels entschieden Front, brach Vorlesungen ab und stellte gegen zwei Studenten Strafanzeigen wegen „Nötigung“.

Zugleich traten alle Professoren des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften eine Woche in den „Streik“, um ihre Solidarität mit den „Unterrichts-“praktiken von Engels zu bekunden und die Studenten unter Druck zu setzen.

Gegen diese Aussperrung beschloß eine Vollversammlung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften (WiWi), die Engels-Vorlesung solange zu boykottieren bis die Forderungen nach Redefreiheit und Rücknahme der Strafanzeigen erfüllt sind. Diese Forderungen fanden auch bei vielen Studenten aus anderen Fachbereichen Sympathie.

Vorlesungen unter Polizeischutz

Auf Anweisung der Uni-Spitze sollten nach den Weihnachtsferien die Engels-Vorlesungen wieder stattfinden. Allerdings unter dem „Schutz“ von mehreren Hundertschaften Bereitschaftspolizei und im „strategisch günstig“ gelegenen Biologischen Institut.

gegen zwei Studenten zurückgenommen worden und solange nicht die Ankündigung, den Fachbereich wieder zu schließen, zurückgenommen wird.

Diese Aktion hatte insoweit Erfolg, als diesmal, anstatt der 300 Studenten in der ersten Vorlesung, nur 50 Personen, darunter Journalisten, Beobachter und Polizeispitzel, in die

rüberhinaus erwirkte Kantzenbach beim hessischen Verwaltungsgerichtshof eine für die bürgerliche Klassenjustiz beispielhafte „Verfügung“, in der er der Studentenentscheide der Frankfurter Uni und der Organe unter Androhung eines Zwangsgeldes von 2 000 DM untersagt wird, zu „Störungen“, Streiks oder zum Boykott von Lehrveranstaltungen aufzufordern.



1 000 Studenten demonstrieren gegen den Polizeinsatz an der Frankfurter Uni

Veranstaltung gingen. Die „Jernwilligen“ Studenten setzten sich fast ausschließlich aus Mitgliedern des RCDS (Hilfsgruppe der CDU an der Uni) und des adS (ebenfalls eine reaktionäre Organisation) zusammen.

SPD-Mitglied und Uni-Präsident Kantzenbach erklärte, daß der Polizeischutz notwendig sei, „um die Lernfreiheit von Professor Engels (I) und die Lernfreiheit seiner Hörer (der RCDS- und adS-Studenten!) sicherzustellen“ („FR“, 8.1.74).

und die Lernfreiheit seiner Hörer (der RCDS- und adS-Studenten!) sicherzustellen“ („FR“, 8.1.74).

Am 15.1.74 wurde erneut eine Vorlesung unter dem „Schutz“ von mehreren Hundertschaften Polizei angesetzt. Diese wurde trotz des Polizeiaufgebots aktiv boykottiert, indem ca. 300 Studenten der Wirtschaftswissenschaften Engels nicht zu Wort kommen ließen. Obwohl bereits auf diesem Punkt der Auseinandersetzung der Protest gegen die Engels-Vorlesung von einem relativ großen Teil der Studentenschaft unterstützt wurde, erklärte Kantzenbach, daß die Vorlesung von einem „Rollekommando kommunistischer Studenten“ („Neue Presse“ vom 16.1.) gesprengt worden sei. „Er betonte, daß keine Sektion (I) (= Auswahl, d. Red.) durch linke Gruppen (I) stattfinden könne, wer lesen dürfe und wer nicht. Deshalb sei er gezwungen, auch bei der nicht von Störungen betroffene Vorlesungen (I) bis zum Sommersemester auszusetzen.“ („Neue Presse“, 16.1.74).

Aussperrung und Streik

Insgesamt wurden von Kantzenbach (Überricht mit voller Billigung des hessischen Kultusministeriums) 13 Lehrveranstaltungen eingestellt und damit 1 500 Studenten ausgesperrt, womit ein weiterer Schritt zur bewußten Eskalation der Auseinandersetzung getan wurde. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme wurde die Kampagne zur Spaltung und Einschüchterung der Studentenschaft, die in der Folgezeit neben der Uni-Bürokratie ständig von der hessischen Landesregierung, allen bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Presse geschürt wurde, weiter verstärkt. So erklärte der Sozialdemokrat Kantzenbach demagogisch, daß auch mit Hilfe der Polizei Lehrveranstaltungen in der bisherigen Form nicht dauernd vor funktionsfähigen Störgruppen (I) gehalten werden können, wenn die Masse der arbeitwilligen (I) Studenten weiterhin nicht in den Auseinandersetzungen engagieren (I) wollen („FR“, 17.1.74).

Zugleich forderte er in Einklang mit dem braunen „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und der CDU die Einführung eines universitären Ordnungsrechts („Das Tabu des Ordnungsrechts muß gebrochen werden.“ „FR“, 17.1.), mit dessen Hilfe die Bourgeoisie und ihr Staat jegliche Kritik an bestehenden Zuständen aus den Hochschulen verbannen will. Da

oder an ihnen teilzunehmen.

Gegen diese Provokation, die darauf zielt, den Studenten so elementare demokratische Rechte wie Rede-, Organisationsfreiheit und Streikrecht zu rauben, verstärkten die Studenten ihren Kampf.

Nachdem bereits auf einer Reihe von Vollversammlungen der größeren Fachschaften der Streik beschlossen worden war, fand am 21.1.74 auf dem Campus eine Vollversammlung der gesamten Universität statt. Hier ver-

worden war, fand am 21.1.74 auf dem Campus eine Vollversammlung der gesamten Universität statt. Hier versammelten sich über 4 000 Studenten und stimmten ebenfalls mit großer Mehrheit für den Streik. Es wurde beschlossen, den Streik sofort zu beginnen und mit einer Urabstimmung

für alle Studenten auch die noch unentschiedenen Kommissionen in den Kampf einzubeziehen.

Da der Konflikt mittlerweile weit über die begrenzte Auseinandersetzung um die Engels-Vorlesung hinausgegangen war, ging es nun auch bei der Urabstimmung um grundsätzliche Fragen. Zur Entscheidung standen Fragen wie: Ablehnung des Ordnungsrechts, politisches Mandat für die Studentenvertretung, freie Rede- und Diskussionsrecht in allen Lehrveranstaltungen, Ablehnung des Berufsverbotes für Tutoren (Hilfskräfte). (Inzwischen hatte man sechs Tutoren wegen „Nötigung“ gekündigt, da sie sich weigerten, bei weiteren Strafanzeigen gegen Studenten mit dem reaktionären Prof. Gölber zusammenzuarbeiten.)

Mit welchem Engagement die Auseinandersetzung geführt wird, zeigt das Ergebnis der Urabstimmung. So beteiligten sich 10 170 Studenten (von 21 000) an der Abstimmung, eine Zahl, die bislang bei keiner Abstimmung an der Frankfurter Uni erreicht wurde. Dabei stimmten 5 500 Studenten (54,2%) bei 2,2% Enthaltungen für den Streik.

Hatten Presse, Staat und Uni-Bürokratie schon während der Abstimmung gehetzt, daß es dabei nicht demokratisch zugehen würde, so wurden jetzt die tollsten Interpretationsverfälschungen gemacht. So schloß Kultusminister Friedeburg aus der Tatsache, daß 5 500 nur ca. 1/4 aller Studenten ausmachen, daß „dreiviertel gegen den Streik“ seien und bezeichnete das Abstimmungsergebnis als einen „Sieg der Lernwilligen“ (Neue Presse v. 28.1.)

Die Offensive rollt

Die Offensive rollt

Spätestens seit der Verschärfung des Konflikts durch die Aussperrung von 1 500 Studenten wird die Ause-

Bestellt beim Verlag Arbeiterkampf

Hiermit bestelle ich:
UNSER WEG Sondernummer des KB

- | | | |
|--------------------------|---|---------|
| <input type="checkbox"/> | Zum Nahost-Problem
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
50 Seiten | DM 2,- |
| <input type="checkbox"/> | Zur Politik des KBW (NRP)
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG,
75 Seiten | DM 3,- |
| <input type="checkbox"/> | Chile Vom „friedlichen Übergang“ zum Bürgerkrieg
Eine 3. erweiterte Auflage
nur Ca. 50 bis 60 Seiten | DM 4,- |
| <input type="checkbox"/> | Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1956/57
Eine ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
16 Seiten | DM 1,- |
| <input type="checkbox"/> | Amie raus aus Indochina!
Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten
2. erweiterte Auflage, 26 Seiten | DM 0,50 |
| <input type="checkbox"/> | Wem nützen die Bomben bei Springer?
Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anläßlich der Basler Meinhof Kampagne der Bourgeoisie
32 Seiten | DM 1,50 |
| <input type="checkbox"/> | Vom Pinkele zu Feltreinele - politischer
In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Beitzung.“ des geplanten politischen Mordes und Hinmordes faschistischer Kommandos im Kampf gegen die kommunistische Arbeiterbewegung am Beispiel Italien enthält
44 Seiten | DM 1,50 |
| <input type="checkbox"/> | Wohnungsprobleme in Westdeutschland
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF seit März 72
Eine 4. erweiterte Auflage
64 Seiten (Kleinformat) | DM 1,50 |
| <input type="checkbox"/> | Die Emanzipation der Frau in Palästina
Von uns kommentierte und überarbeitete Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten | DM 1,- |

WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT
DER FRANKFURT

17.1.1974
Frankfurt am Main
Telefon: (069) 41-1111

WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT
DER FRANKFURT

17.1.1974
Frankfurt am Main
Telefon: (069) 41-1111

Gegen Diktator Engels

An die
Studentenschaft der J.W.Goethe-Universität
Frankfurt a.M.
Betreff: Herrn Kravitzke, und
Herrn Schwarz
Vorlesungen des Allgemeinen Studentensprechers

F.A.

Verfügung

Der Studentenschaft der J.W.Goethe-Universität Frankfurt a.M. und deren Organen wird es rechtensichtlich unterzagt.

- Lehrveranstaltungen der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. zu stören, zu solchen Störungen aufzufordern, welche Störungen auf andere Weise zu unterstützen oder an ihnen mitzuwirken.
- insbesondere zum „Streik“ oder zum „Boykott“ von Lehrveranstaltungen aufzufordern oder hieran mitzuwirken.
- Der AdS wird rechtensichtlich verpflichtet, bis zum 18.1.1974, 12.00 Uhr dem Präsidenten zu bestätigen, daß die Studentenschaft bereit ist, diese Unterlassungsverpflichtung zu beachten.

Presse-Dokumente

Die Verfügung wird von den Präsidenten als Rechtaufhebungsbescheid gemäß § 30 BGG i.F.v. § 35 BGG erlassen. Die Gründe für den Erlass dieser Verfügung können dem beigefügten Dokumental eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung wegen der Studentenschaft von heutigen Tage entnommen werden.

ANWANDT

Koh. R.

Aus diesem Grunde weigerte er sich auch entgegen der Forderung der Studenten - ein Skriptum (schriftliche Fassung der Vorlesung) zu verteilen. Jegliche Zwischenfragen und Kritik an Inhalt und Form seiner Vorlesung wurde von Engels systematisch abgeblockt. Stattdessen erging sich Engels in - für die Studenten weitgehend unverständlichen - Formulierungen und offenen reaktionären Sprüchen wie, daß sich z.B. eine Zulassungseinschränkung für Medizinstudenten ganz selbstverständlich setzen werde, denn die zukünftigen Ärzte seien nicht daran interessiert, daß so viele Ärzte gebe und der Pinkele nicht mehr so viel verdiene, es solle wenig Ärzte geben, die dafür um mehr verdienen. Darüberhinaus provozierte er die Studenten mit aus dem Witzchen und Kalauern so

mit. Mit Sperrgittern und Ausweiskontrollen sollten die Studenten eingeschüchtert und vom demokratischen Kampf für Rede- und Diskussionsfreiheit abgehalten werden. Gegen diese Polizeiwirtschaft protestierten ca. 1 000 Studenten, indem sie unter der zentralen Parole „Kampf der Polizeiuniversität“ eine Demonstration vom Universitätsgelände zum Botanischen Institut veranstalteten. Ihr Ziel war noch unentschieden. Studenten durch Diskussionen vom Besuch der Engels-Vorlesung abzuhalten, um so die Bewilligung der WiWi-Vollversammlung und der Uni-Vollversammlung durchzusetzen.

Boykott der Engels-Vorlesung solange es keine Rede- und Diskussionsfreiheit während der gesamten Vorlesung gibt solange nicht die Strafanzeigen

Forts. Faschisten mit ...

Die „Aktion Neue Rechte“

Die italienischen und deutschen Faschisten haben schon in den zwanziger Jahren versucht, ihrer Politik im Dienst der Bourgeoisie ein „soziales“ oder gar „sozialistisches“ Mäntelchen umzuhängen. Hitler begründete das einmal vor Kapitalisten sehr offen: „Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann... Eine Bewegung, die das durchführen will, muß sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus selbst kämpft.“ (Rede vor dem Hamburger „Nationalclub von 1919“ im Februar 1926 – nach Werner Jochmann, „Im Kampf um die Macht...“, Frankfurt/M. 1960).

Im Übrigen gab es z.B. in Deutschland neben der NSDAP noch eine ganze Anzahl kleinerer faschistischer Organisationen und Gruppen, die unter Namen wie „Nationalrevolutionäre“, „Sozialrevolutionäre Nationalisten“, „Deutsche Sozialisten“ und gar „Nationalbolshewisten“ Zutrittsberechtigungen für die NSDAP leisteten.

In den letzten Jahren gab es bereits in der BRD einige ähnliche Ansätze, von denen die sogenannte „Partei der Arbeit“ wohl die berüchtigtste war. Einen „Aufschwung“ aber gab es erst mit der Gründung der „Aktion Neue Rechte“, die aus einer aktiven Auseinandersetzung innerhalb der NPD hervorging.

Auf dem fünften Bundesparteitag der NPD in Holzminden im November 1971 standen sich zwei taktische Auffassungen gegenüber. NPD-Chef Thadden erklärte, das bisherige offene terroristische Auftreten der NPD habe der Partei nicht genutzt, sondern geschadet. „Wir werden uns hier zu entscheiden haben, ob wir eine Rechtspartei sein und bleiben wollen, um wieder Wähler zu gewinnen, oder ob wir stattdessen zu einem Aktionismus übergehen wollen, der die Bürger erschreckt und politisch ohne nachhaltige Wirkung ist.“ (Thadden).

Gegen Thadden trat vor allem Pöhlmann auf, Landesvorsitzender der NPD in Bayern und Mitglied des NPD-Parteivorstands. Thadden konnte sich mit seinem „gemäßigten“ Kurs nur sehr knapp durchsetzen (mit etwa 57% gegen 43% der Parteitag-Stimmen), und auch dies nur durch die spektakuläre Bekanntgabe seines Rücktritts.

Pöhlmann trat daraufhin im Januar 1972 aus der NPD aus, eine größere Zahl seiner Anhänger wurde aus der NPD ausgeschlossen. Im Münchner „Augustinerbräu“ wurde unter Führung Pöhlmanns die „Aktion Neue Rechte“ (ANR) gegründet. Die „Partei der Arbeit“ gab wenig später ihren Anschluss an die ANR bekannt; die „Aktion Oder-Nelbe“ (AKON) und die „Aktionsgemeinschaft 17. Juni“ erklärten sich zur Zusammenarbeit mit der ANR bereit; die gesamte Zusammenarbeit mit der „Deutschen Volkunion“ (DVU) des Herrn Frey, Herausgeber des antisemitischen Heftblattes „Nationalzeitung“ wurde dagegen Anfang 73 offiziell gelöst, weil Frey als zu „lahm“ angesehen wurde.

Die ANR behauptet, gegen Kommunismus und Kapitalismus gleichermaßen zu kämpfen. „Da sich Kapitalismus und Kommunismus im Grundsätzlichen gleichen, sind beide unfähig, die Probleme der modernen Industriegesellschaft zu bewältigen.“ Empfohlen wird dagegen eine „Leistungsgemeinschaft des schaffenden Volkes“, „echte Mitbestimmung der Arbeitenden im Betrieb durch Eigenbestimmung – Keine Funktionsfremdbestimmung“, „Vermögensbildung durch Gewinnbeteiligung.“ „Die Neue Europäische (!!) Sozialordnung wird wesentlich von der Vermögensbildung der Arbeitnehmerhand geprägt werden.“ Damit wird der Europäische Sozialismus (!) das Ende der Ausbeutung bringen. „Im Gegensatz zum Kommunismus und Kapitalismus ist der Europäische Sozialismus nicht eigentumsfeindlich. Wir Europäischen Sozialisten wollen das Eigentum nicht beseitigen, sondern Eigentum für alle schaffen.“ (Zitate aus „neue zeit“ Extrablatt der ANR, Juni 72).

„Eigentum für alle“ ist nun allerdings gar so aufregend nicht, sondern gehört zu den Standard-Parolen aller bürgerlichen Parteien, ebenso wie die „Vermögensbildung im Arbeitnehmerhand“. Von der CDU/CSU unterscheidet sich die ANR im Wesentlichen nur durch ihre besonders wilde antiewerkschaftliche und antikomunistische „Militanz“ und ihre besonders „radikale“ Sprache.

Ein „Rebell“, der keiner ist

Unter dem vielversprechenden Namen „Rebell“ erscheint ein besonders demagogisches Heftblatt, das vorzugsweise an Jugendliche wendet. Als Herausgeber firmieren die sogenannten „Nationalrevolutionären Basigruppen“ (NRB), als deren „zentrales Jugendorgan“ dieser „Rebell“ ja erscheint.

Diese faschistischen Demagogen



In „popziger“ Aufmachung geht die NPD unter den Jugendlichen auf Dummfang (aus einem Flugblatt der „Jungen Nationaldemokraten“)

Es war also nur konsequent, daß ANR-Chef Pöhlmann zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (April 72) und zu den kommenden Bundestagswahlen zur Wahl der CDU/CSU aufrief mit der Begründung: „Jede Zersplitterung der Stimmen ist in dieser entscheidenden Stunde abzulehnen.“ („Nationalzeitung“, 21.1.72).

Im Übrigen ist die vorgeblich „antikapitalistische“ ANR bereit, mit allen zusammenzuarbeiten, die „grundsätzlich gleiche Ziele haben“: nämlich: „Der Kampf gegen den Kommunismus, der Kampf gegen die Ostverträge, der Kampf gegen den Verfall in unserer Gesellschaft.“ (Pöhlmann, s.o.).

Die ANR macht also gar kein Geheimnis daraus, daß der Kampf gegen den Kapitalismus natürlich nicht zu ihren grundsätzlichen Zielen gehört; oder richtiger, daß diese politischen Betrüger nicht gegen, sondern für die kapitalistischen Ausbeuter kämpfen.

Ansonsten dem Klassenkampf völlig abgeneigt, zeigt die ANR jedoch großen Eifer, wenn es gegen „die Gewerkschaften“ geht. So heißt es in ihrer „neuen zeit“ vom August 73, DGB und SPD „sitzen vor wilden Streiks“. Aufgabe sei jetzt „Besetzung der DGB-Paläste“ (!), „Besetzung der Pleite-Fabriken, ihre Wiederinbetriebnahme durch die Belegschaft selbst.“ „Abwahl aller Gewerkschaftsvermerger und Leisetreter aus den Betriebsräten!“ und zu guter Letzt: „Generalstreik“. Noch „irradikaler“ geht's kaum.

Als internationale Vorbilder hebt die ANR die „nationalrevolutionäre“ Militärgarde in Peru, Feron in Argentinien, die faschistische Terrortruppe „Ordre Nouveau“ (Neue Ordnung) in Frankreich und den amerikanischen Rassist George Wallace (!) hervor, dem eine „in der Grundtendenz antikapitalistische und antimarxistische“ Haltung bescheinigt wird, ferner die italienische faschistische Partei MSI, den Franco-Faschismus in Spanien und demagogischweise die IRA („neue zeit“, Juni 72 und August 73).

brachten es sogar fertig, „die zukunftsweisenden Gedanken der Preger Reformer“ zu loben, nämlich: „die gleichgewichtige Betonung von Demokratie, humanem Sozialismus und nationaler Selbstbestimmung.“ Sie fordern die „Sozialisierung von Großunternehmen“ und „eine unabhängige Arbeiterelbstverwaltung (!), wo sie möglich ist“, kämpfen angeblich „für eine unabhängige, demokratische, sozialistische Gesamtrepublik.“

Der DGB sei „inzwischen größter Unternehmer der BRD“ und „die Gewerkschaften“ nähmen deshalb „ihre eigentliche Aufgabe, den Kampf gegen den Kapitalismus, nicht mehr wahr.“ Die DKP wird angegriffen als „Faschisten im roten Schaffspel, macht- und beitzuhungige Arbeiterverräter in tpe, die nur die verfeulten, kranken Herrschenden in der BRD durch eine straffere, stabilere Ausbeutung ablösen wollen.“

Die Faschisten geben sich sogar einige Mühe, sich bei den Linken anzubiedern, indem sie sich gegen die „einseitige Verteufelung der Maoisten (!) und der Nationalrevolutionäre als Chaoten bei gleichzeitiger Öffnung und Toleranz gegenüber der moskauhörigen DKP“ wenden. Und an anderer Stelle schreiben sie, nachdem sie (in Zusammenhang mit dem 1. Mai 72 in Westberlin) gehörig gegen DKP und DGB gewettert haben: „Dann wären da noch die Maoisten und ein paar Trotzkisten. Sie sind am konsequentesten, was ihre Haltung zu den Gewerkschaften angeht. Auch sie lehnen den DGB aus den oben genannten Gründen ab. Auch sind sie realistisch in der Einschätzung des sowjetischen Imperialismus (!). Insofern sind sie von allen Mao-Demonstranten die sympathischsten. Ihr Fehler liegt in ihrer überhöhten von den Denkfehlern behafteten kommunistischen Ideologie, die sie zwar den Realitäten anzupassen versuchen, von der sie sich aber nicht trennen können.“ (Alle Zitate aus „Rebell“ Mai-Juni 72 und 3/73).

Die Leute vom Faschisten-„Rebell“ verstehen es, gemessen auch an

ähnlichen Versuchen, relativ gut, den faschistischen Pferdefuß nicht auf den ersten Blick sichtbar werden zu lassen. Völlig offensichtlich wird der faschistische Hintergrund aber, wenn man den braunen Faden weiterverfolgt zu den sogenannten „Nationalrevolutionären Basigruppen“ (NRB), als deren „zentrales Jugendorgan“ dieser „Rebell“ ja erscheint.

„Deutsche Sozialisten“ und andere Provokateure

Die NRB, die sich auch „Deutsche Sozialisten (NRB)“ nennen, geben u.a. eine „theoretische“ Zeitschrift mit dem Namen „Nationale Verantwortung“ heraus.

Beteiligt sind daran in erster Linie die „Aktion Deutscher Sozialismus“ (ADS) mit dem Schwerpunkt Frankfurt und die „Nationale Front“ aus München, die ANR kommt mit „Diskussionsbeiträgen“ zu Wort und besonders gelobt wird der faschistische „Deutsche Studenten-Anzeiger“.

Die „Nationale Front“, Mitherausgeber der „Nationalen Verantwortung“, ist ein besonders übler Verein. Als Ende Oktober 72 die Polizei ein Waffenlager einer „Kampfgruppe Großdeutschland“ ausraubte, meldete die Springer-Presse: „Rote Terrorbande gefaßt“. Die „Kampfgruppe Großdeutschland“ hatte, so hieß es, Verbindung zu der „kommunistischen (!) Terrororganisation „Nationale Front“ gehabt, deren Chef der „linkerradikale (!) Armin K.J.“ sei (vgl. dazu AK 24, S. 21, „Waffenlager der Faschisten ausgehoben“).

Dies ist ein deutliches Beispiel für die Funktionsweise der faschistischen Provokateure. Übrigens blieb die „Nationale Front“ von der Polizei und Justiz natürlich ungeschoren: „Armin K.J.“ (in Wahrheit heißt er Karl Jochheim-Armin) war und blieb Mitarbeiter der Zeitschrift „Nationale Verantwortung“.

Die Frankfurter „Aktion Deutscher Sozialismus“ (ADS), die ebenfalls die „Nationale Verantwortung“ unterstützt, behauptet „jenseits jeder Klassenkampfsdeologie“ zu stehen. Die Ideologie des Marxismus sei „volksfremd“ (die Nazis sagten es deutlicher: „Jüdisch“). „Die ADS tritt für die Entzweiung aller Betriebe ein, die sich in volksfremden

Organisation „Lotta di Popolo“ (d. h. „Volkskampf“) zusammen, die schon eine längere Erfahrung in der „revolutionären“ Maskierung des Faschismus und in der Durchführung arbeiterfeindlicher und antikomunistischer Provokationen hat, und die auch italienische Kollegen in der BRD zu bearbeiten versucht. „Lotta di Popolo“ wurde schon 1969 gegründet im Zusammenhang mit dem faschistischen Plan, Provokateure und Spitzel in linke Organisationen zu schicken bzw. zur Durchführung von Provokationen selbst pseudo-„revolutionäre“ Gruppen aufzubauen (vgl. UNSER WEG-Broschüre „Von Pinelli zu Feltrinelli“, S. 22/23 und S. 39/40) und den Artikel „Vom Blutbad des Staates zum Staat des Blutbades“ in AK 39). In Frankreich existierte eine parallele Gruppe „Lutte du Peuple“, die ebenfalls mit der ADS zusammenarbeitete.

Solche Gruppen arbeiten vorerst weitgehend auf agitatorisch-propagandistischer Ebene, d.h. sie versuchen durch eine gezielte Breitenarbeit (die ADS z.B. verteilt regelmäßig ihren Mist an Frankfurter Verkehrsknotenpunkten und vor mehreren Betrieben) erst einmal „mil-tante Kerngruppen“ („Aktionsprogramm“ der ADS) zu gewinnen. Daneben tritt aber – wie der Fall Jochheim-Armin zeigt – schon jetzt (und in Zukunft wahrscheinlich verstärkt) die direkte Provokation im Dienst der Bourgeoisie, die für die Vorwände für Schläge gegen die Arbeiterbewegung liefern soll. (Vgl. Italien!!)

Auch die NPD versucht es mit sozialer Demagogie

Auch die NPD setzt verstärkt auf soziale Demagogie. Auf einem in Frankfurt verteilten Flugblatt („Die zweite NPD-Weile rollt“) konnte man gar lesen: „Gegen kapitalistische Ausbeutung (!) und kommunistischen Klassenkampf hilft nur die nationale Rechte, die sich für das ganze Volk, nicht aber für Bonzen und Parasiten einsetzt.“

Besonders geeignet scheint für soziale Demagogie offenbar der Einsatz der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), Jugendorganisation der

NPD.

Während die NPD die Jugend angibt als „Generation ohne Ideal,



Faschistische Schläger-Truppen werden aus verführten Jugendlichen aufgebaut

(!) Hände befinden oder deren Besitz zu politischem Machtmißbrauch benutzt wird.“ „Gegenwärtige Hauptaufgabe wird es sein, die Kampfpai zwischen Kapitalisten, Politikern und Gewerkschaftsbörsen (!) wirksam zu bekämpfen.“ „Alle Macht gehört dem Volk.“ „Der Staat darf nicht länger ein Instrument zur Unterdrückung des Volkes bleiben.“ Die Gesetze müssen „dem natürlichen Volkempfinden entsprechen.“ „Jede Verhetzung und Volksverhetzung muß unmöglich gemacht werden.“ (Aus dem „Aktionsprogramm gegen Imperialismus und Reaktion“ der ADS).

Die ADS arbeitet in Frankfurt eng mit der italienischen Faschisten-

ohne lebensrichtiges Zielbild, ohne Haltung, ohne Saft und Kraft, verzerrt und vergammelt“ („Deutscher Kurier“, April 73), um die alten Faschisten zu ködern, gehen die Jungfaschisten mit ausgedehnten Schnacks wie „JN ist in“ unter der Jugend auf Dummfang.

Das „Manifest“ der JN wird gar mit einem Zitat von Ho tchi-minh eröffnet. Was folgt, ist allerdings abgestandener faschistischer Dreck aus der hintersten Ecke der „Materialismus amerikanischer Prägung“ zentrierte „die deutsche Volksseele“ (!!), gegen die „Lüge von der Allein-

Anzeige

Kampf dem Faschismus



Nachdruck von Texten der Kommunisten aus den zwanziger und dreißiger Jahren zum Thema Faschismus

„Neben den konkreten Untersuchungen über die heutige Wirklichkeit erscheint es uns besonders wichtig, daß wir uns heute wieder ernsthafter und gründlicher auch mit den Untersuchungen der Kommunisten der zwanziger und dreißiger Jahre auseinandersetzen. Schon 1923 hat Giulio Aguilu, dessen Schrift wir als ersten Beitrag in diesem Band nachdrucken, in der Zeitung „Kommunistische Internationale“ die damals landläufige Fehleinschätzung des Faschismus – wie sie sich aus heute noch bei kleinbürgerlichen Faschismus-, Theoretikern“ wiederfinden – durch eine konkrete und systematische, historische Untersuchung bekämpft und widerlegt.“

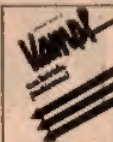
Die anschließend abgedruckten Texte stammen aus der Halbmonatsschrift „Der Rote Aufbau“, später „Unsere Zeit“ aus den Jahren 1931 bis 1934. Hier werden jeweils besondere Fragen, wie das Programm der Nationalsozialisten, das Verhältnis Sozialdemokratie und Faschismus, die Ideologie und Propaganda des Faschismus usw. behandelt. Sehr plastisch erkennt man, was das konkret heißt: Faschismus.

zu bestellen über:

J. Kopp
2 Hamburg 13
Ratschbahn 35

350 Seiten

DM 6,50



Forts. Faschisten mit...

kriegsschuld“ sind die IN ebenso wie gegen „sexuelle Hemmungslosigkeit“ und gegen die „Verherrlichung alles Niedrigen in Kunst und Literatur“. Die IN sind angeblich auch gegen „Millionärsliquen (!) in CDU/CSU SPD/FDP und Gewerkschaftsbözen“, lehnen aber ansonsten natürlich den Klassenkampf (der Ausbeuteten, nicht der Ausbeuter) ab.

In einer Flugschrift der IN heißt es: „Kapitalismus und Kommunismus, Liberalismus und Marxismus, freie Marktwirtschaft und Planwirtschaft haben trotz aller ideologischen Gegensätze viele Gemeinsamkeiten: Beide Systeme bauen in ihrer praktischen Auswirkung den Menschen aus.“ und zum Schluß kommt die schwachsinnige Parole: „Gegen Ausbeutung, gegen Klassenkampf, für nationale Solidarität!“

Die IN haben ein Lehrlingsprogramm, das durch folgenden Satz aus der Einleitung zu kennzeichnen ist: „Klassenkampfdenken kann heute keine Lösung mehr sein. Es gilt, die Betriebsgemeinschaft (!) mit

stimmungsrecht an der Betriebsführung erhalten.“

Das Programm der NSDAP vom Februar 1920 enthielt Forderungen wie „Absehung des arbeits- und mühsamen Einkommens“ (!), „Restlose Einziehung aller Kriegsgewinne“ (!), Verstaatlichung von Trusts und Konzernen, „Gewinnbeteiligung an Großbetrieben“, „Verhinderung jeder Bodenspekulation“.

Die faschistischen Demagogen scheuen sich nicht, sich – wenn die reale antikapitalistische Massenbewegung es erfordert – in Worten sehr „kämpferisch“ zu geben und womöglich (in Worten) die Gewerkschaften und reformistischen „Arbeiterparteien“ von „links“ zu überholen, wie vor allem das historische Beispiel des italienischen Faschismus zeigt. Entsprechend ihres Auftrages versuchen dabei die Faschisten die Empörung der Massen in erster Linie nicht auf die Kapitalisten, sondern auf die Arbeitervertreter in den Forderungen der Gewerkschaften und reformistischen „Arbeiterparteien“ abzuweichen.

Wir haben dafür ein anschauliches Beispiel in den Demagogen der ANR,



Faschisten formieren sich („Aktion Widerstand“ in Würzburg 1970)

ihrer persönlichkeitsbildenden (?) Wirkung zu fördern und zugleich den Erfordernissen des harten beruflichen und wirtschaftlichen Wettbewerbs Rechnung zu tragen.“ Die IN haben außerdem ein Schülerprogramm, in dem es u.a. heißt: „Das Nationalbewußtsein muß bereits in der Schule geweckt und gefördert werden.“ Die Schule müsse Schulabschlüsse müssen den Leistungsanforderungen der modernen Industriegesellschaft Rechnung tragen.“ „Die SMV (= Schülermitverwaltung - Ann. AK) ist nicht berechtigt, zu Fragen der allgemeinen Politik Erklärungen abzugeben.“ Ein „schulisches Disziplinarrecht“ sei „unumgänglich“, „eine Mitbestimmung von Schülervertretern in disziplinarischen Fragen ist abzulehnen.“

Die IN haben nach eigenen Angaben etwa 3 000 Mitglieder (September 73). Sie preisen sich als „Jugendorganisation voller Dynamik“ (Flugschrift „Jugend für Deutschland“) und behaupten, „Generationenprobleme gibt es bei uns nicht“ (Flugschrift „IN ist in“). Im Übrigen ist wahrscheinlich gerade unter den IN der Trend zu den mehr aktivistischen und mehr sozialdemagogischen „nationalrevolutionären“ Gruppierungen recht groß.

„Soziale“ Demagogie - Ausdruck der Krise des Kapitalismus

Die Gruppen, die heute unter Namen wie „Nationalrevolutionäre“, „Deutsche Sozialisten“ etc. das Geschäft der Bourgeoisie betreiben, folgen sehr genau dem Vorbild des „klassischen“ Faschismus in Italien und Deutschland.

Das Programm der italienischen Faschisten vom Juni 1919 enthielt Forderungen wie Acht-Stunden-Tag, Garantieierung von Mindestlöhnen, Kontrolle moralisch und sachlich geeigneter (?) Arbeiterkomitees über Betriebe der öffentlichen und privaten Wirtschaft“, Beschlagnahme von 85% der Kriegsgewinne. Als im September 1920 in Italien zahlreiche Betriebe von Arbeitern besetzt wurden, erklärte Mussolini „Die Arbeiter sollen nicht nur die Fabriken besetzen, sondern auch das Mitbe-

der einerseits zur Wahl der CDU/CSU (!!) aufrufen und andererseits lautarkeit die „Bewertung der Gewerkschaftspolitik“ und „Abwahl aller Gewerkschaftsverleger und Leiter aus den Betriebsräten“ (und ihre Ersetzung durch CDU-Betriebsräte ?!) fordern.



Bei einem Interview mit der „Quick“ ließ sich CSU-Chef Strauß deutlich erkennen mit dem Fingerzeichen der „Aktion Widerstand“ fotografieren.

Abgesehen von einzelnen demagogischen „Zugeständnissen“ an antikapitalistische Stimmungen liegt die Politik der Faschisten auf der Linie der Klassenverfälschung. „Wir sind gegen Ausbeutung und Klassenkampf“, „Wir sind gegen Kapitalismus und Kommunismus“. Parolen wie diese wenden sich vor allem an die zwischen Proletariat und Bourgeoisie sozusagen „eingezwängten“ Mittelschichten, die zwar den Druck des Kapitalismus immer stärker spüren, aber sich noch aus Angst vor der „Deklassierung“ (Proletarisierung), aus Aberglauben und Rückständigkeit, gegen die Arbeiterbewegung und gegen den Kommunismus wenden.

Die Formierung „sozial“demagogischer und pseudo-„revolutionärer“ Gruppen ist so auch als Ausdruck einer beginnenden oder sich abzeichnenden Krise des Kapitalismus zu verstehen, nämlich einerseits als Reaktion auf die Herausbildung kommunistischer Organisationen des Proletariats und andererseits als Versuch, zunehmende soziale Unzufriedenheit in den kleinbürgerlichen Zwischenschichten für die Interessen der Bourgeoisie zu „kanalisieren“.

„Einzeltäter“ „Waffenliebhaber“ und „Schizophrenen“

Die Formierung bewaffneter faschistischer Banden wird vom bürgerlichen Staat mit größter Schonung beobachtet.

Faschistische Waffensammlungen werden in aller Regel für das Werk „privater“ und natürlich „völlig unpolitischer“ „Waffenliebhaber“ erklärt. Läßt sich der politische Hintergrund gar nicht verbergen, so spricht man wenigstens von „Einzeltätern“ und möglichst gleich von „Unzurechnungsfähigen“, „Schizophrenen“. Läßt sich auch die Existenz einer bewaffneten faschistischen Gruppe nicht mehr leugnen, so taucht der Vorfall nur in winzigen Notizen auf oder aus den Faschisten wird eine „linksradikale Terrorgruppe“ gemacht.

Hier einige Beispiele für die Methode:

Im Februar 73 wurde ein Waffenlager in München entdeckt, bestehend u.a. aus neun Gewehren, 25 Pistolen oder Revolvern, 2 191 Schuß Munition und verschiedenen „Chemikalien“. Die Polizei sprach von einem „unpolitischen“ „Waffenfanatiker“ („FAZ“, 7.2.73).

Im März wurde in München ein weiteres Waffenlager entdeckt, bestehend u.a. aus sieben Gewehren, 13 Pistolen oder Revolvern und 2294 Schuß Munition. Die Polizei sprach von einem „privaten Waffenlager“ eines „Sammlers“ („SZ“, 24.3.73).

Im Februar 73 wurde ein Waffenlager in Emslingen entdeckt, bestehend u.a. aus zwei Maschinengewehren, drei Maschinepistolen, zwei Schnellfeuerwaffen, drei Karabinern, neun Pistolen oder Revolvern und einigen tausend Schuß Munition (vgl. Foto). Der Besitzer war Mitglied der NPD und aktiv in der „Aktion Widerstand“. Die Polizei sprach von einem „privaten Waffenmuseum“ („Die Tat“, 8.7.73).

Ein Zollbeamter, der an der Grenze zur DDR Dienst tat, fiel dadurch auf, daß er nahe der DDR-Grenze in provozierender Weise mit selbstgebastelten Bomben hantierte und sich dabei verletzte. In seiner Wohnung wurden eine Maschinepistole, mehrere Gewehre, Revolver und große Mengen Munition und Sprengstoff sowie einige selbstgebastelte Bomben gefunden. Der Vorgang wurde heruntergespielt und unter „unpolitisch“ abgelegt („Hamburger Morgenpost“, 16.6.72).

Im August 72 wurde ein Waffenlager bei einem Frankfurter Hausbesitzer gefunden, beste-

hend aus drei Gewehren, Munition, Dolchen und Schlagstöcken. Der Mann, „dessen Verbindungen zu rechtsextremen Kreisen in Frankfurt bekannt sind“ („FR“) hatte zusammen mit Komplizen wiederholt die Waffen dazu verwendet, um Mieter einzuschüchtern („FR“, 8.8.72). Die Sache wurde heruntergespielt.

Nach „Spiegel“ 49/71 wurden allein 1970 35 Faschisten (meist NPD-Mitglieder) entdeckt, „die Trommelrevolver, Kleinkalibergewehre, Karabiner und eine Maschinepistole gehortet hatten.“ Alle diese Fälle sind offenbar soweit wie möglich heruntergespielt worden und später „eingeschlafen“, bzw. die Faschisten kamen mit lächerlich geringen „Strafen“ davon.

So wurde 1970 in NRW eine bewaffnete faschistische Gruppe ausgehoben, die sich „Europäische Befreiungsfront“ nannte. Führer dieser Bande war ein Herr

„Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland“ aufgedeckt, die ebenfalls umfangreiche Waffenlager angelegt hatte. Die Presse sprach in großer Aufmachung von einer „roten Terrorgruppe“ und erklärte das „Mißverständnis“ erst später in winzigen kleinen Notizen auf (vgl. nebenstehenden Artikel).

Bezeichnend ist für alle diese Beispiele, daß solche Vorfälle in Presse, Fernsehen kaum erwähnt und möglichst schnell vergessen werden, während auf der anderen Seite der gigantischen aufgeblasenen „Bader-Meinhof“-Rummel aus durchsichtigen politischen Gründen permanent am Kochen gehalten wird.

Den Verbindungen der faschistischen Banden zur NPD u.d. sowie untereinander wird nicht nachgegangen.

Man hört auch aus gutem Grund kaum je von der Vernetzung der faschistischen „Waffenliebhaber“. Schon gar nicht,



Diese Waffen wurden bei einem Faschisten in Emslingen gefunden. Die Polizei nannte ihn einen „Waffenliebhaber“ und ließ ihn laufen.

Blatthorn, Vorsitzender der NPD in Duisburg.

Im Februar 71 wurde in NRW eine weitere bewaffnete faschistische Gruppe aufgedeckt. Die meisten Mitglieder gehörten der NPD und dem NPD; „Ordnungsdienst“-Schlagtrupp an. Die Gruppe hatte nach Angaben der Polizei mindestens 12 Mitglieder. Die gefundenen Waffen waren u.a. 17 Gewehre, 13 Karabiner, 11 Pistolen, mehrere Gewehre mit Bajonett, Munition in großen Mengen, Ferner als „Zubehör“ Plakate der „Aktion Widerstand“, Hakenkreuzfahnen und Arbeitsuniformen der Bundeswehr.

Im Oktober 72 wurde eine

daß gegen sie so schweres Geschütz aufgeführt wurde wie „kriminalistische Vereinigung“ oder gar „Hochverrat“. Die Maßnahmen des Staatsapparates haben eher die Funktion, die Faschisten mit sehr sanfter Strenge dazu zu erziehen, gefälligst in Zukunft ihre Waffen besser zu verstecken und bei ihren Bandenbildungen mit mehr Vorsicht und Geschick zu Werk zu gehen. Keinesfalls will die Bourgeoisie die faschistischen Banditen entscheidend treffen, keinesfalls soll der Bevölkerung das Ausmaß des faschistischen Banditentums deutlich werden. Denn wer weiß, wozu man sie noch brauchen kann, die Faschisten.

Forts. RAF vor Gericht

Die Zahl der gegenwärtig insgesamt im Knastr sitzenden angeblichen Mitglieder der „RAF“ u.ä. – mit und ohne Urteil – war für uns nicht zu ermitteln. 55 Gefangene haben wir namentlich festgestellt; in dieser Rechnung fehlt aber z.B. eine siebenköpfige Gruppe aus Wolfsburg und eine vierköpfige Gruppe (von der Polizei als „Werner-Kühni-Gruppe“ bezeichnet). Wir schätzen, daß es insgesamt 70 - 80 Gefangene der „RAF“ u.ä. sein dürften. Dies beinhaltet wohlhergebrachte nur Gefangene, die unmittelbar mit der „RAF“ oder einer ähnlichen Gruppe in Verbindung gebracht werden (Vorwurf der „kriminellen Vereinigung“), aber nicht Genossen, die z.B. wegen Teilnahme an Hausbesetzungen, an „verbotenen Demonstrationen“ oder isolierten Aktionen im Knastr sind. Nicht enthalten sind in dieser Zahl außerdem Genossen, die ihre Zeit im Knastr abgesessen haben (wie z.B. Fritz Teufel, Johann von Rauch und Marianne Herzog) und verurteilte angebliche „RAF“-Helfer, deren Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Darüberhinaus läuft noch eine größere Zahl von Haftbefehlen gegen weitere angebliche Mitglieder der „RAF“ u.ä.



Solidaritätsdemonstration in Frankfurt Ende 73

Die bisher längste Freiheitsstrafe wurde im Februar 73 gegen den Rechtsanwalt Horst Mahler ausgesprochen: 12 Jahre. Ihm wurde die Gründung einer „kriminellen Vereinigung“ („RAF“) und Teilnahme an einem Banküberfall vorgeworfen. Der zweite Vorwurf stützte sich nur auf eine „Aussage“ von Heinz Ruhland. Die Unglaubwürdigkeit Ruhlands wurde von Horst Mahler in seinem Prozeß, wie auch in anderen Prozessen, nachgewiesen. (Ruhland hatte der Gruppe kurze Zeit angehört. Im März 72 wurde er zu 4 1/2 Jahren verurteilt und im August 73 begnadigt und freigelassen als Belohnung für seine Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz).

Zweimal wurden bisher Freiheitsstrafen von 10 Jahren ausgesprochen. Im Juli 72 wurde Werner Hoppe, „wegen dreifachen Totschlagsversuchs“ zu 10 Jahren verurteilt. Dies ging sogar über den Antrag des Staatsanwaltes (6 Jahre) hinaus. Werner Hoppe war am 15. Juli 71 festgenommen worden, als Petra Schelm erschossen wurde. Er soll mehrere Schüsse auf Polizisten abgegeben haben, jedoch waren die entsprechenden Aussagen der Polizisten voller Widersprüche. Der Polizist, der Werner festgenommen hatte, wurde während des Prozesses am 7.6.1972 für längere Zeit in eine „Sanitäts“-Zelle des UG eingesperrt, weil er auf dem Flur einen Oberkommissar alku laut gefragt, worin eigentlich der Unterschied zwischen einem Polizei-Richtert und einer Aussage vor Gericht bestehe. Am nächsten Tag war zu lesen, der Polizist sei „verwirrt“ gewesen und habe daher „zur Erholung isoliert“ werden müssen. (Die haarsträubenden Widerworte, die haarsträubenden Widersprüche, die Hoppe-Prozess sind in AK 21 ausführlich behandelt).

Ebenfalls zu 10 Jahren wurde im November 73 Heinrich Janzen verurteilt. Er war im Dezember 70 festgenommen worden. Heinrich Janzen wurde im Prozeß vorgeworfen, im August 70 und bei seiner Festnahme Schüsse auf Polizisten abgegeben zu haben. Der Staatsanwalt hatte 12 Jahre gefordert.

Zu einer Freiheitsstrafe von 9 Jahren und einem Monat wurde Dieter

Kunzelmann 1971 „wegen verurteiltem Mord“ verurteilt. Er sollte in einer Handtauche verpackt eine Brandbombe zu einem Juristen-Ball in Westberlin gebracht haben. Die Anklage stützte sich auf Behauptungen von Kunzelmanns Freundin Annette Bruhn; diese war rassistisch-müchtig und wurde von der Polizei offenbar erpreßt und ausgenutzt. Im Juni 73 mußte das Urteil gegen Kunzelmann aufgehoben werden. Im Oktober 73 wurde er wegen Brandstiftung zu 21 Monaten verurteilt.

Zu 8 Jahren wurde im Dezember 73 Gabriele Kröcher verurteilt. Sie soll bei ihrer Festnahme im Juli 73 Polizisten mit der Waffe bedroht haben.

Zu 7 Jahren wurde im November 73 Rudolf Putnik verurteilt; er soll an einem Bankraub in Westberlin teilgenommen haben. Im Dezember 73 Heinz Brockmann verurteilt. Die Anklage lautete auf Teilnahme an einer „kriminellen Vereinigung“, versuchte schwere Brandstiftung, Raub, Herbeiführung einer Explosion u.ä.m.

Brockmann war „voll geständig“. Das Gericht selbst nannte die gegen ihn ausgesprochene Strafe „unge-

wöhnlich mild“. Brockmann hat sich die „Milde“ dadurch verdient, daß er – ähnlich wie Ruhland – verschiedene Genossen schwer belastet und zur Zusammenarbeit mit dem Staat bereit ist.

Zu 6 Jahren und 6 Monaten wurde Margit Czenki im Februar 72 verurteilt. Sie soll an einem Bankraub teilgenommen haben.

Zu 6 Jahren wurde im Mai 71 Ingrid Schubert verurteilt. Sie soll bei der Befreiung von Andreas Bader (1970) geholfen haben.

Im selben Prozeß wurde Irene Goergens zu 4 Jahren verurteilt.

Zu je 4 1/2 Jahren wurden im Dezember 72

Goergens zu 4 Jahren verurteilt. Zu je 4 1/2 Jahren wurden im Dezember 72 Wolfgang und Uwe Huber verurteilt. Sie sollen das Heidelberger „SPK“, das mit der „RAF“ in Verbindung gestanden haben soll, geleitet haben.

Im selben Prozeß wurde Siegfried Hausner zu 3 Jahren verurteilt.

Carmen Roß, die ebenfalls dem „SPK“ angehört haben soll, wurde im Juli 73 zu 4 Jahren verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 9 Jahre gefordert. Tili Meyer wurde 1972 wegen „Mordversuch“ zu 3 Jahren verurteilt. Er konnte Ende letzten Jahres aus dem Knastr entkommen.

Ebenfalls zu 3 Jahren wurde Ilse Bongartz im April 72 „wegen Brandstiftung und schwerem Diebstahl“ verurteilt.

Zu 2 1/2 Jahren wurde Helmut Pohl verurteilt wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ („RAF“). Obwohl das Gericht ihn nur für eine „Randfigur“ hielt, wurde ihm „strafschwerend“ angelastet, „daß er in politischer Verbundenheit der „RAF“ Ziele unterstützte und gefördert hat.“ („FAZ“, 3.3.73). Helmut Pohl wurde später freigelassen, jedoch Anfang dieses Jahres wieder verhaftet.

Johann von Rauch, Bruder des von der Polizei erschossenen Georg von Rauch, wurde im Februar 72 zu 2 1/2 Jahren verurteilt. Er hatte angeblich bei seiner Festnahme eine Waffe getragen und Widerstand geleistet (was beides nicht bewiesen werden konnte). Johann von Rauch wurde im September 73 aus der Haft entlassen, die verbleibende Straftat (10 Monate) „zur Bewährung“ ausgesetzt.



Astrid Prohl auf dem Weg zum Prozeß. Inzwischen mußte der Prozeß ausgesetzt werden, weil Astrid nach monatelanger Isolier-Haft nicht mehr „verhandlungsfähig“ ist.

Margrit Schiller wurde im Februar 73 zu 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Die U-Haft bis zum Prozeß (15 Monate) wurde angerechnet und Margrit Schiller vorläufig freigelassen, jedoch Anfang dieses Jahres erneut festgenommen.

Dasselbe Strafmaß wurde im Dezember 73 gegen Marianne Herzog ausgesprochen. Sie soll vom November 70 bis Frühjahr 71 Mitglied der „RAF“ gewesen sein. Ein Banküberfall in Kassel sollte ihr auch noch angehängt werden, jedoch scheiterte dieser Versuch. Marianne Herzog saß bis zum Prozeß zwei Jahre in U-Haft und wurde nach dem Prozeß freigelassen.

In einem Prozeß im Juni 73 gegen eine Gruppe, der Kaufhaus-Brand-

stiftungen in Hamburg angelastet wurden, wurden drei Freiheitsstrafen von je 2 Jahren und zweimal 9 Monaten verhängt.

Die Prozesse gegen angebliche „Bader-Meinhof-Helfer“ kommen jetzt ebenfalls ins Rollen. Die „Welt“ wußte schon am 10.11.72 von mehr als 60 (!) Ermittlungsverfahren gegen „Sympathisanten“ der „RAF“ zu berichten.

In diesem Jahr gab es bereits drei Verfahren gegen angebliche „Helfer“. 8 Monate gegen einen Buchhändler, 6 Monate gegen einen Pfarrerbeide Urteile „zur Bewährung“ und Freispruch einer Architektin.

Ein gewisser Homann war schon im April 73 als „Helfer“ zu 3 Monaten (mit „Bewährung“) verurteilt worden; sein Vorteil war, daß er zur Zusammenarbeit mit dem Staat und der bürgerlichen Presse bereit war.

Es laufen noch Prozesse gegen Rolf Pöhl – angeklagt als „Waffenhändler“ der „RAF“ und gegen Brigitte Aisdonk, Monika Berberich, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Hans-Jürgen Bäcker und Eric Grusdat, die alle 1970 zusammen mit Horst Mahler festgenommen wurden.

Der Prozeß gegen Astrid Prohl, angeblich „RAF“-Mitglied, mußte ausgesetzt werden, weil Astrid durch die Haft so kaputt gemacht wurde, daß sie z.Zt. nicht mehr verhandlungsfähig ist.

Gesundheitliche und psychische Schäden durch die Haft sind im übrigen bei den politischen Gefangenen nicht auf Einzelfälle beschränkt. Besonders die Verhängung von Einzel-

haft („Isolierkeller“) gegen viele Gefangene wirkt sich sehr negativ aus und soll offenbar möglichst viele Genosseninnen und Genossen im Knastr „mürbe“ machen und zugleich abschreckend nach außen wirken.

Die „zweite Welle“ wird vorbereitet

Nach der kürzlich erfolgten Verhaftung von Ilse Stachowiak, Margrit Schiller u.ä. schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ (FAZ):

„Was jetzt mehr als gestern Sorge machen muß, sind nicht Sprengkörper und dürftige Pamphlete, wie sie tumeit von irgendwelchen migranten Sprößlingen deutscher Bürgerhäuser – Professorenkinder und Postorenkinder – für den Brauch des nächsten Tages zusammengebastelt werden. Gefahr droht dem Staat von langfristig geplanter, akribischer Kaderarbeit linkeradikaler Gruppen, Organisationen und sogar anerkannter politischer Parteien.“ (FAZ, 5.2.1974).

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß demnächst in Dortmund gegen die ehemaligen Presse-Verantwortlichen der „KPD/ML“ („Rote Fahne“) ein Prozeß u.ä. nach dem § 129 („kriminelle Vereinigung“) beginnen soll (vgl. AK 39, S. 27).

Auch die „KPD“ und die „KPD/ML“ sind wiederholt als „Kriminelle Vereinigung“ diffamiert worden.

Wir wollen im nächsten AK ausführlicher auf diesen Punkt eingehen.



Irene Goergens, Ingrid Schubert und Horst Mahler 1971 vor Gericht. Sie sollen bei der Befreiung Baders beteiligt gewesen sein. Die Urteile: Vier Jahre gegen Irene Goergens, sechs Jahre gegen Ingrid Schubert, Freispruch für Horst Mahler in dieser Sache (später wurde Mahler in einem anderen Prozeß zu zwölf Jahren verurteilt).



Polizeiaufmarsch vor dem besetzten Haus Eckhoffstr. 30 am Tag der gewalttätigen Räumung.

Am 19. April besetzten Schüler, Lehrlinge, junge Arbeiter und Studenten ein fast leerstehendes Haus in Hamburg-Hohenfelde. In dieser Gegend „sanitiert“ der Hamburger Senat zum Wohle der „Neuen Heimat“. Häuser werden abgerissen und gewinnbringende Neubauten, vor allem Eigentumswohnungen zu Wohnspreisen, von der „Bewobau“ (Tochtergesellschaft der „Neuen Heimat“) errichtet.

Haus von einer „Spezialeinheit“ der Polizei gestürmt und etwa 70 Bewohner des besetzten Hauses festgenommen.

Der erste Prozeß gegen einige der Genossen, die an der Hausbesetzung teilgenommen hatten, ging im September 73 über die Bühne. Die Urteile: ein Jahr Freiheitsstrafe ohne Bewährung gegen einen jungen Arbeiter, neun Monate gegen einen Schüler, auch ohne Bewährung; die anderen vier Angeklagten erhielten zur Be-

währung ausgesetzte Strafen von einem Monat Jugendarrest und außerdem je acht Arbeitsauflagen (in Altersheimen).

Ein zweiter Prozeß gegen insgesamt acht Genossen lief im Januar. Die Urteile waren noch härter als im ersten Prozeß: jeweils 16 Monate ohne Bewährung gegen einen Arbeiter und einen Lehrling, einmal 14 Monate, einmal ein Jahr Jugendstrafe, auch ohne Bewährung; in den übrigen vier Fällen Jugendarrest-Strafen.

Weitere Prozesse stehen bevor. Die bisherigen Urteile zeigen schon, wie der bürgerliche Staat mit denjenigen umspringt, die das „Recht“ der Bourgeoisie auf Bodenspekulation und Vernichtung von Wohnraum aktiv in Frage stellen.

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag: J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 38, veranlagt. Redaktion: Kai Ehlers, Auflage: 1400. Erscheinungsweise: dreiwöchentlich. Verkaufspreis: 80 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 481 8378. J. Reents, und Postcheckkonto Hamburg Nr. 240 988, J. Reents.

Forts. GEW

der ganze Schmierzettel anderes als eine „pauschale Regelung“, die dem Mißbrauch, der antikommunistischen Verhetzung, der Unterdrückung, der Denunziation und dem Berufsverbot nicht nur Tür und Tor öffnet, sondern geradezu dazu dient.

Auf der HV war eine ganze Reihe von DKP-Anhängern nicht mehr bereit, diesen Kurs mitzugehen. Möglich also, daß die DKP hier und dort ein bißchen zurücksteckt. So hat es zu der Stimmenthaltung der Revisionisten beim „Unvereinbarkeitsbeschluss“ des Vorstands gar ein wenig Pseudo-„Selbstkritik“ gegeben. Die HV hat gezeigt, was von dieser „Selbstkritik“ zu halten ist: Sie ist nicht ehrlich.

Er ist solidarischer als die DKP war die Stellungnahme der Jusos, in der die DGB-„Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ mit den Berufsverboten verglichen werden und die Gefahren benannt werden, die sich aus dieser Politik für die Gewerkschaftsbewegung ergeben. Dennoch sind die Jusos der Auffassung, daß es nicht darum gehen kann, „den Kampf gegen eine angeblich die Interessen der Arbeitnehmer verrärende Gewerkschaftsführung zu orientieren“.

Außerordentliche Hauptversammlung gefordert!

Als am Ende der HV vom 18.2. der Vorstand seine Schiffe bereits im Trockenen glaubte, und die Linken einigermaßen ratlos waren, for-

derte eine Kollegin eine außerordentliche HV zum Thema „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ und ließ Unterschriftenlisten dazu herumgehen. Bereits beim Einsammeln der Listen wurde deutlich, daß diese Initiative Erfolg haben und die erforderlichen 200 Unterschriften erreichen würde. Wir begrüßen diese Initiative, weil wir jeden Versuch, den Vorstand zur Diskussion zu zwingen, und dem Willen der Mitgliedschaft Ausdruck zu verleihen, unterstützen. Für ausgesprochen dumm und zynisch unvernünftig halten wir es allerdings, sich so wie KBW/SSG zu verhalten:

Diese Leuten schalteten „blitzschnell“, wie es so ihre Art ist und versuchten, die Listen für sich einzusammeln, als ob es das Selbstverständlichste von der Welt wäre.

Aber das ist typisch für den KBW/SSG: Immer an die Spitze spürten, immer sich einer Bewegung aufsetzen wollen, immer großartige „Erfolge“ herausposaunen, aber nie in der Lage sein, auch nur eine einzige Sache auf die Beine zu stellen, die Hand unfuß hat. Da wundert man sich nun im SSG-Hauptquartier über die Quittung, die die GEW-Kollegen dieser Politik erteilen. Man sieht förmlich, wie dem „Sekretär der Ortsleitung Hamburg des KBW“ der Kopf raucht: „Erstmalig ist nur, daß trotz dieser Erfolge unsere (siehe oben!) Politik unter den Lehrern... jeder dieser Erfolge uns nicht ein paar Genossen bringt, sondern ein paar Kosten!“ („Bericht... vom 1.1.74). Tja... Erstmalig Dinge, unlösbarer Rätsel, circulus vitiosus.

Forts. Metall-Lehrlinge

beitslagen eingeführt, Prämien gestrichen usw. Mit diesen Maßnahmen gelang es der GL weitgehend, die Genossen der Gruppe KPD/ML von den Kollegen zu isolieren. Im Verlauf des Jahres 73 brach die Arbeit der Gruppe KPD/ML in der Lehrwerkstatt fast völlig zusammen.

In dieser Situation kamen die Kündigungen im Dezember völlig überraschend. Betroffen waren ein Jugendvertreter und ein Vertrauensmann. Die Gründe für die Kündigungen waren willkürlich zusammengewürfelt (Verpöschung, einzelne Leistungen, Berichtsheft usw.). Klar ist, daß die wahren Kündigungsgründe politischer Natur sind. Als JV bzw. Vertrauensmann hatten die beiden Kollegen sich aktiv für die Interessen der Lehrlinge eingesetzt. Der Coup der GL galt den Vertretungsorganen der Lehrlinge, die seit den Wahlen 1972 eine Bastion der Linken waren. Die Gewerkschaftsführung hatte ihr schon vor einem Jahr erfüllt, als sie mehrere Lehrlinge aus der Gewerkschaft ausgeschlossen hatte. Und auch jetzt leisteten die gewerkschaftlich organisierten BR bis hin zum SEW-BR Schutzhilfe. Zuerst versuchten sie, die Kündigungen so lange es ging vor den Lehrlingen geheimzuhalten. Aber die Lehrlinge bekamen dennoch Wind von der Sache. Sie legten die Arbeit nieder und zogen geschlossen zur Ausbildungsleitung und zum BR. Während die AL die Kündigungen bestätigte, wagten es die Betriebsräte immer noch frech zu lügen: ihnen sei von den geplanten Kündigungen nichts bekannt. Später, als sie das auch nicht mehr aufrecht erhalten konnten, forderten sie die Lehrlinge auf, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen und verwiesen auf die nächste BR-Sitzung, in der über die Sache entschieden werde.

Nach diesen Erfahrungen mit dem BR verließen sich die Lehrlinge natürlich nicht mehr darauf, daß der BR sich für ihre Interessen einsetzen würde. Sie legten an drei Tagen jeweils für ca. zwei Stunden die Arbeit nieder und versammelten sich, um die Lage zu besprechen.

In dieser Situation erwies es sich, daß die Lehrlinge gehandhabt waren durch die falsche aktionistische Politik, die die Linken (vor allen Dingen die KPD/ML) bisher bei Ornam gemacht hatten. Die spontane Bereitschaft zur Solidarität mit den gefeuerten Kollegen war sehr groß und das ist sicherlich auch auf die aktive Arbeit der Genossen von der Gruppe KPD/ML (RP) zurückzuführen. Andererseits zeigten die Lehrlinge doch eine gewisse Ratlosigkeit, was zu tun sei. Es zeigte sich sehr bald, daß es nicht möglich sein würde, die Rück-

nahme der Kündigungen zu erzwingen. Gerade für die noch relativ unbewußten Lehrlinge mußte das zu der Schlussfolgerung führen, daß die oben doch am längeren Hebel sitzen und daß man eben doch nichts ändern kann.

Zu dieser resignativen Stimmung mußte es kommen, weil die Linken bisher vernachlässigt hatten, bei den Lehrlingen Klarheit zu schaffen über die gesellschaftliche Situation, speziell über das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Es war den Lehrlingen nicht in genügendem Maße klar, daß der Angriff der GL gegen ihre Vertretungsorgane Teil eines Großangriffs der Bourgeoisie gegen die Rechte der Arbeiterklasse auf allen Ebenen ist. Klar war ihnen auch nicht, daß die Arbeiterklasse insgesamt diesem Großangriff noch nicht voll entgegenzusetzen hat und daß damit auch mit kurzfristigen Erfolgen im Einzelnen nicht unbedingt zu rechnen ist.

Darum kam es in dieser Situation besonders darauf an, diese Zurückgeworfene zu stärken und die Lehrlinge auf die langfristigen Aufgaben zu orientieren. Genau in die richtige Richtung zielten die Beiträge der Lehrlinge, die noch während der Streikversammlung auf die Vertrauensleute hinwiesen, die noch in diesem Frühjahr stattfinden werden. Wenn es schon nicht gelungen ist, den Schlag der Kapitalisten in diesem konkreten Fall zu parieren, dann kann es aber jetzt gelingen, den Wunschvorstellungen der GL bei den VL-Wahlen eine Absage zu erteilen. Besonders wichtig aber ist es, um den Erfolg auch langfristig zu sichern, eine breite Diskussion unter den Lehrlingen zu entwickeln über die politische Lage der Arbeiterklasse und über die langfristigen Aufgaben im Klassenkampf.

Über diesen Aufgaben darf natürlich nicht die Solidarität mit den Entlassenen vernachlässigt werden. Wie schon eingangs erwähnt erfolgte ja aus Anlaß des Streiks noch eine weitere Kündigung. Zwei Prozesse vor dem Arbeitsgericht laufen noch. Die Lehrlinge werden ihre gekündigten Kollegen in diesen Prozessen mit Zeugnisaussagen unterstützen. Es muß noch organisiert werden, daß sich möglichst viele Lehrlinge daran beteiligen.

In dem dritten Fall ist schon alles gelaufen. Die Gewerkschaft hat für den Kollegen einen „Kompromiß“ mit der GL „ausgehandelt“. Er bekommt die volle Dezembervergütung ausbezahlt, obwohl ihm rechtlich nur die Hälfte „zusteht“ würde. Man überlege sich: Nur ca. 150 DM kostet es heute einen Kapitalisten, einen „unlebensfähigen“ Lehrling loszuwerden.

KB-Westberlin

Für die Erhaltung einer kampfstarken demokratischen Gewerkschaftsorganisation!

Vor einem Jahr war der Versuch des Vorstandes, durch eine Satzungsänderung die HV abzuschaffen, knapp gescheitert. Seit dieser Zeit „regiert“ der Vorstand in allen wesentlichen Fragen nicht nur ohne die satzungsmäßige Zustimmung der Mitgliedschaft (Hauptversammlung und Vertrauensleuteversammlung, siehe AK 39), er verstößt auch ständig gegen die Satzung. z.B. willkürliche Absetzung der für Dezember 73 angesetzten HV, Nichteinhaltung gültiger HV-Beschlüsse bis zu scheinbaren Nebensächlichkeiten wie Vorstoß gegen die Wahlvorschriften. In diesem Zusammenhang ist es zu sehen, daß der Vorstand gezielt versucht, die HV „arbeitsunfähig“ zu machen. Nachdem eine Satzungsänderung auf „legalem Weg“ nicht durchkommen konnte, handelt es sich jetzt darum, die demokratische Struktur der GEW Hamburg auf „kaltem Wege“ zu zerstören, d.h. daß der Vorstand in der Praxis dafür sorgt, daß Mitglieder-Rechte nur noch auf dem Papier stehen, faktisch aber nicht mehr wahrgenommen werden können. Ziel dabei ist, bei der geplanten Zentralisierung der Bundes-GEW die Abschaffung von der HV wie auch die Durchsetzung der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ – also eine weitgehende Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie – vorzunehmen. Darum ist es wichtig, daß im Hamburger Landesverband die demokratischen Prinzipien gewerkschaftlicher Arbeit verteidigt werden und daß sie in die Satzungsänderungs-Diskussion der Bundes-GEW eingebracht werden.

Rechte Lehrorganisationen, die den Charakter ständischer Berufsverbände tragen, unternehmen gegenwärtig

hofftige Anstrengungen, um ihren Einfluß in der Lehrerschaft zu stärken (Gründung des „Verbandes Bildung und Erziehung“ am 18.2. in Bonn). Gerade im Ringen mit diesen Verbänden, besteht unserer Auffassung nach die Pflicht einer Gewerkschaft der Lehrer darin, den demokratischen Kampf zu führen und in allen Fragen der Demokratie eine prinzipielle und klare Alternative zu diesen Verbänden zu bilden, die gerade hierin eine verhängnisvolle Rolle unter der Lehrerschaft spielen (ganz zu schweigen von der „Erziehung“ der Kinder!).

Orientierung auf den Schulkampf

Es reicht nicht aus – überspitzt gesagt – auf Hauptversammlungen mit dem Vorstand in den Ring zu steigen, so wichtig diese Auseinandersetzungen auch sind. Es ist notwendig, die bildungspolitischen Aufgaben der Gewerkschaft wahrzunehmen und eine gewerkschaftliche Basisarbeit an den Schulen vielfach überhaupt erst in Gang zu bringen.

Die „Bildungspolitik“ des Vorstandes besteht darin, aus taktischen Gründen mal zu dieser, mal zu jener Frage einen großen Wirbel zu machen. Mal ist es der NC, mal die zu großen Klassenstärken, jetzt Besoldungsfragen. Was dabei unter Strich bleibt, ist zwar nirgendwo eine wesentliche Veränderung der bestehenden Mißstände, aber fast immer ein Entgegenkommen des Hamburger Senats, eine „Übernahme der GEW-Vorstellungen in das SPD-Wahlprogramm“, ein „beachtlicher Erfolg der Bemühungen des Vorstandes“, eine „feste Zusage, man werde die Vorstellungen der GEW berücksichtigen“ etc. Unserer Meinung nach wird hier letztendlich Schindluder mit den Interessen der Lehrer betrieben.

Alles deutet darauf hin, daß es sich beim „Kampf“ gegen das 2. BesVNG ähnlich verhält. Das einzige, was die Politik des GEW-Vorstandes wesentlich hierbei vom rechten „Deutschen Lehrerverband Hamburg“ unterscheidet, ist die Ankündigung einer Urabstimmung über die Durchführung eines Warnstreiks – was zwar ungeheuer „radikal“ klingt, bis zu dessen Durchführung es aber noch ein langer Weg ist. Es wird ausschließlich die Frage der verschlechterten Besoldung eines Teils der Hamburger Lehrer gesehen (wogegen sich allerdings auch Hamburger Elternräte stark machen sollen).

Aufgabe einer Gewerkschaft der Lehrer wäre es indessen, für bildungspolitische Forderungen zu kämpfen, in deren Mittelpunkt klar das gemeinsame Interesse an Schule und Ausbildung von Schülern, Eltern, insbesondere aus der Arbeiterschaft, und Lehrern steht. Dazu ist es notwendig, das 2. BesVNG im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Lehrerausbildung, dem Numerus Clausus und dem Lehrermangel, mit dem neuen Unterrichts-Richtlinien und der Schulreform insgesamt zu sehen. Insbesondere ist es notwendig, deutlich zu machen, daß all diese Maßnahmen letztlich eine Verschärfung des Bildungsprivilegs gegen die Arbeiterklasse zum Inhalt haben. Genau das muß der Kern unseres Kampfes sein, wenn wirklich Verbesserungen erreicht und eine gemeinsame Kampffront mit Eltern und Schülern aufgebaut werden soll.

Es wird ein wesentlicher Schwerpunkt in der Gewerkschaftsarbeit der demokratischen Lehrer sein müssen, eine solche bildungspolitische Linie in der Auseinandersetzung mit dem Vorstand zu erarbeiten.

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg

Polizeischikane gegen ROTE HILFE Flensburg

Die Rote Hilfe Flensburg hat am folgenden Notiz mit der Bitte um Veröffentlichung zugeschiekt.

Die Rote Hilfe Flensburg arbeitet seit etwa einem dreiviertel Jahr, sie führte Aktionen (Stände, Flugblätter), die gegen die völlige Entrechtung politischer Häftlinge, gegen die Isolierfolien und die Klassenjustiz gerichtet waren, durch. Auch beteiligte sich die RH an einem Rot-Punkt-Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen in Flensburg.

Bereits im November vergangenen Jahres benutzte die Polizei die Abwesenheit eines Genossen, um seine Wohnung zu durchsuchen und zu

verwüsten. Am Freitag, den 8.2. kam es erneut zu Hausdurchsuchungen und Verhören. Morgens um acht Uhr drangen die Bullen in drei (!!) Wohnungen von RH-Genossen ein, durchsuchten sie zwei Stunden lang und verhörrten die Genossen! Hausdurchsuchungsbefehle hatten sie nicht, sie bezogen sich auf den §129 „Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung“. Bei einem Genossen brachen die Popos mit Nachschlüsseln ein, weckten dessen Mutter, die noch schlief und durchsuchten die Wohnung. Einen Fotografen hatten sie auch dabei, der Dinge wie eine Campingausrüstung, einen Gaskocher und eine Harpune

fotografierte. Sie beschlagnahmten legale Bücher und Broschüren und ein ca. 30 cm langes Stück Brennholz. Die Genossen wurden auf dem Polizeiviertel eine dreiviertel Stunde lang verhörrt.

Verstärken wir unsere Solidarität, setzen wir dem staatlichen Terror die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und anderer ausgebeuteter Schichten entgegen. – Solidarität hilft siegen – Nieder mit dem Bonner Polizeistaat! Kampf der Klassenjustiz! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Hände weg von der Roten Hilfe!

Inhalt

Tarifrunden

„Genscher heißt er, uns beschneit er“ – zur Tarifrunde bei Bahn, Post und Öffentlichem Dienst

Chronologie der Warnstreiks bis zur Urabstimmung

Hamburg: Ein Poster berichtet

Lehrerbildung eines Hamburger Post-Kollegen

Post: Reverse gegen Streikrecht

Westberlin: Trotz Schikane und Sabotage durch OTV-Führer – selbständige Aktionen durchgeführt

Kassel: Kathaus abgeriegelt – Polizei stand zum

„Räumen“ bereit

Warnstreik in Flensburg – Kollegen überfahren

Gewerkschaften

Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse – eine Auseinandersetzung – historisch wie aktuell – mit den verschiedenen Konzeptionen zur RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition)

Wohin steuert die IG-Metall, 2. Teil

Kampf der Lehrer um die neue Verfassung ihrer Gewerkschaft (GEW)

Arbeiterjugend

Berufsschulkampf, die Entwicklung der Lehrungsarbeit an der Gewerkschule für Maschinenbau (G 1) in Hamburg, 2. Teil

„Getreter Quark wird breit, nicht stark“ – Zur Gewerkschaftsmittgliederversammlung der Metall-Lehrlinge in Hamburg

Ornam, Westberlin: Fortschrittliche Lehrlinge gefeuert – Lehrlingsstreik tolgelaufen

Internationales

England: Streiks und Neuwahlen

1 Italien: Neues faschistisches Blutbad durch Zufall verhindert

10 VR-China: Vor fünf Jahren: Sowjetrevisionistische Militärprovokationen am Ussuri/Wassui

4 Vietnam: Ein Jahr nach dem Pariser Abkommen: Immer noch kein Frieden in Vietnam

17 Chile: Faschismus in Chile: Folter, Mord und Terror

16 Bolivien: „Wir sterben lieber stehend, als kniend zu leben!“ – Bericht über die jüngsten Arbeiter- und Bauernaufstände

USA: Neue Atomstrategie der USA?

17 Kämpfe der Studenten

22 „Belange der BRD“ – Demonstrationen gegen das faschistische Schah-Regime

23 Uni-Frankfurt: Kampf gegen Abbau demokratischer Rechte

Westdeutsche Linke

Ghadafi, Bourguiba, Paron... die „KPD/ML“ hat 24 Freunde überall in der Welt

25 KBW: Weiter um den heißen Brei

Klassenjustiz in der BRD

Im Namen der Bourgeoisie... Die RAF vor Gericht

4 Hamburg: 2. Prozeß gegen Hausbesetzer

27 Franz-Josef Strauß kein Faschist?

9 Polizei-Terror in der BRD

Polizei-Schikane gegen „Rote Hilfe“ Flensburg

28 Faschisten in der BRD

Faschisten mit „linker“ Maske

4 „Einzelgänger“, „Waffenliebhaber“ und „Schizophrenen“

26